

## Inhaltsverzeichnis

	<b>Seite</b>
<b>Vorwort</b>	3
<b>1. Ausgangssituation, Generelles</b>	5
1.1 Rückblick (HSK)	5
1.2 Haushaltsausgleich unter NKF-Bedingungen	6
1.3 HSK-Pflicht	7
<b>2. Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.</b>	8
2.1 Strategiefelder zur Haushaltskonsolidierung	8
2.1.1 Gesamtstrategie	8
2.1.2 Strategiefeld Personal	11
2.1.3 Strategiefeld Interkommunale Zusammenarbeit	17
2.1.4 Strategiefeld Sozialraumentwicklung	17
2.2 Maßnahmen zur Haushaltssicherung	18
Grunddaten und Einzelmaßnahmen	19
Dezernat I	21
Dezernat II	49
Dezernat III	103
Dezernat IV	143
Dezernat V	195
Dezernat VI	229
Allgemeine Finanzwirtschaft und Diverse	281
Gesamtlisten	300
Anlage: Interkommunale Zusammenarbeit (Rückblick)	321



## **Vorwort**

Die sich weiter verschlechternde Haushaltssituation ist insbesondere geprägt durch wegfallende Steuereinnahmen, steigende Sozialausgaben und Zinsaufwendungen. Ein wesentlicher Faktor für die dramatische Situation ist sicherlich die Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Steuerentlastungsgesetze sowie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Ferner werden seit Jahren Aufgaben auf Kommunen übertragen, ohne deren Finanzierung sicherzustellen. Aufgaben und Finanzausstattung passen nicht zusammen; die Schere geht immer weiter auseinander.

Obwohl wir in Mülheim an der Ruhr seit Jahren konsequent Einsparungen vorgenommen und Aufgaben und Personal reduziert haben, können wir jetzt auf Dauer keinen ausgeglichenen Haushalt mehr aufstellen; auch wir reduzieren massiv unser Eigenkapital.

Unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Defizits aus der gegenwärtigen Finanzplanung wäre unser Eigenkapital rechnerisch im Jahre 2019 vollständig verbraucht. Somit würde die kommunale Überschuldung eintreten. Um kommunale Selbstverwaltung und Handlungsfähigkeit zu erhalten, ist die Aufstellung eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzepts alternativlos. Allerdings reicht es nicht aus, dass ein schnelles und einfaches „Streichkonzert“ entsteht, welches insbesondere zur Einstellung der freiwilligen Leistungen führen würde. Ein lebens- und zukunftsfähiges Mülheim an der Ruhr benötigt ein Zusammenspiel von freiwilligen und pflichtigen Aufgaben und Ausgaben.

Es sind strukturelle Veränderungen erforderlich, bei denen

- Potenziale der demografischen Entwicklung konsequent umgesetzt werden,
- Verwaltungsprozesse zu straffen und sinnvolle interkommunale Kooperationen auszubauen sind,
- Prioritäten deutlich gesetzt und gelebt werden müssen,
- neue Projekte/Aufgaben nur anzugehen sind, wenn andere dafür eingestellt werden oder eine Haushaltsausweitung ausgeschlossen ist und
- Aufgabenkritik als Daueraufgabe anzusehen ist.

Für das nun vorliegende Diskussionspapier zur Sicherung des Haushalts wurden tabufrei alle Ideen und Handlungsansätze einbezogen, deren Realisierung denkbar und theoretisch möglich erscheint.

Parallel zu den eigenen Aktivitäten muss die aufgabenangemessene Finanzausstattung und die Entschuldung der Kommunen sowie eine Neuregelung zum Solidarpakt Ost weiter massiv eingefordert werden. Hierzu entstehen Handlungskonzepte im Kreis der Ruhrgebietsstädte und der Städte des Bergischen Landes, die auch einer kommunalpolitischen Unterstützung bedürfen.

Dagmar Mühlenfeld  
Oberbürgermeisterin

Uwe Bonan  
Stadtkämmerer

## **1. Ausgangssituation, Generelles**

### **1.1 Rückblick (HSK)**

Die Stadt Mülheim an der Ruhr war seit dem Jahr 1994 regelmäßig verpflichtet, nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. Grund dafür waren hauptsächlich aus konjunkturellen Gründen wegbrechende Steuereinnahmen und die Belastungen der Deutschen Einheit (Solidarpakt) bei gleichzeitig steigenden Soziallasten und unvermindert hohen Pflichtaufgaben der Kommune. Ab 1999 wurde das HSK nicht mehr durch die Bezirksregierung genehmigt; die Stadt befand sich seitdem bis 2006 permanent in der vorläufigen Haushaltsführung nach § 81 GO a.F.

Die bis dahin aufgelaufenen Altdefizite wurden u. a. durch den Verkauf von Beteiligungsvermögen in 2002 zwischenzeitlich vollständig abgebaut.

Diese einmalige Aktion konnte nicht wiederholt werden. Ab 2003 kam es dann zu erhöhten Haushaltsdefiziten, die teilweise eine Größenordnung von rd. 100 Mio. € (originäres Defizit) erreichten. Da durchgreifende Verbesserungen der kommunalen Finanzsituation (z. B. durch eine lange geforderte Gemeindefinanzreform) ausblieben, konnte kein Haushaltsausgleich innerhalb des zulässigen Zeitraumes dargestellt werden.

Unabhängig davon hat die Stadt Mülheim an der Ruhr seit Jahren durch knappe Ansatzbemessung und eine stringente Einhaltung der Regeln der vorläufigen Haushaltsführung Haushaltsverbesserungen erzielt und somit im Rahmen ihrer Möglichkeiten erfolgreich Haushaltskonsolidierung betrieben. Diese Erfolge wurden auch durch steigende Gewerbesteuererinnahmen unterstützt. Seit 2008 sind diese Erträge aber wieder rückläufig.

Für die Jahre 2007, 2008 und 2009 konnte jeweils ein (fiktiv) ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Seit 2007 ist die Stadt Mülheim an der Ruhr nicht mehr im sogenannten „Nothaushaltsrecht“. Unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gelang es in 2008 und erneut in 2009, auch in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung, einen (fiktiv) ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Aus diesem Grunde war es rechtlich nicht mehr vorgeschrieben, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Da jedoch in den Jahren 2007 und 2008 bereits im Planaufstellungsverfahren entsprechende Haushaltssicherungsmaßnahmen beschlossen und zum Teil umgesetzt wurden, und die Konsolidierungsnotwendigkeit unvermindert groß ist, stellte die Stadt Mülheim an der Ruhr ergänzend ein freiwilliges HSK auf.

Im freiwilligen HSK des Jahres 2007 wurden 33 Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. 1,1 Mio. € für 2007 aufgeführt, die in den Haushaltsplan eingearbeitet wurden. Betrachtet man den gesamten damaligen Planungszeitraum (2007 – 2010), so summierte sich der Betrag auf rd. 10,2 Mio. €.

Das freiwillige HSK des Jahres 2008 umfasste insgesamt 14 Einzelmaßnahmen mit einem Volumen von knapp 1,6 Mio. €. Bezogen auf den gesamten Planungszeitraum (2008 – 2011) konnte eine Haushaltsverbesserung von insgesamt 7,2 Mio. € erzielt werden.

Im freiwilligen HSK des Jahres 2009 schließlich konnten weitere 4 Einzelmaßnahmen mit einem Volumen von rd. 450 T€ dargestellt werden. Im letzten Planungszeitraum (2009 – 2012) belief sich die Gesamtverbesserung auf knapp 2,4 Mio. €.

Darüber hinaus konnte durch die MVG im Rahmen von strukturellen Maßnahmen ein Einsparvolumen von rd. 8,6 Mio. € erreicht werden.

## **1.2 Haushaltsausgleich unter NKF-Bedingungen**

Bereits seit dem Jahr 2007 stellt die Stadt Mülheim an der Ruhr den Haushalt nach den Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) auf Basis des „NKF-Gesetzes“ des Landes NRW auf. Dadurch veränderten sich zwar nicht die finanziellen Rahmenbedingungen, gegenüber dem früheren Haushaltsrecht wohl aber die Parameter, die an den Haushaltsausgleich und die (Pflicht zur) Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) geknüpft werden.

Während die frühere Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes primär von der Ausgeglichenheit der Einnahmen und Ausgaben (§ 75 Abs. 3 und 4 GO a. F.) abhing, lässt die NKF - Regelung in gewissem Umfang auch die Einbeziehung von Eigenkapital zu. In diesem Zusammenhang kann ein Teil des Eigenkapitals als Ausgleichsrücklage (§ 75 Abs. 3 GO) ausgewiesen werden. Die Ausgleichsrücklage muss getrennt von den anderen Rücklagearten ausgewiesen werden, da sie uneingeschränkt zum sofortigen Verlustausgleich herangezogen werden darf. Durch die Bildung einer Ausgleichsrücklage in der Eröffnungsbilanz wurde den Kommunen ein wertvolles Instrument an die Hand gegeben, wodurch nach Umstieg auf ein neues Haushalts- und Rechnungswesen der Haushaltsausgleich - zumindest tendenziell - ermöglicht werden kann.

Die Höhe der Ausgleichsrücklage darf nach § 75 Abs. 3 GO maximal ein Drittel des Eigenkapitals aber auch nicht mehr als ein Drittel der durchschnittlichen Erträge aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen der letzten drei Jahre betragen.

Nach wie vor ist der Haushalt ausgeglichen, wenn der Ergebnisplan kein negatives Ergebnis ausweist. Er gilt als ausgeglichen, wenn ein Fehlbedarf durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage kompensiert werden kann (§ 75 Abs. 2 GO) .

### **1.3 HSK-Pflicht**

Die Gemeinde hat gem. § 76 GO NRW ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn bei der Aufstellung des Haushalts

1. durch Veränderungen in der Haushaltswirtschaft innerhalb eines Haushaltsjahres der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
2. in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder
3. innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird.

Für den **NKH 2009** der Stadt Mülheim an der Ruhr stellte sich die Situation so dar, dass der gesamte planerische Fehlbedarf des Jahres 2009 (45,74 Mio. €) durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage abgedeckt werden sollte. Damit hätten für das Haushaltsjahr 2010 noch rd. 5 Mio. € zum fiktiven Haushaltsausgleich zur Verfügung gestanden. Gemäß § 75 Abs. 2 Satz 3 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) **galt der Haushalt 2009 somit als ausgeglichen** (fiktiv). Es bestand (nur) eine Anzeigepflicht der Haushaltssatzung und ihrer Anlagen gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW gegenüber der Bezirksregierung Düsseldorf als Kommunalaufsicht.

Nach derzeitigem Stand wird sich das Jahresergebnis 2009 insbesondere durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verschlechtern, so dass die **Ausgleichsrücklage bereits 2009 vollständig aufgebraucht** wird und erstmalig die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage nötig wird.

Somit kann der **Haushalt 2010** unter den NKF - Bedingungen rechnerisch **nicht mehr ausgeglichen** dargestellt werden. In der **mittelfristigen Ergebnisplanung** ist eine weitere Reduzierung der allgemeinen Rücklage erforderlich, um die Fehlbedarfe abzudecken.

	2009 Prognose*	2010	2011	2012	2013
Stand 18.02.2010					
<b>Jahresergebnis</b>	-57.061.571 €	-97.126.703 €	-84.165.246 €	-68.034.185 €	-52.092.602 €
<b>Ausgleichsrücklage</b>	52.226.875 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b>Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage</b>	52.226.875 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b>verbleibendes Defizit</b>	-4.834.696 €	-97.126.703 €	-84.165.246 €	-68.034.185 €	-52.092.602 €
<b>Allgemeine Rücklage</b>	730.042.486 €	725.207.790 €	628.081.087 €	543.915.841 €	475.881.656 €
<b>Inanspruchnahme</b>	4.834.696 €	97.126.703 €	84.165.246 €	68.034.185 €	52.092.602 €
<b>(gleich ... %)</b>	0,66%	13,39%	13,40%	12,51%	10,95%
<b>Endbestand allgemeine Rücklage</b>	725.207.790 €	628.081.087 €	543.915.841 €	475.881.656 €	423.789.054 €
1/4 der allg. Rücklage:	182.510.622 €	181.301.948 €	157.020.272 €	135.978.960 €	118.970.414 €
1/20 der allg. Rücklage:	36.502.124 €	36.260.390 €	31.404.054 €	27.195.792 €	23.794.083 €

\* = Prognose (Stand: FinA 14.12.2009)

Vor diesem Hintergrund ist ein **genehmigungspflichtiges Haushaltssicherungskonzept** aufzustellen. Um die Genehmigung der Bezirksregierung zu erhalten, muss am Ende des mittelfristigen Planungszeitraumes (2013) als Ergebnis mindestens eine „schwarze Null“ stehen.

Unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen jährlichen Defizits von 75 Mio. € im Planungszeitraum 2010 - 2013 wäre die allgemeine Rücklage und damit das Eigenkapital voraussichtlich im Jahre 2019 vollständig verbraucht.

## **2. Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.**

### **2.1 Strategiefelder zur Haushaltskonsolidierung**

#### **2.1.1 Gesamtstrategie**

Ein wesentlicher Faktor für die dramatische Situation ist sicherlich die Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Entscheidungen zu den Konjunkturpaketen I und II. Gewerbesteuererinnahmen und der Anteil an der Einkommensteuer brechen massiv ein. Die Sozialausgaben steigen an. Dies bezieht sich nicht nur auf den Bereich SGB II, der durch höhere Fallzahlen und eine geringere Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten zu weiteren Haushaltsbelastungen führt. Auch die Grundsicherung im Alter, die wirtschaftliche Jugendhilfe und die Eingliederungshilfe für Behinderte wirken massiv defizitfördernd. Hinzu kommen der Ausbau der U3-Betreuung und der Ganztagsbetreuung an Schulen.

Im Übrigen ist perspektivisch damit zu rechnen, dass die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zu einer weiteren Belastung für die Kommunen wird, damit Bund und Länder diese einhalten können.

Diese Faktoren begründen besondere Anforderungen an das Haushaltskonsolidierungskonzept 2010 ff.

Allerdings reicht es nicht aus, dass ein schnelles und einfaches „Streichkonzert“ entsteht, welches insbesondere die freiwilligen Leistungen der Bereiche Kultur, Sport, Jugend und Soziales eliminiert. Ein lebens- und zukunftsfähiges Mülheim an der Ruhr benötigt ein Zusammenspiel von freiwilligen und pflichtigen Aufgaben.

Ein Haushaltssicherungskonzept muss daher zwingend mit einer strategischen Ausrichtung der Stadt verbunden werden, die ihr Zukunftsfähigkeit sichert und gestaltet. „Rasenmäherprinzip“ und „Kaputtsparen“ sind nicht die richtigen Ansätze.

Dies stellt eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar. Spürbare Einschnitte sind nicht zu vermeiden. Gleichwohl muss Mülheim an der Ruhr weiterhin eine lebenswerte Stadt bleiben, die auch für die Wirtschaft und Investoren interessant ist.

Für ein qualifiziertes Haushaltssicherungskonzept sind alle Leistungsfelder – inkl. der Beteiligungen der Stadt – tabufrei geprüft und betrachtet worden. Hierzu gehören auch die Pflichtaufgaben, bei denen eigene Standards und die Effizienz der Aufgabenerledigung zu prüfen sind.

Insgesamt sind Vorstellungen entwickelt worden, wie veränderte und verringerte Leistungsstrukturen zugleich erfolgreich und zukunftsfähig sind. Das wird neben einem Abbau von Leistungen und Standards sowie Konzentration auf die städtischen Kernaufgaben oft nur mit einem grundlegenden Umbau gelingen. Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft, das Gemeinwesen insgesamt werden berührt sein.

Dieser Weg ist ausnahmslos, da ein dauerhafter Verbleib im sog. Nothaushaltsrecht die kommunale Selbstverwaltung stark einschränkt und je nach Verschuldungsintensität und Eigenkapitalentwicklung gegen Null laufen lässt. Die Übernahme neuer freiwilliger Leistungen bzw. die Ausweitung von bereits bestehenden freiwilligen Leistungen könnte nicht mehr erfolgen. Die Notwendigkeit der Fortführung bestehender freiwilliger Leistungen wäre nochmals nach strengsten Maßstäben zu prüfen, erforderlichenfalls könnte dies auch die Kündigung bestehender Verträge, die Grundlage für die Gewährung freiwilliger Leistungen sind, zum nächstmöglichen Zeitpunkt einschließen. Das Investitionsvolumen würde massiv eingegrenzt, so dass lediglich nach Abstimmung jeder Einzelmaßnahme mit der Bezirksregierung nur noch Pflichtmaßnahmen übrig blieben. Der Zugang zu För-

dermitteln wäre weitestgehend versperrt, da grundsätzlich keine Eigenmittel eingesetzt werden dürften. Stadtentwicklung und Strukturwandel kämen zum Stillstand. Eigene Entwicklung und Gestaltung wäre unmöglich. Starke Einschränkungen bei der Ausbildung von Nachwuchskräften und Beförderungen von Beamten/innen entstünden ebenfalls. Politik und Verwaltung müssen den Weg gemeinsam gehen. Allgemeinwürfe und Hinweise wie „ ... es muss mal beim Personal gespart werden ...“, helfen nicht weiter. Es sind strukturelle Veränderungen erforderlich, bei denen

- Potenziale der demografischen Entwicklung konsequent zu nutzen sind,
- Verwaltungsprozesse zu straffen und gleichartige Aufgaben bzw. Kernfunktionen in einzelnen Organisationseinheiten des Gesamtkonzerns zusammenzufassen bzw. zu bündeln sind,
- sinnvolle interkommunale Kooperationen auszubauen sind,
- Prioritäten deutlich gesetzt und gelebt werden müssen,
- neue Projekte/Aufgaben nur angegangen werden, wenn andere dafür eingestellt werden (struktureller Finanzierungsvorschlag),
- Aufgabenkritik als Daueraufgabe anzusehen ist.

In diesem Sinne wurde dieses Diskussionspapier zur Sicherung des Haushaltes entwickelt, das im Zusammenhang mit der Zukunftsorientierung auch die Konsolidierungspotenziale für diesen Zeitraum aufzeigt. Hierbei wurden tabufrei alle Ideen und Handlungsansätze mit in die Überlegungen eingeschlossen, die theoretisch denkbar und realisierbar erscheinen.

Parallel zu den eigenen Aktivitäten muss die aufgabenangemessene Finanzausstattung und die Entschuldung der Kommunen sowie eine Neuregelung zum Solidarpakt weiter massiv eingefordert werden. Hierzu entstehen Handlungskonzepte im Kreis der Ruhrgebietsstädte und der Städte des Bergischen Landes, die auch einer kommunalpolitischen Begleitung bedürfen. Es bedarf nach wie vor einer tatsächlichen Gemeindefinanzreform, die diesen Erfordernissen Rechnung trägt.

## **2.1.2 Strategiefeld Personal**

### **Ausgangslage:**

2005 wurden 5 % aller Planstellen – mit Ausnahme der Tageseinrichtungen für Kinder, der Schulen, des feuerwehrtechnischen Dienstes und des Pflegebereiches der Alteneinrichtungen - gestrichen (81 Stellen). In 2006 und 2007 wurde diese Maßnahme umgesetzt, u. a. durch den Einsatz eigenen Personals in der Sozialagentur, das sonst extern hätte eingestellt werden müssen. Das Personal in der Sozialagentur wird zu 87,4 % aus Bundesmitteln finanziert. Seitdem konnten jährliche Ersparnisse von rd. 2,5 Mio. € erzielt werden. Seit 2008 werden die Personalaufwendungen aufgrund einer vom Verwaltungsvorstand im Jahr 2007 beschlossenen Haushaltssicherungsmaßnahme bis auf weiteres jährlich um 1,5 % gekürzt. Diese Kürzung wird u. a. durch Nutzung der Fluktuation, Aufgabenkritik und Geschäftsprozessoptimierung realisiert. Auf diese Weise konnten Ausweitungen der Personalkosten aufgrund gesetzlicher oder politischer Vorgaben (Kinderbildungsgesetz, offene Ganztagschule, allgemeiner sozialer Dienst, ArbeitszeitVO Feuerwehr etc.) eingedämmt werden. Der Personaletat umfasst zurzeit rd. ein Fünftel des Gesamtbetrages der Aufwendungen.

Aufgrund der aktuellen und sich weiter abzeichnenden Finanzsituation der Stadt Mülheim an der Ruhr ist die Aufstellung eines für die Aufsichtsbehörde genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) für die Jahre 2010 ff. unabweisbar.

Die Personalaufwendungen sind eine wichtige Komponente zur Konsolidierung eines Kommunalhaushaltes. Ohne deutliche Entlastungen bei den Personalaufwendungen kann i. d. R. ein HSK nicht zum Erfolg geführt werden, deshalb ist das Ziel einer Konsolidierung der Personalaufwendungen zu verfolgen. Betriebsbedingte Kündigungen schließen sich aufgrund der politischen Rahmenvereinbarungen aus. Unabhängig von diesen politischen Rahmenregeln spricht sich der Verwaltungsvorstand ausdrücklich gegen die Maßnahme „betriebsbedingte Kündigungen“ als geeignetes Instrument zur Personalkostenoptimierung aus.

### **I. Wesentliche Umsetzungsmaßnahmen zur Kürzung der Personalaufwendungen**

Durch die im Folgenden dargestellten Maßnahmen soll die Reduzierung der Personalaufwendungen realisiert werden.

## 1) Fluktuation

### 1a) Planmäßige Fluktuation

Der Personalabbau wird durch das Ausnutzen der „natürlichen“, das bedeutet **planmäßigen** Fluktuation (Eintritt in den Ruhestand, Auslaufen befristeter Verträge etc.) erreicht.

Jede durch planmäßige Fluktuation freiwerdende Stelle wird einer Analyse der Aufgabenstellung unterzogen, dabei sind folgende Fragestellungen zu prüfen:

- a) Kann auf die Aufgabenstellung ganz oder teilweise verzichtet werden?
- b) Sind Standardabsenkungen bei der Aufgabenerfüllung möglich?
- c) Kann die Aufgabe durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden, z. B. durch Zusammenlegung von Arbeitsbereichen (auch von Führungspositionen), durch Verlagerung von Arbeitsbereichen, durch Technikeinsatz oder durch interkommunale Zusammenarbeit?
- d) Kommt eine Besetzung mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht?
- e) Kann der Personalaufwand durch sonstige Maßnahmen (z.B. Überstundenregelungen, Leistungsanreize) und/oder Steigerung der Arbeitsproduktivität gesenkt werden?
- f) Ist die Wiederbesetzung wegen der Erstattungen Dritter oder durch Einnahmeerzielung sogar sinnvoll?

### Altersaustritte

	Altersaustritte <sup>1</sup>				Gesamt <sup>2</sup>
	nichttechn. Verwaltungsdienst		fachspezifische Tätigkeit*		
	Personalaufwand**	Sachaufwand***	Personalaufwand	Sachaufwand	
<b>2010</b>	261.000 €	42.282 €	974.500 €	124.736 €	<b>1.402.518 €</b>
<b>2011</b>	822.500 €	133.245 €	1.403.500 €	179.648 €	<b>2.538.893 €</b>
<b>2012</b>	1.272.500 €	206.145 €	1.845.000 €	236.160 €	<b>3.559.805 €</b>
<b>2013</b>	1.834.500 €	297.189 €	2.371.500 €	303.552 €	<b>4.806.741 €</b>

\* fachspezifische Tätigkeiten sind z.B. Erzieherinnen, Vermessungstechniker, Ingenieure

\*\* der Personalaufwand beinhaltet die durchschnittlichen Bruttobezüge zzgl. der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung

\*\*\* der Sachaufwand beinhaltet die Arbeitsplatzkosten, d.h. Miete, Strom, Heizkosten, Abschreibungen für Einrichtungsgegenstände, Informationstechnik, Bürobedarf, Dienstreisen usw.

<sup>1</sup> Die Tabelle beinhaltet die Austritte in der Kernverwaltung und den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen.

<sup>2</sup> Der Verzicht auf eine Nachbesetzung einer Stelle führt zu einer dauerhaften Einsparung von Personalkosten. Das Einsparpotenzial wird daher kumuliert angegeben.

Altersaustritte werden dazu genutzt, die Ausweitung von Personalkosten zu beschränken. In der Tabelle wird für die Jahre 2010 – 2013 beschrieben, welche Einsparungen mit Hilfe der Personalfluktuation erzielt werden sollen. Da auf eine Nachbesetzung der freiwerdenden Stellen insbesondere im Bereich der fachspezifischen Tätigkeiten nicht vollständig verzichtet werden kann, wird für diese Tätigkeiten zunächst von einem Einsparungspotenzial bei dem Personalaufwand von 50% der vollzeitverrechneten Stellen ausgegangen. Der einzusparende Sachaufwand ist mit 50% berechnet worden, da die Einsparung zeitverzögert erfolgt und nicht an allen Arbeitsplätzen gleichermaßen möglich sein wird.

## Zeitverträge

Aus dem Auslaufen von Zeitverträgen<sup>3</sup> ergibt sich folgendes Einsparpotenzial:

	Personalaufwand	Sachaufwand	Gesamt <sup>4</sup>
2010	840.500 €	215.168 €	1.055.668 €
2011	150.000 €	38.400 €	188.400 €
2012	50.000 €	12.800 €	62.800 €
2013	50.000 €	12.800 €	62.800 €

## 1b) Außerplanmäßige Fluktuation

Weitere Austrittsgründe neben dem Altersaustritt oder dem Auslaufen eines Zeitvertrages sind Todesfälle und Kündigungen (sowohl durch Mitarbeiter als auch durch den Arbeitgeber). Diese werden als außerplanmäßige Fluktuation bezeichnet. Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen und eines Zielwertes für die unten genannten „Instrumente/Aktivitäten“ wird ein rechnerischer Austritt von rund 25 Personen pro Jahr angenommen.

<sup>3</sup> Die rund 200 Zeitverträge im Sozial- und Erziehungsdienst sind grundsätzlich Ersatz für Mitarbeiter/innen in Mutterschutz-, Elternzeit oder Sonderurlaub bzw. es handelt sich um Zeitverträge in der Sozialagentur, die nur solange befristet sind, bis das Modell „Optionskommune“ dauerhaft Bestand hat. Daher ist der Ablauf **dieser** Zeitverträge nicht als Einsparung in die Tabelle eingegangen. Die Tabelle beinhaltet die Austritte in der Kernverwaltung und den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen.

<sup>4</sup> Ist ein Zeitvertrag ausgelaufen, so erfolgt einmalig eine Einsparung. Eine Kumulierung der Beträge macht aufgrund des Wesens des Zeitvertrages keinen Sinn.

## Übersicht außerplanmäßige Fluktuation (Basis: siehe Vorseite):

	Personalaufwand <sup>5</sup>	Sachaufwand	Gesamt <sup>6</sup>
2010	1.250.000 €	138.750 €	1.388.750 €
2011	2.500.000 €	277.500 €	2.777.500 €
2012	3.750.000 €	416.250 €	4.166.250 €
2013	5.000.000 €	555.000 €	5.555.000 €

### 2) Fluktuation durch Anreizsysteme

Ausbau der Abfindungsmöglichkeiten bei unplanmäßigem Austritt: Es wird kurzfristig ein Konzept erstellt, das den Anreiz zum Ausscheiden für „Wechselwillige“ erhöhen soll. In geeigneten Fällen werden intensive Gespräche mit Mitarbeitern geführt, um eine für beide Seiten kostengünstige Lösung bei einem früheren Ausscheiden zu erzielen.

### 3) Wiederbesetzungssperre

Die grundsätzliche Wiederbesetzungssperre nachzubesetzender Planstellen beträgt weiterhin 12 Monate. In dieser Zeit müssen andere Mitarbeiter die Arbeit mit erledigen, die auf der frei gewordenen Stelle anfällt.

### 4) Beförderung/Höhergruppierungen

- Beförderungssperre von 12 Monaten entsprechend der Erlasslage des Innenministeriums
- Grundsätzliche Vermeidung der Übertragung von höherwertigen Aufgaben auf besetzte Stellen, die einen Höhergruppierungsanspruch auslösen bzw. eine Beförderungsmöglichkeit schaffen, sofern daraus kein wirtschaftlicher Nutzen resultiert.

### 5) Personaleinsatz bei Vereinen und Verbänden

Überzähliges städtisches Personal wird als Ersatz für Zuschusszahlungen der Stadt bei Vereinen und Verbänden eingesetzt.

---

<sup>5</sup> Die Tabelle beinhaltet die Austritte in der Kernverwaltung und den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen.

<sup>6</sup> Der Verzicht auf eine Nachbesetzung einer Stelle führt zu einer dauerhaften Einsparung von Personalkosten. Das Einsparpotenzial wird daher kumuliert angegeben.

## **6) „Intern vor Extern“**

Soweit die Nachbesetzung einer Stelle erforderlich ist, ist weiterhin grundsätzlich eine interne Besetzung vor einer externen Besetzung zu realisieren. Durch den Einsatz eigenen Personals soll erreicht werden, dass die Personalkosten sinken.

## **7) Aufgabenkritik und Optimierung von Geschäftsprozessen**

Fortsetzung der Maßnahmen: Da betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind, kann ein maßgeblicher Personalabbau nur durch Verzicht auf die Wahrnehmung von (freiwilligen) Aufgaben und durch Standardreduzierungen bei pflichtigen und freiwilligen kommunalen Aufgaben erreicht werden. Hierzu sind insbesondere Entscheidungen der Politik erforderlich. Die Optimierung von Geschäftsprozessen wird seit rd. drei Jahren gemeinsam von Vertretern aus Politik und Verwaltung intensiv betrieben und kontinuierlich fortgesetzt.

## **8) Teilzeitorientierung und Beurlaubungen**

Die Werbemaßnahmen für die Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigten und Beurlaubungen werden intensiviert.

## **9) Aufgabenerledigung durch/für andere Kommunen**

Soweit rechtlich zulässig können Aufgaben, für die eigenes städtisches Personal nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung steht, durch andere Gemeinden gegen Zahlung eines finanziellen Ausgleichs übernommen werden. Umgekehrt können auch Aufgaben von anderen Gemeinden durch die Stadtverwaltung Mülheim an der Ruhr gegen Aufwandsersatzung wahrgenommen werden, sofern Kapazitäten vorhanden sind.

## **II. Gesamtbetrachtung der angestrebten Einsparungen im Personalbereich**

Hinter den Einsparbeträgen zur planmäßigen und außerplanmäßigen Fluktuation stehen insgesamt folgende Austritte (Darstellung in Form vollzeitverrechneter Stellen):

## Summe der Austritte:

	planmäßige Fluktuation		außerplanmäßige Fluktuation	Gesamt
	Altersaustritte			
	nichttechn. Verwaltungs- dienst	fachspe- zifische Tätigkeit		
<b>2010</b>	5,22	19,49	25	49,71
<b>2011</b>	11,23	8,58	25	44,81
<b>2012</b>	9	8,83	25	42,83
<b>2013</b>	11,24	10,53	25	46,77
	<b>36,69</b>	<b>47,43</b>	<b>100</b>	<b>184,12</b>

Rein rechnerisch könnte durch die Ausnutzung der Fluktuation (184,12 vollzeitverrechnete Stellen) der Haushalt ab 2014 strukturell von Personalausgaben in Höhe von 9.200.000 € entlastet werden. Davon sind bereits 6.200.000 € über die 1,5%`ige jährliche Personalkostenreduzierung im Haushalt veranschlagt. Der Rest wäre über HSK-Einzelmaßnahmen zu beschließen.

### III. Beschäftigung und Qualifizierung im Konzern Stadt Mülheim an der Ruhr

Mit der Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes wird Personal in den Fachbereichen freigesetzt und in die verwaltungsinterne sog. „Beschäftigungs- und Qualifizierungseinheit“ (BQE) überführt. In der BQE werden neben den durch HSK oder ähnliche Maßnahmen freigesetzten Personen alle Mitarbeiter geführt, für die nicht unmittelbar Planstellen zur Verfügung stehen (z. B. nach Rückkehr aus Beurlaubungen oder im Anschluss an die Ausbildung). Durch das Personal- und Organisationsamt werden mit den der BQE zugeordneten Mitarbeitern Fördergespräche mit dem Ziel der Findung einer kurzfristigen Einsatzmöglichkeit geführt. Unter Einsatzmöglichkeiten fallen insbesondere vakante oder in absehbarer Zeit vakant werdende Stellen (z. B. durch natürliche Fluktuation), Vertretungen für Langzeitausfälle sowie ggf. Einsatzmöglichkeiten außerhalb der Verwaltung (z. B. bei Vereinen und Verbänden als Ersatz für Zuschusszahlungen). Sofern für den perspektivischen Einsatz eines Mitarbeiters Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich sind, werden diese zielorientiert und einzelfallbezogen geplant und durchgeführt.

Darüber hinaus ist eine Änderung des BQE-Regelwerkes vorzunehmen, um u. a. einen flexibleren Personaleinsatz zu ermöglichen, damit externe Personalgestellungen grundsätzlich vermieden werden können.

### **2.1.3 Strategiefeld Interkommunale Zusammenarbeit**

Neben der Teilnahme an den vielfachen Konferenzen und Arbeitsgemeinschaften auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie der Mitarbeit in diversen Vergleichsringen gibt es vielfältige interkommunale Kooperationen und Projekte. Dies ist für die Stadt Mülheim an der Ruhr nichts Neues, sondern schon lang gelebte Praxis (die ältesten Zusammenarbeiten wie z. B. Emschergenossenschaft oder Ruhrverband wurden bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegründet).

Eine Übersicht über die wichtigsten Kooperationen und Projekte der letzten zehn Jahre ist als Anlage beigefügt.

Auf Ebene der OberbürgermeisterInnen in der MEO-Region und im gesamten RVR-Verbandsgebiet sind Gespräche aufgenommen worden, in denen es um Formen bilateraler Aufgabenübertragung auf eine andere Gebietskörperschaft bzw. um die Zusammenführung von Leistungserbringung für mehrere Städte geht. Als Fortsetzung der bisherigen Arbeit sind weitere Möglichkeiten zur Kooperation auszuloten.

### **2.1.4 Strategiefeld Sozialraumentwicklung**

Die Angebote im Bereich Kultur, Bildung, Sport, Jugend und Soziales müssen sich an den sozialräumlichen Bedarfen in den Stadtteilen orientieren. Diese Ausrichtung ist in der Umsetzung – mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung – nur dann realisierbar, wenn die städt. Liegenschaften in den Stadtquartieren sinnvoll genutzt werden. Hierfür wird eine Projektgruppe die notwendigen Schritte vornehmen.

## **2.2 Maßnahmen zur Haushaltssicherung**

In einem ersten Schritt wurden die grundsätzlichen Finanzziele ermittelt und aggregiert auf die Dezernate verteilt. Der Verwaltungsvorstand hat sich in mehreren Klausursitzungen mit den Zielsetzungen auseinandergesetzt und die Fachbereiche wurden aufgefordert Maßnahmen zu ermitteln, die folgende Aussagen enthalten sollten:

1. Grunddaten (Erträge und Aufwendungen nach Produktgruppen)
2. Herausforderungen und strategische Ausrichtung (künftige Anforderungen und Entwicklungen etc.)
3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA- Bericht (mit Hinweisen und der Darstellung der Umsetzungsmöglichkeiten)
4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung
5. Denkbare Einsparpotenzial für den Finanzplanungszeitraum bis 2013  
(Quantifizierung, soweit dies möglich ist; frühestmöglichen Realisierungszeitpunkt und evtl. notwendige Investitionen benennen)

Aus dem Beratungsprozess des Verwaltungsvorstandes entstanden dann - neben den strategischen Ausrichtungen - auch die Maßgaben für die Ausarbeitung der Einzelmaßnahmen zur Haushaltssicherung.

Die Fachbereiche haben unter dieser Prämisse zahlreiche Maßnahmen entwickelt, die nachfolgend detailliert aufgeführt werden. Den Einzelmaßnahmen vorangestellt ist jeweils ein „Grunddatenbogen“, der die fachspezifischen Herausforderungen zusammenfasst.

Alle Einzelmaßnahmen sind abschließend in einer Gesamtliste – geordnet nach Dezernaten und Fachbereichen – dargestellt , die am Ende des Diskussionspapiers zu finden ist.

**Grunddaten**

**Einzelmaßnahmen**



# **Dezernat I**

**(Repräsentation, Zentrale Verwaltungssteuerung,  
Wirtschaftsförderung)**

- **Referat I**
- **Amt 16**  
**(Amt für Ratsangelegenheiten und Bürgerinformation)**



## **Referat I**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.021 Verw.führg. Dez.I	56.000 €	1.767.790 €	-1.711.790 €
01.030 Gleichst. Mann + Frau	0 €	248.022 €	-248.022 €
01.070 Presse + Öff.Arbeit	2.000 €	257.603 €	-255.603 €
15.010 G-Besor.Ver. M& B	0 €	45.200 €	-45.200 €
15.020 G-Besor.Ver. MST	0 €	1.395.000 €	-1.395.000 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>58.000 €</b>	<b>3.713.615 €</b>	<b>-3.655.615 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

- Im Referat I erfolgt die Koordinierung des unmittelbaren Geschäftsbereichs der Oberbürgermeisterin. Hierzu gehört insbesondere die Gesamtsteuerung der strategischen Ziele und die Sicherstellung der damit verbundenen Projekte. Zu den weiteren Aufgaben zählen u. a. die Vorbereitung von Entscheidungen, Strategie- und Medienberatung sowie die Terminkoordination, -vorbereitung und -begleitung und die Repräsentationen für die politischen Mandatsträger.

- Die Aktivitäten im Hinblick auf die gesetzlich geforderten Bemühungen um die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann, die sowohl verwaltungsintern als auch durch öffentliche Kampagnen erfolgen soll, werden fortgesetzt. Hierbei sind etablierte Themenschwerpunkte und jährlich wiederkehrende Verpflichtungen haushaltsmäßig von besonderem Gewicht (Int. Frauentag, MEO-Facharbeitskreis usw.). Hierzu kommt, dass für die jetzige Ratsperiode ein „Gleichstellungsausschuss“ eingesetzt wurde. Hierdurch sind erhöhte Anforderungen an die personelle und finanzielle Leistungsfähigkeit des Referates I.3 notwendig.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

- Verbesserung des internen Informationsflusses über die Entwicklung der Handlungsfelder (z. B. durch Intranet, Informationsveranstaltungen etc.)

Umsetzungsvorschlag mit verbindlichem Zeitplan (Meilensteine):

Es bleibt abzuwarten, inwieweit das zu erstellende Ziele- und Kennzahlensystem die Intention der Handlungsfelder als Instrument der strategischen Steuerung aufgreifen bzw. abbilden kann. Erst zu diesem Zeitpunkt ist eine zielgerichtete Optimierung sinnvoll. Vor diesem Hintergrund wird die Fortführung der Handlungsfelder und damit auch die Empfehlung der GPA zunächst zurückgestellt.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 1</b>
<b>Dezernat:</b>	I	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Referat I	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Zuschuss Spielpunkt	01.021

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Wegfall der finanziellen Beteiligung der Stadt Mülheim an der Ruhr an der Einrichtung "Spielpunkt". Eine mögliche Konsequenz der Maßnahme könnte die Schließung der Einrichtung sein. Zur Umsetzung der Maßnahme ist ein Beschluss des Hauptausschusses erforderlich.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme :**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	9.270 €	9.270 €	9.270 €	9.270 €	9.270 €
<b>Summe:</b>	9.270 €	9.270 €	9.270 €	9.270 €	9.270 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	Hauptausschuss

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Dezernat:</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">I</td> </tr> <tr> <td>Fachbereich:</td> <td style="text-align: center;">Referat I</td> </tr> </table>				Dezernat:	I	Fachbereich:	Referat I	Maßnahme Nr. 2		
				Dezernat:	I					
Fachbereich:	Referat I									
				Haushaltsplanung 2010 ff.						
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>						
Mitgliedsbeitrag Institut für Diakoniewissenschaften (IfD)				01.021						
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>										
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)										
Der Mitgliedsbeitrag für die Mitgliedschaft im Verein für interdisziplinäre und angewandte Diakoniewissenschaften soll auf einen Betrag i. H. v. 1.000,- gekürzt werden.										
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
	konsumtiv									
	investiv									
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>										
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		6.670 €	6.670 €	6.670 €	6.670 €	6.670 €				
<b>Summe:</b>		6.670 €	6.670 €	6.670 €	6.670 €	6.670 €				
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>										
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>								
		Rat der Stadt								

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 3</b>
<b>Dezernat:</b>	I	Haushaltsplan 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Referat I	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Ehrengaben bei Jubiläen	01.021

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Verzicht auf Geldgeschenke bei Alters- und Ehe-, sowie bei Vereinsjubiläen. Eine Blumenschale wird bei Alters- und Ehejubiläen weiterhin zur Würdigung der Jubilare überreicht. Zur Umsetzung der Maßnahme ist ein Beschluss des Hauptausschusses erforderlich.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	5.500 €	5.500 €	5.500 €	5.500 €	5.500 €
<b>Summe:</b>	5.500 €	5.500 €	5.500 €	5.500 €	5.500 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	Hauptausschuss

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 4</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	I					
<b>Fachbereich:</b>	Referat I					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Todesanzeigen / Trauerkränze			01.021			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Keine Veröffentlichung von Todesanzeigen für Ehrenring- und Ehrenspangenträger sowie Verzicht auf Kränze. Zur Umsetzung der Maßnahme ist eine Einbindung des Ältestenrates erforderlich.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		3.500 €	3.500 €	3.500 €	3.500 €	3.500 €
<b>Summe:</b>		3.500 €	3.500 €	3.500 €	3.500 €	3.500 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 5</b>
<b>Dezernat:</b>	I	<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>
<b>Fachbereich:</b>	Referat I	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Geschäftsbesorgungsvertrag MST	15.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Kürzung des Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Stadt Mülheim an der Ruhr und der MST GmbH. Die Umsetzung der Maßnahme würde zunächst zur Aufgabe des Bereiches Internetredaktion führen. Des Weiteren würden Beratungsleistungen entfallen. Die Übernahme der vorgenannten Aufgaben würden zu Arbeitsverdichtungen in den Fachbereichen führen. Voraussetzung zur Umsetzung ist die Kündigung des bestehenden Vertrages (Laufzeit bis 01.01.2011 / Kündigung bis 30.06.2010) und der Abschluss eines neuen Vertrages.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	100.000 €	250.000 €	500.000 €	500.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	100.000 €	250.000 €	500.000 €	500.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	Rat der Stadt

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 6**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

Dezernat:	I
Fachbereich:	Referat I

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Verzicht auf Fachliteratur (Musterreden)

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.021

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Kündigung des Abonnements für Musterreden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	350 €	350 €	350 €	350 €	350 €
<b>Summe:</b>	350 €	350 €	350 €	350 €	350 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 7</b>
<b>Dezernat:</b>	I	Haushaltsplan 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Referat I	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Einschränkung von Bewirtungen	01.021

### **Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Verzicht auf einen Mittagsimbiss im Rahmen der Amts- und Werkleiterkonferenzen.

### **evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

### **Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
<b>Summe:</b>	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €

### **Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

X

## **Amt 16 (Amt für Ratsangelegenheiten und Bürgerinformation)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.140 Pol. u. bürg. Anliegen	21.691 €	3.582.524 €	-3.560.833 €
01.150 Interk. Ang.,int. Zus.	26.500 €	580.293 €	-553.793 €
02.120 Wahlen	100.000 €	469.371 €	-369.371 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>148.191 €</b>	<b>4.632.188 €</b>	<b>-4.483.997 €</b>
nachrichtlich:			
01.141 BV 1		32.000,00 €	-32.000,00 €
01.142 BV 2		32.000,00 €	-32.000,00 €
01.143 BV 3		32.000,00 €	-32.000,00 €

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

#### **PN01140 (Politische und bürgerschaftliche Anliegen)**

##### **Betreuung politischer Gremien:**

- Optimierung der Gremienarbeit durch den Einsatz von Laptops
- Sanierung Ratssaal und Sitzungsräume

##### **Bürgerschaftliche Mitsprache (Bürgeragentur):**

- Bekanntheitsgrad und Leistungen der Bürgeragentur weiter erhöhen (siehe auch Übernahme von Dienstleistungen für Dritte und Repräsentationstermine in der Bürgeragentur)
- Vorgelagertes Rathaus

##### **Bürger-/ Kundenkommunikation (KommunikationsCenter):**

- Einheitliche Behördenrufnummer D115 ausweiten sowie Kooperation mit anderen Städten

#### **PN01150 (Interkulturelle Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit)**

- Europäische Ausrichtung der Stadt Mülheim an der Ruhr
- Ausführung des Ratsbeschlusses zur internationalen Stadtgesellschaft einschl. Akquise von Fördermitteln
- Kooperation mit der Stadt Duisburg im europäischen Kontext

#### **PN02120 (Wahlen)**

- Rechtmäßige Abwicklung der Wahlen (2010: Landtagswahl, Integrationsrat, JSR)

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Das Amt 16 wurde nicht explizit durch die GPA geprüft.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 8</b>
<b>Dezernat:</b>	I	<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>
<b>Fachbereich:</b>	Amt 16	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>
Optimierung der Gremienarbeit durch den Einsatz von Laptops	01.140

**Beschreibung der Maßnahme:**  
 (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Bereits in den vergangenen Jahren hat die Verwaltung ein passwortgeschütztes Ratsinformationssystem (Allris) entwickelt, das von den Ratsmitgliedern zunehmend genutzt wird und einen enormen Fortschritt in Sachen Verwaltungsmodernisierung darstellt. Das Ratsinformationssystem hilft, die politische Arbeit zu verbessern und zu professionalisieren und schafft letztlich Potenziale für partizipative Ansätze der Kommunalpolitik. Alle Vorlagen (Drucksachen, Informationen, Anträge/Anfragen, Stellungnahmen) werden über diese Softwarelösung erfasst, bearbeitet und verwaltet und können von den Mandatsträgern wiederum individuell abgerufen und bearbeitet werden. Doch trotz dieser umfassenden Softwarelösung erhalten die Stadtverordneten alle sitzungsrelevanten Unterlagen bislang auch in Papierform. Ein Parallelbetrieb von Drucksachen und einem Ratsinformationssystem ist dauerhaft nicht vertretbar und wirtschaftlich. Ziel soll es daher sein, eine moderne, papierarme und insgesamt effiziente Arbeitsgrundlage für die Mandatsträger zu schaffen. Die Vorteile dieses Vorhabens sind sowohl für die Mandatsträger als auch für die Verwaltung durch die schnelle Einsichtnahme in alte und aktuelle Sitzungsunterlagen sowie Minimierung des persönlichen Archivierungsaufwandes, direkter Zugriff auf die kompletten Unterlagen zu einer Sitzung. Zur Umsetzung der Maßnahme sind entsprechende Anschaffungen von Hard- und Software nötig, die allerdings deutlich unter den jetzigen Aufwendungen für Druck- und Portoaufwendungen für den Versand der Vorlagen liegt. Neben der Optimierung der Gremienarbeit sind somit Einspareffekte zu erzielen, so dass das Laptopprojekt als Konsolidierungsmaßnahme vorgeschlagen wird, da bereits im Jahr der Umsetzung Einsparungen erzielt werden. Die genauen Einspareffekte sind abhängig von den Parametern, die sich im Rahmen der Pilotgruppe zum Laptopprojekt ergeben.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>	0 €	80.000 €	65.000 €	65.000 €	65.000 €
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von ILV-Aufw...</b>	0 €	140.000 €	140.000 €	140.000 €	140.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	140.000 €	140.000 €	140.000 €	140.000 €
<b>nach Abzug der Kosten:</b>	0 €	60.000 €	75.000 €	75.000 €	75.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...  Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
					<b>Maßnahme Nr. 9</b>	
					Haushaltsplanung 2010 ff.	
<b>Dezernat:</b>	I					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 16					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Reduzierung der Fraktionszuwendungen			01.140			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Gemäß § 56 Abs. 3 Satz 1 GO NW gewährt die Gemeinde den Fraktionen und Gruppen aus Haushaltsmitteln Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung. Dieser Ansatz ist ab dem Haushaltsjahr 2011 stetig zu kürzen, bis in 2013 insgesamt 10 % der Fraktionszuwendungen eingespart werden.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	23.995 €	47.990 €	79.984 €	79.984 €
<b>Summe:</b>		0 €	23.995 €	47.990 €	79.984 €	79.984 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 10

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	I
Fachbereich:	Amt 16

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung der Aufwandsentschädigungen

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.140

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Gemäß Entschädigungsverordnung NRW stehen den Ratsmitgliedern und Funktionsträgern Aufwandsentschädigungen zu. Eine Reduzierung der Aufwandsentschädigung um 10 % soll nur noch durch eine erhöhte pauschalierte Entschädigung (Wegfall der Zahlungen von Sitzungsgeldern) sowie durch die Reduzierung der Anzahl der Ausschüsse und der Ausschussgrößen erzielt werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:					
Reduzierung von Aufwand:	0 €	75.850 €	75.850 €	75.850 €	75.850 €
Summe:	0 €	75.850 €	75.850 €	75.850 €	75.850 €

**Beschluss notwendig?**

nein:	ja, von...
	Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
					<b>Maßnahme Nr. 11</b>	
					<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>	
<b>Dezernat:</b>	I					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 16					
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>				<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>		
Einsparung von Bewirtungsaufwand				01.140		
<b>Beschreibung der Maßnahme:</b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Reduzierung der Bewirtung auf Wasser während der Ratssitzungen und Ausschusssitzungen. Aufwendungen für weitere Verpflegung sind von den Mandatsträgern oder Fraktionen eigenständig zu finanzieren. Reduzierung der Bewirtung auf Wasser während Verwaltungsbesprechungen.						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv					
	investiv					
<b>Konsolidierungsbeitrag:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €
<b>Summe:</b>		12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €
<b>Beschluss notwendig?</b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 12

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	I
<b>Fachbereich:</b>	Amt 16

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Kürzung der Reisekosten von Mandatsträgern

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.140

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Einsparungen bei den Reiseaufwendungen für offizielle Fahrten von Mandatsträgern (betrifft Anfahrtskosten und Unterkunft) von 50 %. Der Ansatz wird den Erfahrungswerten angepasst. Die Reduzierung von offiziellen Begegnungen in den Partnerstädten führt ebenfalls zu einem geringeren Mittelbedarf.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €
<b>Summe:</b>	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
<input type="text"/>	<input type="text" value="Rat der Stadt"/>

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 13**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	I
<b>Fachbereich:</b>	Amt 16

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Kürzung der Verfügungsmittel der Bezirksvertretungen

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.141, 01.142, 01.143

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Verfügungsmittel der Bezirksvertretungen dienen der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und des Zusammenlebens durch Finanzierung von Projekten im jeweiligen Stadtbezirk (Zuschüsse u.a. an Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendheime, Vereine, Spielplätze, Maßnahmen im Straßenverkehr/ Straßenbau). Die Bezirksvertretungen beschließen über die Verwendung dieser Gelder, so dass sich von Jahr zu Jahr unterschiedliche Verwendungszwecke, Adressaten und Zahlungshöhen für Teilbeträge ergeben. Der Ansatz ist um 20 % zu kürzen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	19.200 €	19.200 €	19.200 €	19.200 €	19.200 €
<b>Summe:</b>	19.200 €	19.200 €	19.200 €	19.200 €	19.200 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 14

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	I
Fachbereich:	Amt 16

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Umstrukturierung innerhalb des Amtes

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.140

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Durch organisatorische Maßnahmen soll ab dem Haushaltsjahr 2013 eine Abteilungsleiterstelle eingespart werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:					
Reduzierung von Aufwand:				102.000 €	102.000 €
<b>Summe:</b>	<b>0 €</b>	<b>0 €</b>	<b>0 €</b>	<b>102.000 €</b>	<b>102.000 €</b>

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

X

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 15**

<b>Dezernat:</b>	I
<b>Fachbereich:</b>	Amt 16

Haushaltsplanung 2010 ff.

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung von portogebundenen Zwischenmeldungen der Bürgeragentur

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.140

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Bei Angabe der Mailanschrift erfolgt die Zwischenmitteilung durch die Mitarbeiter der Bürgeragentur an den Bürger nur noch elektronisch, so dass die Druck- und Portoaufwendungen reduziert werden können.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	1.200 €	1.200 €	1.200 €	1.200 €	1.200 €
<b>Summe:</b>	1.200 €	1.200 €	1.200 €	1.200 €	1.200 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

X

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 16

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	I
<b>Fachbereich:</b>	Amt 16

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Umsetzung der ILV des KommunikationsCenters

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.140

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Mit dem KommunikationsCenter bietet die Stadt Mülheim ihren Bürgerinnen und Bürgern eine zentrale Anlaufstelle mit hoher Service- und Lösungskompetenz. Das KommunikationsCenter kann bis zu 70 % der telefonisch oder per E-Mail eintreffenden Anfragen direkt beantworten und übernimmt damit maßgeblich Aufgaben aus den jeweiligen Ämtern. Die ergebnisorientierte Gesprächsführung ermöglicht eine dreifach kürzere Gesprächsdauer, als in den Fachämtern. So kann ein Großteil der Anfragen effizient und kostengünstig im KC abgefangen werden.  
Die Budgets der Fachbereiche sind - dem Umfang der Entlastung entsprechend- anzupassen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von ILV-Erträgen:</b>	0 €	0 €	325.800 €	651.600 €	651.600 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	0 €	0 €	325.800 €	651.600 €	651.600 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

X

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 17**

<b>Dezernat:</b>	I
<b>Fachbereich:</b>	Amt 16

Haushaltsplanung 2010 ff.

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Einsparung der städtepartnerschaftlichen Aktivitäten  
Sachaufwendungen

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.150

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Bei den städtepartnerschaftlichen Begegnungen der Stadt handelt es sich zurzeit vorwiegend um die zwischenmenschliche Pflege von Kontakten. Diese Aufgaben muss die Stadt nicht sichtbar machen und können vom Förderverein Mülheimer Städtepartnerschaften übernommen werden. Der Fokus der internationalen Zusammenarbeit liegt inzwischen auf einer europäischen Projektebene, die sich durch inhaltliche Themenschwerpunkte auszeichnet, so dass die reinen städtepartnerschaftlichen Begegnungen zu reduzieren sind. Der Ausbau der europäischen Arbeit in Verbindung mit der Akquise von EU-Fördergeldern für Projektmittel ist beizubehalten bzw. auszubauen. Veranstaltungen im europäischen Kontext sind durch Drittmittel und Sponsoring weitgehend zu decken.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	15.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
<b>Summe:</b>	15.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Hauptausschuss, Rat der Stadt

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 18

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	I
Fachbereich:	Amt 16

#### Bezeichnung der Maßnahme:

Einsparung der städtepartnerschaftlichen Aktivitäten  
Personalaufwendungen

#### Produktgruppe / Position WiPl.:

01.150

#### Beschreibung der Maßnahme:

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Bei den städtepartnerschaftlichen Begegnungen der Stadt handelt es sich zurzeit vorwiegend um die zwischenmenschliche Pflege von Kontakten. Diese Aufgaben muss die Stadt nicht sichtbar machen und können vom Förderverein Mülheimer Städtepartnerschaften übernommen werden. Der Fokus der internationalen Zusammenarbeit liegt inzwischen auf einer europäischen Projektebene, die sich durch inhaltliche Themenschwerpunkte auszeichnet, so dass die reinen städtepartnerschaftlichen Begegnungen zu reduzieren sind. Der Ausbau der europäischen Arbeit in Verbindung mit der Akquise von EU-Fördergeldern für Projektmittel ist beizubehalten bzw. auszubauen. Veranstaltungen im europäischen Kontext sind durch Drittmittel und Sponsoring weitgehend zu decken.

#### evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

#### Konsolidierungsbeitrag:

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:					
Reduzierung von Aufwand:	33.400 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €
Summe:	33.400 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €

#### Beschluss notwendig?

nein:

ja, von...

Hauptausschuss, Rat der Stadt

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 19**

<b>Dezernat:</b>	I
<b>Fachbereich:</b>	Amt 16

Haushaltsplanung 2010 ff.

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Aufgabe der Geschäftsstelle des Fördervereins Mülheimer Partnerstädte

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.150

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Geschäftsstelle wird durch eine halbe Stelle im Bereich der Städtepartnerschaften betreut. Diese würde durch den Wegfall der städtepartnerschaftlichen Aktivitäten bereits zur Konsolidierung beitragen. Darüber hinaus entfallen Druckkosten (Amt 10) für die Geschäftsführung des Fördervereins.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	52.040 €	52.040 €	52.040 €	52.040 €	52.040 €
<b>Summe:</b>	52.040 €	52.040 €	52.040 €	52.040 €	52.040 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Hauptausschuss, Rat der Stadt

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 20

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	I
Fachbereich:	Amt 16

#### Bezeichnung der Maßnahme:

Wegfall der Zuschüsse für Schulen, Vereine und Verbände zur Förderung städtepartnerschaftlicher Beziehungen

#### Produktgruppe / Position WiPl.:

01.150

#### Beschreibung der Maßnahme:

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Einsparung der Zuschüsse für städtepartnerschaftliche Begegnungen, die dem Förderverein für Städtepartnerschaften zur Verfügung gestellt werden. Dabei handelt es sich um reine Beziehungspflege durch Begegnungen. Künftige Zuschussmittel für Begegnungen sind über Dritte durch den Förderverein zu generieren.

#### evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

#### Konsolidierungsbeitrag:

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:					
Reduzierung von Aufwand:	7.400 €	7.400 €	7.400 €	7.400 €	7.400 €
<b>Summe:</b>	<b>7.400 €</b>				

#### Beschluss notwendig?

nein:  ja, von...  Hauptausschuss, Rat der Stadt

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 21

<b>Dezernat:</b>	I
<b>Fachbereich:</b>	Amt 16

Haushaltsplanung 2010 ff.

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Wegfall des Festes der Kulturen

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.150

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Im Mai jeden Jahres richtet der Integrationsrat das Fest der Kulturen unter Einbindung der ausländischen Vereine aus. Diese Veranstaltung ist zu streichen und stattdessen der Fokus auf die interkulturelle Woche im Oktober zu legen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
<b>Summe:</b>	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 22

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	I
Fachbereich:	Amt 16

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Kürzung der Zuschüsse an ausländische Vereine und Verbände

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.150

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die jährliche Ansatzsumme für Betreuungsmaßnahmen sowie für Renovierungskosten und für Anschaffungen von Einrichtungsgegenständen in den jeweiligen Vereinszentren wird um 20 % gekürzt.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:					
Reduzierung von Aufwand:	5.300 €	5.300 €	5.300 €	5.300 €	5.300 €
<b>Summe:</b>	<b>5.300 €</b>				

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...   
 Rat der Stadt

**Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010**

		<b>Maßnahme Nr. 23</b>
<b>Dezernat:</b>	I	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 16	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Reduzierung der Stimmbezirke	02.120

**Beschreibung der Maßnahme:**  
 (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Durch die Reduzierung von 10 weiteren Stimmbezirken lassen sich zusätzliche Aufwendungen von 330,00 € pro Stimmbezirk einsparen. Durch die grundsätzliche Fluktuation der Wahllokale sind die Auswirkungen für den Bürger kaum spürbar.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	3.300 €	0 €	0 €	3.300 €	3.300 €
<b>Summe:</b>	3.300 €	0 €	0 €	3.300 €	3.300 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

Rat der Stadt



## **Dezernat II**

**(Finanzen, Beteiligungen, Immobilien, Zentrale Dienste)**

- **Referat II**
- **Amt 10**  
**(Zentrale Dienste)**
- **Amt 20**  
**(Zentrales Finanzmanagement)**
- **Amt 24**  
**(Amt für Beteiligungs- und Finanzsteuerung)**
- **ImmobilienService**
- **Betriebe der Stadt**
- **Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH**



## **Referat II**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.022 Verwaltungsführung Dez II	0 €	394.070 €	- 394.070 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>0 €</b>	<b>394.070 €</b>	<b>- 394.070 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

Vor dem Hintergrund der sich immer schlechter entwickelnden Finanzlage steht die Haushaltskonsolidierung im Vordergrund der strategischen Ausrichtung für die Zukunft des Dezernates II. Dabei sind neben Ämtern und Eigenbetrieben auch die Beteiligungen einzubinden. Die wesentlichen Zielsetzungen sind demnach:

- Erstellung eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes
- Optimierung von Dienstleistungs-, Controlling- und Steuerungsprozessen (Effektivitäts- und Effizienzsteigerungen)
- Fortsetzung des „Memorandum-Prozesses“ (Vorsitz: Stadt MH) als Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“
- Einheitliche Darstellung des Dezernates

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Im GPA-Bericht gab es bezogen auf das Referat II keine finanziell relevanten Ansätze.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 24

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	II - VI
<b>Fachbereich:</b>	Ref. II

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung "Dezernats-Controller"

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

Verwaltungsführung

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die bisher dezentral den Dezernaten II - VI zugeordneten Finanzbeauftragten sollen sukzessive zu einem "Zentralen Controlling" im Dezernat II zusammengeführt werden. Ziel ist es im Wesentlichen, die Effektivität und Effizienz des Controllings und Berichtswesens zu steigern und durch Synergieeffekte bis zu eine Planstelle einzusparen. In diesem Prozess sind insbesondere Regelungen zu treffen, wie die gegenwärtige Unterstützung der Dezernentin und der Dezernenten gewährleistet bleibt und die übrigen "Fachaufgaben" der betroffenen Planstellen anderweitig erledigt werden können. Im Übrigen werden vorhandene Entscheidungshoheiten der Dezernate durch diese Maßnahme nicht tangiert.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>				58.100 €	58.100 €
<b>Summe:</b>	0 €	0 €	0 €	58.100 €	58.100 €

Nur Personalaufwand als Reduzierungsbetrag berücksichtigt!

**Beschluss notwendig?**

Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin

nein:  ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 25</b>		
				Haushaltsplanung 2010 ff.		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	Ref. II					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Erstellung eines Mobilitätskonzeptes			alle			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Unter Einbeziehung eines zentralen Fuhrparkmanagements (Beschaffung, Bewirtschaftung, Einsatzsteuerung) - als Kooperation im Konzern oder mit anderen Kommunen - soll ein Mobilitätskonzept erstellt werden.						
Wesentliche Zielsetzungen sind:						
- die wirtschaftliche und ökologische Optimierung des Fahrzeugbestandes,						
- ein Stellplatzmanagement und						
- die Effizienzverbesserung bei Dienstgängen / Dienstreisen sowie bei der Anerkennung von Dienstfahrzeugen.						
Durch eine Projektgruppe unter der Leitung des Amtes 11 (Team Strategien und Projekte) ist zunächst eine entsprechende Ist-Aufnahme und Bedarfsanalyse durchzuführen, so dass anschließend ein Gesamtkonzept entstehen kann.						
Eine Quantifizierung der Maßnahme ist derzeit nicht möglich.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 26

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	II
<b>Fachbereich:</b>	Ref. II

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reintegration der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und Eigenbetriebe

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

verschiedene

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Nach Auflösung des „Eigenbetriebs“ Grün und Wald existieren in Mülheim an der Ruhr noch folgende Eigenbetriebe bzw. eigenbetriebsähnliche Einrichtungen (EB):

- Abwasserbeseitigungsbetrieb
- Betriebe der Stadt
- ImmobilienService
- Kulturbetrieb
- Mülheimer SportService

Mit der weiteren Verschlechterung der kommunalen Finanzsituation und der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) sind eine Vielzahl der Gründe, die zur Gründung der EB geführt haben, nicht mehr gegeben. Eine weitergehende Begründung ist als Anlage beigefügt.

Vor einer endgültigen Entscheidung müsste für alle EB individuell geprüft werden, ob durch eine Reintegration wirtschaftliche oder steuerliche Nachteile entstünden.

Ein Reintegrationsprozess wäre dann sukzessive umzusetzen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	60.000 €	40.000 €	75.000 €	140.000 €	140.000 €
<b>Summe:</b>	60.000 €	40.000 €	75.000 €	140.000 €	140.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

## **Anlage zu Maßnahme Nr. 26**

### **Reintegration der Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen**

Nach Auflösung des „Eigenbetriebs“ Grün und Wald existieren in Mülheim an der Ruhr noch folgende Eigenbetriebe bzw. eigenbetriebsähnliche Einrichtungen (EB):

- Abwasserbeseitigungsbetrieb
- Betriebe der Stadt
- ImmobilienService
- Kulturbetrieb
- Mülheimer SportService

Die Einrichtung von EB war in der Vergangenheit geprägt durch folgende – wesentliche - Gründe:

- Darstellung des tatsächlichen Ressourcenverbrauchs und des Vermögens
- Kaufmännisches Rechnungswesen
- Flexibilität im Umgang mit Finanzmitteln/Budgets und anderen Aktivitäten
- Stärkere Eigenständigkeit
- „Schutz vor Angriffen der Bezirksregierung“

Mit der weiteren Verschlechterung der kommunalen Finanzsituation und der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) sind eine Vielzahl der Gründe, die zur Gründung der EB geführt haben, nicht mehr gegeben.

Die Bezirksregierung bezieht die EB in den Konsolidierungs- und Auflagenprozess mit ein. Der Kreditrahmen für die Stadt beinhaltet nunmehr auch die EB und ermöglicht dort keine „zusätzlichen“ Investitionsmöglichkeiten. Das NKF lehnt sich an das kaufmännische Rechnungswesen bzw. das HGB an.

Im Wesentlichen verbleibt die stärkere Eigenständigkeit durch die besondere Verantwortung der Betriebsleitungen gemäß Eigenbetriebsverordnung als Grund für einen EB. Je nach Sichtweise und Handlung könnte sich dies auch als Nachteil erweisen.

Durch die Reintegration der EB ließen sich allerdings folgende Einsparungen/Vorteile erzielen (Quantifizierung teilweise noch erforderlich):

- Wegfall der externen Jahresabschlussprüfung sowie der begleitenden Beratungskosten; Einsparung rd.80.000 €
- Auflösung der grundsätzlich isolierten Buchhaltung in den EB und Erzielung von Synergieeffekten (Mindestumfang eine Planstelle: rd. 50.000 € Einsparung) durch Zuordnung zur zentralen Finanzbuchhaltung
- Prüfung, ob Leitungsfunktionen eingespart werden können, indem Eingliederungen in vorhandene Strukturen/Hierarchien erfolgen
- Prüfung, ob die in den EB separat entstandenen Dienstleistungseinheiten durch in der Kernverwaltung vorhandene Ämter/Einheiten i. R. von Synergieeffekten aufgefangen werden können (z.B. in den Bereichen Personal, Vergabe, Technik etc.)
- Die noch nicht auf das NKF und auf SAP umgestellten „Eigenbetriebe“ könnten ähnlich wie bei der Auflösung des „Eigenbetriebs“ Grün und Wald als Fachbereich umgestellt werden. Hierdurch würde begleitender Berateraufwand, der bei einer Umstellung als „Eigenbetrieb“ auf das NKF und SAP zwingend anfallen würde, entfallen. Eine Einsparung von rd. 60.000 € in 2010 wäre erreichbar. Für die Jahre 2011-2013 wäre im Durchschnitt eine Einsparung von rd. 10.000€ realistisch.
- Vereinfachung im Hinblick auf den Konzernabschluss, da keine zusätzlichen Abstimmungen erforderlich sind (Konten und Jahresabschlussstermine)
- die gesetzliche Notwendigkeit eines eigenen Betriebsausschusses entfällt

Vor einer endgültigen Entscheidung müsste für alle EB individuell geprüft werden, ob durch eine Reintegration wirtschaftliche oder steuerliche Nachteile entstünden.

Ein Reintegrationsprozess wäre dann sukzessive umzusetzen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 27</b>
<b>Dezernat:</b>	II	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Ref. II, BtMH, IS, BHM	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>
Weitere Optimierung des Vermögensbestandes	verschiedene

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Das städtische Vermögen - inkl. Beteiligungen - unterliegt einer ständigen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. So wurden in der Vergangenheit nicht betriebsnotwendiger Grund und Boden, Gebäude und Beteiligungsvermögen (insbesondere RWW-Anteile) veräußert. Um diesen Prozess weiter voranzutreiben, ist für die Bereiche Bildung und Sport jeweils ein eigener Entwicklungsplan notwendig. Anhand dieser Planungen können zukunftsorientiert notwendige Bedarfe ermittelt werden. Ferner sind die Veräußerung von städtischen Wohngebäuden sowie die Entwicklung und Veräußerung von Flächen zu forcieren, damit beispielsweise laufende Kosten entfallen und Einzahlungen/Liquidität generiert werden. Diese strategische Bilanzbetrachtung ist als Daueraufgabe anzusehen und dient u.a. als Instrument der Schuldentilgung. Konkrete finanzielle Quantifizierungen sind derzeit noch nicht möglich.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	<b>0 €</b>				

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>	
			Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 28</b>		
Dezernat: II				Haushaltsplanung 2010 ff.		
Fachbereich: Ref. II, Amt 20, Amt 24						
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Zusammenlegung der Ämter 20 und 24				01.047, 01.048, 01.040		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Im Hinblick auf die Optimierung von Aufbau- und Ablaufprozessen besteht die Zielsetzung, die Ämter "Zentrales Finanzmanagement (Amt 20) " und "Amt für Beteiligungs- und Finanzsteuerung (Amt 24)" mittelfristig zusammenzuführen. Hierdurch werden mindestens 2 Planstellen (Amtsleitung und Vorzimmer) eingespart. Frühestens wird dies voraussichtlich im Jahr 2013, spätestens jedoch in 2014 erfolgen.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand *:</b>						
		0 €	0 €	0 €	144.092 €	144.092 €
<b>Summe:</b>						
		0 €	0 €	0 €	144.092 €	144.092 €
* Es sind lediglich Personalaufwendungen als Einsparung berücksichtigt.						
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin						
nein: ja, von...						
X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 29

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat: II  
 Fachbereich: Ref. II, Stab ÖPP, IS

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Auflösung der ÖPP-Stabsstelle im Jahr 2011

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.162

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Stabsstelle ÖPP wurde in 2008 im Dezernat II eingerichtet. Mit Datum 15.01.2010 hat der Personalrat dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, aus Gründen der Schnittstellenbereinigung eine Verlagerung der Stabsstelle zum ImmobilienService vorzunehmen. Der laufende ÖPP-Prozess hatte gezeigt, dass eine Einbindung des IS in das Verfahren unabdingbar ist und daher eine Verlagerung die sinnvollste Lösung darstellt. Diese Schnittstellenbereinigung ist als erster Schritt zu sehen. Ziel ist es, in einem zweiten Schritt die Stabsstelle aufzulösen und die Planstellen einzusparen. Die verbleibenden Aufgaben werden im Rahmen von Effizienzsteigerungen innerhalb des IS wahrgenommen.

Die v.g. Verlagerung zum ImmobilienService konnte aus zeitlichen Gründen noch nicht in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet werden. Dies erfolgt über die Veränderungsnachweisung.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	297.197 €	292.269 €	293.708 €	293.708 €
<b>Summe:</b>	0 €	297.197 €	292.269 €	293.708 €	293.708 €

**Beschluss notwendig?**

Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin

nein:  ja, von...

X

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 30</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	Ref. II, Amt 10					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Neugliederung des Amtes 10			01.060, 01.100			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Es wird eine Stabsstelle 'Technik' geschaffen, die im Wesentlichen die IT-Abteilung und den Bereich Beschaffung umfasst. Die Bereiche Druckerei und Poststelle werden unter Optimierungsgesichtspunkten und Überprüfung der Kostendeckungsgrade untersucht. Dabei ist u.a. zu prüfen, in welche bestehende Organisations- bzw. Dienstleistungseinheiten (z. B. ImmobilienService) diese Bereiche sinnvoll integrierbar sind. Insgesamt sollen 2 Planstellen eingespart werden. Ein entsprechender Organisationsentwicklungsprozess ist zu starten, so dass eine Umsetzung in 2011 erfolgen kann. Dabei sind auch interkommunale Kooperationsmöglichkeiten einzubeziehen.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand *:</b>			65.918 €	197.755 €	197.755 €	197.755 €
<b>Summe:</b>		0 €	65.918 €	197.755 €	197.755 €	197.755 €
* Es sind lediglich Personalaufwendungen als Einsparung berücksichtigt.						
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/>						



## **Amt 10 (Zentrale Dienste)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.060 Zentrale Dienste	283.400 €	2.682.691 €	-2.399.291 €
01.100 Technikunterstützte Informationsverarbeitung	491.800 €	5.966.950 €	-5.475.150 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>775.200 €</b>	<b>8.649.641 €</b>	<b>-7.874.441 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

#### Amtsebene

Unterstützung der Fachbereiche bei der Erledigung Ihrer Aufgaben in Bezug auf Post, Druckerzeugnisse, Beschaffung sowie DV- und Telekommunikationstechnik.

#### Zentrale Dienste

Ziel ist die schnellst- und bestmögliche Erledigung der von den Fachbereichen eingeforderten Aufgaben unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen Belangen, um eine möglichst große Kundenzufriedenheit zu erreichen.

#### Technikunterstützte Informationsverarbeitung

Beratung und Betreuung der Fachbereiche in technischer Hinsicht sowie Bereitstellung der technischen Infrastruktur im Bereich EDV und TK für den Dienstbetrieb unter wirtschaftlichen Aspekten.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Amt 10 ist von der GPA nicht geprüft worden.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 31

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	II
Fachbereich:	Amt 10

#### Bezeichnung der Maßnahme:

Optimierung der Postzustellung an die Fachbereiche

#### Produktgruppe / Position WiPl.:

01.060

#### Beschreibung der Maßnahme:

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Auf Grund der Vielzahl der anzufahrenden Stellen wird die Postzustellung und -abholung parallel durch zwei Postwagenfahrer erledigt. Ein Fahrer hat eine feste Stelle bei Amt 10, befindet sich aber in Altersteilzeit. Die Freizeitphase beginnt im Dezember 2013. Der zweite Fahrer ist eine BQE-Kraft. Durch Umwandlung einer freigewordenen Stelle im Posteingang könnte die zweite Fahrerstelle hausintern ausgeschrieben werden. Alternativ ist zu prüfen, ob die Postrouuten nicht durch ein nichtstädtisches Unternehmen gefahren werden können. Dadurch könnte im ersten Schritt auf die Besetzung der Stelle und auf die Anschaffung eines neuen Postwagens verzichtet werden. Der im Einsatz befindliche zweite Postwagen könnte dann wieder für Dienstfahrten o.ä. genutzt werden und somit ein PIA-Fahrzeug ersetzen. Wenn sich durch die Neubelegung des umgebauten Rathauses die Anzahl der anzufahrenden Stellen erheblich reduziert, könnte aus den heutigen zwei Posttouren eine werden, so dass dann die komplette Postzustellung durch eine Fremdfirma erfolgen kann. Kosten für die tägliche kleinere Posttour durch eine Fremdfirma gem. Angebot 32.734, 19 €.

Mögliches Einsparpotential : Personalkosten 34.300 €, Verzicht auf ein neues Postfahrzeug 20.000 €, Verzicht auf die Nutzung eines PIA-Fahrzeuges 3.072 €. Die Kosten der größeren Posttour belaufen sich auf 42.527,27 €. Sollte ab 2014 nur noch eine größere Posttour zu fahren sein, so stehen den dann anfallenden Aufwendungen 63.500,00 € Personalkosteneinsparungen gegenüber. Als erster Schritt sollte die kleinere Posttour durch eine Fremdfirma erledigt werden.

#### evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

#### Konsolidierungsbeitrag:

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	7.138 €	7.138 €	7.138 €	7.138 €	7.138 €
<b>Summe:</b>	7.138 €	7.138 €	7.138 €	7.138 €	7.138 €

#### Beschluss notwendig?

nein:

X

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 32</b>		
				Haushaltsplanung 2010 ff.		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 10					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Bannerwerbung auf der städt. Internetseite (Verzeichnisdienste)			01.100			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Bisher wird ausschließlich auf der Immobilienseite Werbung geschaltet (IMEO und SWB). Die Platzierung weiterer Werbung auf den andern Verzeichnisdienstseiten wird verstärkt vermarktet.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		4.000 €	5.000 €	6.000 €	7.000 €	7.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		4.000 €	5.000 €	6.000 €	7.000 €	7.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 33</b>
<b>Dezernat:</b>	II	<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>
<b>Fachbereich:</b>	Amt 10 / alle	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Überprüfung der Softwareprodukte auf Notwendigkeit	01.100

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

In der Verwaltung sind zahlreiche Softwareprodukte im Einsatz. Die Rahmenbedingungen haben sich über die Jahre zum Teil geändert. Manche Softwareprodukte werden u.U. nicht mehr benötigt. Jedes Fachamt sollte seine im Einsatz befindliche Software auf Notwendigkeit überprüfen. Einsparungen könnten sich bei der Softwarepflege und der Hardware ergeben. Ein konkrete Einsparsumme kann nicht beziffert werden, sondern ergibt sich aus dem Einzelfall.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	<b>0 €</b>				

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 34</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>		II				
<b>Fachbereich:</b>		Amt 10				
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Weiterentwicklung zum konzernweiten Systemhaus				01.100		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die EDV erbringt schon jetzt für zahlreiche städt. Beteiligungen (BHM, MEG, JSG, MVG) Dienstleistung im Bereich Datenverarbeitung. Dieser Weg sollte konsequent weiter beschritten werden. Es ist zu prüfen, ob dies auch für weitere städt. Beteiligungsgesellschaften umsetzbar ist. Eine genaue Summe kann nicht genannt werden, da diese projektabhängig ist.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/> X						



## **Amt 20 (Zentrales Finanzmanagement)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.047 Vollstreckung	855.000 €	1.719.187 €	- 864.187 €
01.048 Gemeindesteuern und Cash-Management	12.700 €	870.142 €	- 857.442 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>867.700 €</b>	<b>2.589.329 €</b>	<b>- 1.721.629 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

#### Pflichtige Produkte:

- Produkt Vollstreckung: Gesetzliche Bestimmungen (VwVG NRW, GemHVO),
- Produkt Gemeindesteuern: Gesetzliche Bestimmungen (GO NRW, AO, Steuergesetze, Richtlinien u. a.),
- Produkt Cash-Management:
  - o Investitions- und Kassenkredite: Gesetzl. Bestimmungen (GO NRW, haushaltsrechtliche Bestimmungen u. a.),
  - o Geldanlage: Dauergrabpflegeverträge
  - o Stiftungen: Stiftungsakte.

#### Strategische Ausrichtung:

- Produktgruppe Vollstreckung: Zeitnahe Bearbeitung und Durchführung der Vollstreckung sowie der Insolvenzen und Immobilienvollstreckung,
- Produktgruppe Gemeindesteuern und Cash-Management: Zeitnahe Veranlagung der kommunalen Steuerforderungen. Das Cash-Management tätigt Kreditaufnahmen zu bestmöglichen Konditionen und trifft Entscheidungen für die ertragsreichste Geldanlage.

#### Künftige Anforderungen und Entwicklungen:

- Orientierung an der Finanzsituation der öffentlichen Hand,
- Abhängig von der Zahlungsmoral der Schuldner.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

#### Derzeitige Umsetzung:

#### Definitionen von Fall(Kenn)zahlen für den Bereich kommunale Steuern

Die GPA regt in ihrem Abschlussbericht an, Kennzahlen für interkommunale Vergleiche zu definieren.

In 2009 wurde ein Arbeitskreis aus Mitgliedern der Steueramtsleitertagung unter Beteiligung der Stadt Mülheim gebildet. Bis dato wurden sieben Veranstaltungen durchgeführt. Die Auswertung wird in 2010 erwartet.

#### Optimierungsmöglichkeiten im Bereich Vollstreckung

Während der Auswahl und nach der Einführung der Vollstreckungssoftware sollten organisatorische Untersuchungen prüfen, inwieweit der Einsatz und die Unterstützung zu Prozessverbesserungen führt und unmittelbar oder mittelbar die Möglichkeit von Personalausgabeneinsparungen eröffnet.

Die dargestellte GPA-Empfehlung umfasst ein Einsparpotential von rd. 12 Stellen im Bereich der Vollstreckung. Im Zeitraum 2006 bis 2009 wurden bereits 4,67 Stellen eingespart (2,17 Stellen eingespart, 2,5 Stellen mit kw-Vermerk). Ein weitere Einsparung in 2011 von 1,00 Stellen ist im Vorgriff auf die Synergieeffekte durch die Einführung der Vollstreckungssoftware vorgesehen. Weitere Einsparmöglichkeiten werden nach Einführung der Vollstreckungssoftware geprüft.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 35</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 20					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Öffentlich-rechtliche Beitreibung privatrechtlicher Forderungen				01.047		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die in 2006 begonnene und noch andauernde kontinuierliche Übernahme privatrechtlicher Forderungen vom Amt 30 optimiert die bereits bewährte einheitliche Vollstreckung.						
Vorteile:						
- Vereinfachung der Arbeitsabläufe						
- Beschleunigung der Vereinnahmung von Zahlungsrückständen						
- "Vollstreckung aus einer Hand".						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 36</b>
<b>Dezernat:</b>	II	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 20	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Reduzierung des Stellenbestandes	01.047, 01.048

**Beschreibung der Maßnahme:**  
 (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Im Zeitraum 2006 bis heute wurde der Stellenbestand um 2,17 Stellen reduziert. Weitere drei Stellen tragen einen kw-Vermerk, wovon zwei sofort vollzogen werden. Hieraus ergibt sich eine gerundete Reduzierung der Personalaufwendungen in 2010 von 96.920 €/a.

Eine weitere Einsparung in 2011 von 1,00 Stellen ist im Vorgriff auf die Synergieeffekte durch die Einführung der Vollstreckungssoftware ab der 2. Hälfte 2011 vorgesehen. Weitere Einsparmöglichkeiten werden nach Einführung der Vollstreckungssoftware geprüft.

Einsparvolumina auf Basis des Haushaltsjahres 2009.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	96.920 €	120.670 €	144.420 €	144.420 €	144.420 €
<b>Summe:</b>	96.920 €	120.670 €	144.420 €	144.420 €	144.420 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

## **Amt 24 (Amt für Beteiligungs- und Finanzsteuerung)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.040 Finanzmanagement und Rechnungswesen	424.400 €	3.513.130 €	- 3.088.730 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>424.400 €</b>	<b>3.513.130 €</b>	<b>- 3.088.730 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

- Aufstellung des ersten Gesamtabchlusses Mülheim an der Ruhr  
*Spätestens zum Stichtag 31. Dezember 2010*
- Einführung der Software Kosy und Weiterentwicklung des Berichtswesens  
*Software bis Ende 2010 / Berichtswesen bis Ende 2011*
- Haushaltskonsolidierung und HSK-Controlling (IM-Erlass aus 2009)  
*stetiger Prozess bis mindestens 2013*
- Einführung eines kompletten kreditorischen Workflows  
*Zeitziel spätestens bis Mitte 2012*
- Gesamtkoordination Konjunkturprogramm II  
*stetiger Prozess bis mindestens Mitte 2011*
- Information und Einbindung der Bürger in die Haushaltswirtschaft der Kommune  
*stetiger Prozess*

Strategie:

- Nutzung aller technischen Möglichkeiten zur Optimierung der Arbeitsabläufe im Amt 24 und Entwicklung hin zum papierlosen Büro
- Organisationsstraffung / Ablaufoptimierung  
Aufnahme aller Prozesse im Amt um Schnittstellen im Amt und zu anderen Ämtern zu erkennen und zu vermeiden (weit über 60% aller Prozesse im Amt sind bereits grafisch aufgearbeitet und in einer internen Arbeitsanweisung gemündet)

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

- Teilnahme an den Benchmarks (Treffen der Leitungsfunktionen Kasse, Kämmerei und Finanzbuchhaltung)  
Amt 24 nimmt an den überregionalen Treffen regelmäßig teil und initiiert im Bereich der Fibu die Entwicklung von Kennzahlensystemen
- Controllinginstrument Berichtswesen konsequent und flächendeckend umsetzen  
Einführung der Software Kosy und Weiterentwicklung des Berichtswesens. Software bis Ende 2010 / Berichtswesen bis Ende 2011
- Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung  
KLR in Grundzügen bereits vorhanden; Neuberechnung der Verwaltungsumlage / Verwaltungsoverhead im NKF Deckungsbeitrag IV wird z. Zeit umgesetzt

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 37</b>
<b>Dezernat:</b>	II	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 24	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Verkürzung der Mahnzeiten - Erhöhung der Erträge aus Mahngebühren	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>  01.040
---	--

### **Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Mahnläufe werden regelmäßig alle 3 Wochen durchgeführt. Z. Zeit finden die Mahnläufe in unregelmäßigen Abständen statt. Um die Abläufe zu optimieren müssen diese untersucht, analysiert und entsprechend verändert werden. Hierbei fallen für die Jahre 2010 und 2011 ungefähr 15.000 € Mehrkosten an. Diese Mehrkosten können durch die Mehrerträge kompensiert werden.

### **evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>	15.000 €	15.000 €			
	<b>investiv</b>					

### **Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	30.000 €	50.000 €	60.000 €	70.000 €	70.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	30.000 €	50.000 €	60.000 €	70.000 €	70.000 €
<b>nach Abzug der Kosten:</b>	15.000 €	35.000 €	60.000 €	70.000 €	70.000 €

### **Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
X	

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 38</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 24					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Rückgabe von SAP Lizenzen			01.040			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Nach erfolgter Einführung und Implementierung der Software Kosy wird es möglich in Teilschritten auf SAP-Lizenzen zu verzichten. Die gesamte Umstellung der Kosy Software soll Ende 2010 erfolgt sein. Danach ergibt sich die Möglichkeit sukzessive die SAP Lizenzen teilweise abzubauen.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	20.000 €	25.000 €	55.000 €	55.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	20.000 €	25.000 €	55.000 €	55.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 39</b>
<b>Dezernat:</b>	II	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 24	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Rückgabe Haufe Lizenz (Buchhaltungsinformationssoftware)	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>  01.040
---	--

**Beschreibung der Maßnahme:**  
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Nach nochmaliger Überprüfung im Amt 24 ist es möglich, dass eine von zwei Haufe Lizenzen entfallen kann. Die entsprechenden Mitarbeiter teilen sich die verbleibende Lizenz.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
<b>Summe:</b>	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 40</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 24					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Einführung eines kompletten debitorischen und kreditorischen Workflows mit einer zusätzlichen Entwicklung hin zum papierlosen Büro				01.040		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Durch verstärkten Technikeinsatz und durch Ablaufoptimierung im Bereich der „Zahlungsabwicklung“ besteht die Zielsetzung, eine Planstelle einzusparen. Kosten, die für die komplette Umsetzung der Workflows und der Entwicklung hin zum papierlosen Büros entstehen, können z. Zeit nicht quantifiziert werden.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	0 €	45.900 €	45.900 €	45.900 €
<b>Summe:</b>		0 €	0 €	45.900 €	45.900 €	45.900 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/> X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 41</b>
<b>Dezernat:</b>	II	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 24	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Reduzierung von Beratungskosten um 20 %	01.040

**Beschreibung der Maßnahme:**  
 (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Der Ansatz der flächendeckenden Aufgabenkritik und Geschäftsprozessoptimierung wird sukzessive um 20% ab 2011 gekürzt. Ab 2013 erfolgt die Gesamteinsparung. In 2010 ggf. Teilnutzung zur Umsetzung des Projektes „Kennzahlen und Ziele“ .

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	12.000 €	22.000 €	58.000 €	58.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	12.000 €	22.000 €	58.000 €	58.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	

## **ImmobilienService**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
<b>Sparte I</b> (Bewirtschaftung eigener und angemieteter Liegenschaften)	56.972.000 €	55.534.000 €	1.438.000 €
<b>Sparte II</b> (Bewirtschaftung Hausbesitz Dritter und sonstige Dienstleistungen)	3.435.000 €	3.435.000 €	0 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>58.969.000 €</b>	<b>60.407.000 €</b>	<b>1.438.000 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

- Flächenreduzierung und Flächenoptimierung
- Nachhaltige Substanzwahrung
- Erhöhung der Gebäudesicherheit (z.B. Brandschutz)
- Reduzierung der Betriebskosten (v.a. im Bereich Versorgungsmedien)

§1 II Betriebsatzung: „Zweck des Betriebes ist es, für die Stadt Mülheim an der Ruhr den städtischen Grundbesitz **zu bewirtschaften und zu optimieren.**“

§1 III Betriebsatzung: „ Der Betrieb hat insbesondere die Aufgabe, im Interesse einer **bedarfsgerechten, wirtschaftlichen Versorgung** der Organisationseinheiten der Stadt Mülheim an der Ruhr Grundstücke zu erwerben, zu entwickeln, zu bewirtschaften und zu verwerten [...]“

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

#### **Bereich: Organisation und Steuerung**

a) in Umsetzung/ bereits umgesetzt:

- Optimierung Datenmanagement
- Entwicklung v. strategischen und operativen Zielvorgaben
- Einführung v. Zielcontrolling
- Einsatz v. Mieter/Vermieter-Modell
- Einsatz e. aktiven Flächenmanagements
- Reduzierung d. betrieblichen Tätigkeiten auf wirtschaftliches Kerngeschäft

b) keine Umsetzung:

- Schaffung v. Anreizwirkungen bei Gebäudenutzern (geplant)
- Standardisierung v. Wirtschaftlichkeitsberechnungen (geplant)

#### **Bereich: Energiewirtschaft**

a) in Umsetzung/ bereits umgesetzt (durch Einführung eines zentralen Energiemanagement i.R. einer betrieblichen Reorganisation)

- Einführung von energetischen Zielvorgaben
- Zentrale und objektbezogene Erfassung von Verbräuchen und Kosten
- Umsetzung v. Maßnahmen der allgemeinen Instandsetzung unter energetischer Betrachtung (weitere Maßnahmen: HSK Vorschlag Energieeinsparung)
- Erfassung absoluter und witterungsbedingter Energieverbräuche für intra- und interkommunale Vergleiche sowie für eine fundierte energetische Gebäudebeurteilung

- Bildung von steuerungsrelevanten Energiekennzahlen
- Grundlagenbeschaffung für eine zeitgemäße Energiebewirtschaftung

b) keine Umsetzung:

- Erstellung von Energieberichten (Aufgabenbereich Amt 70)
- Besetzung der Stelle Energieberatung (Aufgabenbereich Amt 70)

c) Umsetzung im Rahmen HSK

- Überprüfung der bestehenden Energieverträgen (HSK Vorschlag Energieverträge)

### **Bereich: Personal**

a) in Umsetzung/ bereits umgesetzt\*:

- Mittelfristige Personalreduzierung durch erkannten Flächenabbau und eingeleitete Organisationsoptimierung
- Umschichtung freier Personalkapazitäten zur Ergänzung in den Bereichen Betriebswirtschaft und Datenerfassung

\*Die Erfolge der Reorganisation des IS werden zeitgerecht evaluiert. Ggf. sind Konsequenzen zu ziehen.

### **Bereich: Bewirtschaftung**

a) in Umsetzung/ bereits umgesetzt:

- Ausbau von Handwerkerrahmenverträgen für wiederkehrende Instandhaltungsarbeiten
- Aufbau v. standardisierten Wirtschaftlichkeits- und Folgeberechnungen bei baulichen Maßnahmen

b) keine Umsetzung:

- Verstärkung der räumlichen und zeitlichen Konzentration in den Bereichen Schul- und Sportgebäude (Aufgabenbereich Amt 45/ MSS)

c) Umsetzung im Rahmen HSK:

- Konsequente Aufgabe disponibler Gebäude und Umschichtung eingesparter Betriebsmittel für Substanzerhaltung zwingend betriebsnotwendiger Immobilien (HSK Vorschlag Gebäudeflächen Schulbereich)
- Optimierung der Drittnutzungsvergabe (HSK Vorschlag Hausmeisterdienste/ Außerschulische Nutzung)

### **Bereich: Reinigung**

a) in Umsetzung/ bereits umgesetzt:

- Optimierung der Eigenreinigung durch Reduzierung Reinigungsstandards, Bildung von Springerpools, Zusammenführung von Zuständigkeiten für eine gesamtstädtische Gebäudereinigung (zwecks einheitlicher Aufgabenwahrnehmung)
- Untersuchender Vergleich Eigen-/Fremdreinigung (in Zusammenarbeit mit PR) -> sukzessiver Ausstieg aus Eigenreinigung
- Verzicht auf die externe Ausschreibung von Vertretungsstunden

b) keine Umsetzung:

- Verzicht auf regelmäßige Grundreinigung zugunsten Ergänzungsreinigung

c) Umsetzung im Rahmen HSK:

- Umstellung auf ergebnisorientierte Reinigung geplant [Umsetzung in 2010] (HSK Vorschlag Unterhaltsreinigung)

### **Bereich: Hausmeisterdienste**

c) Umsetzung im Rahmen HSK:

- Mehrfachbetreuung von Objekten durch 1 HSM oder HSM-Teams (Zuständigkeitserweiterung soweit geographisch möglich) (HSK Vorschlag Hausmeisterdienste)

- Konsequente Konzentration der Drittnutzung auf wenige Standorte zur Vermeidung von Überstunden (HSK Vorschlag Hausmeisterdienste)
- Effizienzsteigerung durch Erhöhung der Ø betreuten Fläche je HSM (HSK Vorschlag Hausmeisterdienste)

#### **Bereich: Flächenmanagement**

a) in Umsetzung/ umgesetzt\*:

- zeitnahe Aufarbeitung von Informationen zu MA-Zahlen, Flächennutzung und Flächeneffizienz für strategische Flächenplanung
- Entwicklung Flächenkonzept hinsichtlich Flächenkonzentration auf wenige effiziente Standorte, Flächenreduzierung in Abhängigkeit von der personellen Entwicklung und Einstieg in den Ausbau alternativer Arbeitsformen

\* Nach Abschluss der Belegungsplanung für das historische Rathaus wird ein Raumkonzept für die übrigen Verwaltungseinheiten erstellt. Dieses Raumkonzept wird die heute bekannten Entwicklungen der Fachbereiche, die raumbezogenen Kosten sowie weitere Faktoren [z.B. noch zu beschließende Standards] berücksichtigen.

b) keine Umsetzung:

- Ausbau von (interkommunalen) Kooperationen (Aufgabenbereich Amt 45)
- Entwicklung einer detaillierten, mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für Grundschulen und weiterführende Schulen (Aufgabenbereich Amt 45)

c) Umsetzung im Rahmen HSK:

- Konsequente Verfolgung von Zusammenlegung oder Schließung von (Grund-)Schulstandorten entsprechend langfristiger Bevölkerungsprognosen (HSK Vorschlag Gebäudeflächen Schulbereich)

#### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 42**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	II
<b>Fachbereich:</b>	IS

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Überprüfung und Optimierung der Energieverträge zur Senkung der jährlichen Energiekosten

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

Kto: 4280, 4281,4282,4285  
Energieaufwendungen

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Aufgrund der in der Energiewirtschaft flächendeckend nicht mehr vorhandenen Monopolstellung von Energieversorgern ist der Energiemarkt in den letzten Jahren mehr und mehr in Bewegung geraten. Daher ist es sinnvoll, die Überprüfung und Optimierung der bestehenden Vertragssituationen massiv voran zu treiben, um insgesamt bei den Energieträgern und Versorgern günstigere Konditionen zu erwirken oder den Anbieter zu wechseln. Auf diese Weise sollen Kosteneinsparungen pro Energieart von ca. 10 % erzielt werden. Diese Kostenreduzierung der Energieart wirkt sich dann ebenfalls noch positiv im Rahmen einer evtl. Verbrauchsreduzierung aus.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv	50.000 €				
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

<b><u>Einsparung: Basisjahr 2008</u></b>	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	500.000 €	900.000 €	900.000 €	900.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	500.000 €	900.000 €	900.000 €	900.000 €
<b>nach Abzug der Kosten:</b>	-50.000 €	500.000 €	900.000 €	900.000 €	900.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	

**Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010**

		<b>Maßnahme Nr. 43</b>
<b>Dezernat:</b>	II	<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>
<b>Fachbereich:</b>	IS	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Einbau von moderner Technologie und Sanierung von Gebäuden zur nachhaltigen Energieeinsparung	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b> Kto: 4280, 4281, 4282, 4285 Energieaufwendungen
---	--

**Beschreibung der Maßnahme:**  
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Nutzung moderner Technologie (z.B. Thermostatventile, drehzahlgeregelte Pumpen, Präsenzmelder für Raumbeluchtungen, Regelanlagenaustausch, wassersparende Armaturen oder ggf. Perlatoren) und Sanierungsarbeiten an Fenstern, Fassaden und Dächern (Wärmedämmung) führen zur nachhaltigen Einsparung an Primärenergie. Zudem führt die Energieverbrauchs-reduzierung zu einer verringerten CO2-Emission. So können für alle vom IS verwalteten Gebäude bereits 2,5% des gesamten Energieverbrauchs eingespart werden. Pro Gebäude sind Einsparungen bis zu 20% möglich. Dies bedeutet eine jährliche Sanierung von 50 Gebäuden (bei unterstellt konstantem Gebäudebestand). Durch die Verbrauchssenkung ist somit auch eine Kosteneinsparung möglich (Energiepreissteigerung unberücksichtigt).

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv	<b>Entsprechende Mittel zur Umsetzung (z.B. KP II) sind im Investitionsprogramm eingestellt</b>				
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

<b>Einsparung: Basisjahr 2008</b>	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	235.000 €	230.000 €	225.000 €	225.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	235.000 €	230.000 €	225.000 €	225.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	Ratsbeschluss bzgl. Investitionsmaßnahmen im jeweiligen Jahr

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 44

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	II
<b>Fachbereich:</b>	IS

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Energieeinsparungen durch Informationen und Schulungen zur Verbesserung des Nutzerverhaltens	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b> Kto: 4280, 4281,4282,4285 Energieaufwendungen
--	--

### Beschreibung der Maßnahme:

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Um eine nachhaltige Energieverbrauchsreduzierung aller vom IS verwalteten Gebäude bewirken zu können, ist es zwingend erforderlich, die Gebäudenutzer umfassend über energiesparende Verhaltensweisen zu informieren und die sich dadurch ergebenden Veränderungen des Nutzerverhaltens zu kontrollieren und zu dokumentieren. Mögliche Informationen können über Textinformationen (z. B. Flugblätter, Flyer, etc.) oder über Gesprächsinformationen (z.B. Infoveranstaltungen, Schulungen, Weiterbildungen, etc.) erfolgen. Im Rahmen der Weiterbildung von IS-Mitarbeitern in Gebäuden bieten sich z.B. Hausmeisterschulungen an, um dann als Multiplikator innerhalb des einzelnen Gebäudes den Nutzern das energiesparende Verhalten vermitteln zu können. Die zurückliegende Erfahrung - auch durch das Projekt 30/40/30 in Verbindung mit der medl - hat gezeigt, dass dauerhafte Energieeinsparungen von ca. 2 % ohne wiederkehrende Informationen und Schulungen nicht möglich sind. Der Einspareffekt wird dann wieder rückläufig sein. Die hier zu erzielende CO2-Reduzierung wirkt sich positiv aus.

### evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme :

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €
	<b>investiv</b>					

### Konsolidierungsbeitrag:

<u>Einsparung: Basisjahr 2008</u>	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		190.000 €	190.000 €	190.000 €	190.000 €
<b>Summe:</b>		190.000 €	190.000 €	190.000 €	190.000 €
<b>nach Abzug der Kosten:</b>	-50.000 €	140.000 €	140.000 €	140.000 €	140.000 €

### Beschluss notwendig?

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
X	

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 45</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	IS					
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>			<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>			
Veränderung der Hausmeisterdienste in Schulen			Personalaufwand			
<b>Beschreibung der Maßnahme:</b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mehrfachbetreuung von Objekten durch einen HSM bzw. Bildung von HSM-Teams auch für andere Gebäudegruppen (Erhöhung der durchschnittlich betreuten Fläche)</li> <li>- Anzahl der Überstunden steigt</li> <li>- Beschaffung Transportmittel für Schulstandortwechsel (Räder)</li> <li>- Übernahme der Vertretung anderer HSM während der Urlaubs- und Krankheitsabwesenheit</li> <li>- Konzentration der HSM-Aufgaben auf Bereiche der Gebäudebewirtschaftung (Trennung von Aufgaben der Schulbetreuung, wie z.B. Schulmilch)</li> <li>- Konzentration der Drittnutzung ("außerschulische Nutzung") auf wenige festgelegte Standorte</li> </ul>						
Positiv:						
- finanzielle Einsparungen Personalkosten						
Negativ:						
- Schnittstellenprobleme mit Schulleitungen und Schulverwaltung						
- teilweise nur sukzessive Umsetzung bei Stellenvakanzen						
- gfs. Änderung von Arbeitsverträgen						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme :</b>						
.						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>		2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
<b>Konsolidierungsbeitrag:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
		0 €	100.000 €	200.000 €	300.000 €	300.000 €
<b>Summe:</b>						
		0 €	100.000 €	200.000 €	300.000 €	300.000 €
<b>Beschluss notwendig?</b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Betriebsausschuss ImmobilienService, Schulausschuss				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 46**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>II</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>IS</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Veränderung der Kostensätze der Benutzungs- und Entgeltordnung für Schulen

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

Kto:8017  
UE aus außerschulischer Nutzung

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Kostensätze der Benutzungs- und Entgeltordnung sind seit dem Jahre 2000 nicht mehr angepasst worden und somit nicht mehr zeit- und kostengemäß. Die Sätze sollten den beim ImmobilienService entstehenden Kosten angepasst werden. Zu diesem Zweck sind zukünftig auch nur noch kostenschonend anzusehende Schulobjekte für Zwecke der außerschulischen Nutzung vorzuhalten; gfs. auch zusätzliches, kostengünstigeres Personal anstelle von HSM, das die Betreuung der Nutzung sicherstellt und Überstunden der HSM vermeiden hilft

Positiv:

- finanzielle Mehreinnahmen

Negativ:

- stärkere finanzielle Belastung privater Einrichtungen (z. B. Vereine) und Initiativen  
- stärkere Konkurrenz zu Privatanbietern (=gfs. geringere zukünftige Nachfrage nach Schulstandorten und somit geringere Mehreinnahmen)

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme :**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	7.500 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	7.500 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 47</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	IS					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Aufgabe der Rufbereitschaft durch eigenes Personal			Fremdpersonal (Sachaufwand)			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Derzeit wird durch das Planungsteam bzw. Mitarbeiter der Objektcenter sowie der Werkstatt eine 24 Stunden Rufbereitschaft sichergestellt. Diese Rufbereitschaft wird bei Störungen in Gebäuden vor Ort tätig und kontrolliert die Maßnahmen bzw. organisiert die Beseitigung von Schäden und Störungen. In Zukunft soll die Rufbereitschaft durch das Kommunikationscenter und außerhalb der Arbeitszeiten des Kommunikationscenters durch ein zentrales externes Callcenter sichergestellt werden. Hierzu ist es notwendig Vertragsfirmen mit 24 Stunden Notdienst und Jahresabrufaufträgen zu beauftragen, die dann von den Hausmeistern vor Ort oder bei Anrufen im Kommunikationscenter/Callcenter von dort aus beauftragt werden können. Am nachfolgenden Arbeitstag wird dann durch den IS der Auftrag kontrolliert bzw. schriftlich mit der beauftragten Firma vereinbart.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme :</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 48**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	II
<b>Fachbereich:</b>	IS

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Begrenzung der Wegstreckenentschädigung im Bereich Objektcenter und Planungsteam

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

Kto: 4920  
Personal- und Wegekosten

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Im Jahre 2007 wurden rd. 120.000 km von Mitarbeitern des IS im Rahmen der dienstlichen Aufgaben zurückgelegt. Hierzu entstanden Kosten i. H. v. 62.000 Euro. Durch Begrenzung der möglichen abrechenbaren km pro Mitarbeiter im jeweiligen Aufgabengebiet ist eine Reduzierung der Fahrtkosten zu erreichen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	10.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
<b>Summe:</b>	10.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

X

**Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010**

		<b>Maßnahme Nr. 49</b>
<b>Dezernat:</b>	II	<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>
<b>Fachbereich:</b>	IS	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Optimierung der Immobilienbewirtschaftung und -nutzung	alle

**Beschreibung der Maßnahme:**  
 (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus dem Haushaltskonsolidierungsprozess sowie aktueller Entwicklungen ist ein Gesamtkonzept zur Optimierung der Immobilienbewirtschaftung und -nutzung zu erstellen und umzusetzen (z. B. Büroflächenentwicklung, Optimierung von Verträgen, Bestellung von Erbbaurechten).

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	ggf. Rat der Stadt bzw. BV entsprechend der Wertgrenzen

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 50**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	II
<b>Fachbereich:</b>	IS

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Optimierung der Unterhaltsreinigung aller städtischer Gebäude

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

Kto: 4293 Unterhaltsreinigung  
Personalaufwand

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Derzeit wird gemeinsam mit dem Personalrat eine Untersuchung vorbereitet, die Unterhaltsreinigung im Vergleich Eigen-/Fremdreinigung zu untersuchen und analytisch zu begleiten. Darüber hinaus soll ab 2010 die eigene Unterhaltsreinigung in eine ergebnisorientierte Reinigung überführt werden. Dieses soll sukzessive erfolgen, da hierfür ein großer Schulungs -und Organisationsaufwand erforderlich ist. Von daher wird davon ausgegangen, dass die volle Einsparhöhe von 5% erst ab dem Jahr 2012 zu erwarten ist (bei unterstellt konstantem Gebäudebestand/ Personalaufwand).

Positiv: finanzielle Einsparung, Erhöhung der Qualität

Negativ: erhöhter Schulungsaufwand, organisatorische Maßnahmen

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	125.000 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	125.000 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, vom...  Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

## **Betriebe der Stadt Mülheim an der Ruhr**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
Kraftwerk	1.907.000 €	850.600 €	1.056.400 €
Tiefgaragen	510.000 €	1.297.300 €	-787.300 €
Hafenbetrieb	2.205.000 €	3.512.000 €	-1.307.000 €
Ruhrschifffahrt	620.000 €	779.000 €	-159.000 €
Beteiligungen	13.537.359 €	12.333.302 €	1.204.057 €
<b>Gesamtergebnis:</b>	<b>18.779.359 €</b>	<b>18.772.202 €</b>	<b>7.157 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

Erhalt und Pflege der Infrastruktur und der denkmalgeschützten Einrichtungen, Verbesserung der Ertragssituationen der jeweiligen Sparten, Optimierung von Personaleinsätzen, Dienstplänen und Betriebsabläufen, Optimierung der Service- und Wartungsverträge, Prüfung und Wahrung von Kooperationsangeboten für alle Sparten.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

*nicht zutreffend*

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen; darüber hinaus sind einige Verbesserungen bereits im Wirtschaftsplan veranschlagt (Reduzierung Unterhaltungsaufwand 150.000 €, Kürzung von Rabatten 13.000 €, Entgeltzahlung für Hafenbetrieb 50.000 €).

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 51**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	II
<b>Fachbereich:</b>	BtMH

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung der Anlegestellten Ruhrschiffahrt

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

Aufwand Nr.: 1211

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Durch Reduzierung der Anlegestellten (Steiger) auf Hahnenfähre (rechts) und Dicken am Damm (links), könnten 9.000 € (inkl. Entfall der Auf- und Abrüstzeit) eingespart werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	9.000 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €
<b>Summe:</b>	9.000 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...  Betriebsausschuss

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 52</b>		
				Haushaltsplanung 2010 ff.		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	BtMH					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Stilllegung der MS Oberhausen			Aufwand Nr.: 1211, 1350			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Durch Stilllegung eines Fahrgastmotorschiffes (MS Oberhausen) müßten die Takte der verkehrenden Personenschiffe erheblich verringert werden, so dass eine Einsparung von 2 Vollzeitkräften für ein Halbjahr (Saison) entsteht, plus anteiliges Werkstattpersonal. Dazu käme eine Aufwandsminderung im Bereich der Abgaben, Versicherungen und Beiträge.</p> <p>Ein Verkauf oder eine anderweitige Nutzung wären zu prüfen.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	115.000 €	115.000 €	115.000 €	115.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	115.000 €	115.000 €	115.000 €	115.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Betriebsausschuss				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 53**

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	II
<b>Fachbereich:</b>	BtMH

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung des Fahrpreises (Ruhrschiffahrt)

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

Ertrag Nr.: 2120

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Erhöhung des Fahrpreises des Einzeltickets von 5,50 € auf 6,50 € und die weitere Reduzierung der Rabatte, insbesondere Erhöhung der Happy-Hour-Tarife von 2,75 € auf 4,00 €.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	0 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	0 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Betriebsausschuss

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 54</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	BtMH					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b> Bewirtschaftung der oberirdischen Parkplätze an der Tiefgarage Stadthalle				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b> Ertrag Nr.: 2210		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b> (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll) Parkgebührenerhebung für ca. 250 oberirdische Parkplätze des Parkplatzes an der Tiefgarage Stadthalle. Ein entsprechendes Nutzungskonzept wäre zu erstellen.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv					
	investiv		15.000 €			
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		0 €	115.000 €	115.000 €	115.000 €	115.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		0 €	115.000 €	115.000 €	115.000 €	115.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 55</b>
<b>Dezernat:</b>	II	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	BtMH	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>
Reduzierung der Betreiberentgelte für das Wasserkraftwerk	Aufwand Nr.: 1211

### **Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Entfall einer Vollzeitkraft im Betriebszweig Wasserkraftwerk durch Inanspruchnahme der Altersteilzeit. Nach der Automatisierung im Jahre 2008 sind drei von sieben Mitarbeitern weiterhin von der MVG an das Bt-WKW überlassen. Durch weitere Ausweitung durch Rufbereitschaften in Zusammenarbeit mit dem Bt-Hafenbetrieb kann mit Eintritt des nächsten Mitarbeiters in die ATZ ab 2011 eine VZK entfallen. Die erforderlichen Umstellungen werden in 2010 eingeleitet.

### **evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

### **Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €

### **Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

X

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 56</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	BtMH					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Dynamisierung der Hafentarife				Ertrag Nr.: 2110		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Beschluss zur Dynamisierung der Hafentarife (Preisgleiten) um 5 % bzw. nach Indizierung: Die letzte Preisanpassung ist vor neun Jahren durchgeführt worden - ohne Regularien zum Inflationsausgleich. Dieser Ausgleich (Indizierung/Preisgleiten) soll nun als Generalklausel in die Tarifordnungen des Rhein Ruhr-Hafens eingeführt werden. Diese automatische Inflationsanpassung ist zudem eine Vereinfachung, da hierdurch mögliche jährliche Anpassungen entfallen.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 57**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	II
<b>Fachbereich:</b>	BtMH

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Optimierung von Wartungsaktivitäten

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

Aufwand Nr.: 1323

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Neuregelung der Wartung der elektrischen Anlagen an Bahnübergängen und der Bt-Brandmeldeanlagen durch andere Dienstleister mittels Neuvergabe und Organisationsverbesserung.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
<b>Summe:</b>	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

X

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 58</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	BtMH					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Kooperation Hafenbahnbetrieb			Aufwand Nr.: 1220			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Durch Kooperation mit anderen Hafenbetrieben Aufwandsverringerung des Lokleihgeschäftes. Die einzig verbleibende Bt-Rangierlok reicht nicht aus, um den Hafeneinsatz und die Fahrzeugreserve abzudecken.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 59**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	II
<b>Fachbereich:</b>	BtMH

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung des Hafentarifs

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

Ertrag Nr.: 2110

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Erhöhung des Hafentarifs (a-c) durch Beschluss um 10 %. Es soll im Jahre 2011 für die Jahre 2012ff eine strukturelle Überarbeitung der Umschlagsgebühren je nach Gütern und Materialien erfolgen. Hierzu wird ein Vergleich mit den Nachbarbetrieben durchgeführt.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	0 €	0 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	0 €	0 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:	ja, von...
<input type="text"/>	Rat der Stadt

## **Beteiligungsholding (BHM)**

### **1. Grunddaten**

Konzernbilanzsumme 2008: 737.097.209,18 € (VJ: 729.243.322,68 €)

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
WIPI BHM 2010	18.731.460 €	27.977.000 €	-9.145.540 €*

\* Entnahme aus der Kapitalrücklage der BHM: 9.145.540 € / Einzahlung in die Kapitalrücklage der BHM durch die Stadt MH: 8.300.000 €

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

Im Teilkonzern Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH wird eine kontinuierliche Optimierung der Beteiligungs-, Erlös- und Kostenstrukturen der Konzerngesellschaften betrieben. Im Fokus stehen insbesondere betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte, wie z.B. die permanente Aufgabenkritik der im Beteiligungsportfolio erbrachten Dienstleistungen und Funktionen, Konsolidierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen, die Optimierung des Portfolios unter steuerlichen Gesichtspunkten, etc. In den letzten Jahren konnten bereits zahlreiche Optimierungsprozesse initiiert bzw. abgeschlossen werden. Beispielweise wurde die anhaltende Verlustsituation bei der job.service GmbH beseitigt und das Verlustniveau der Mülheimer VerkehrsGesellschaft mbH reduziert. Für die Geschäftsjahre 2010ff. stehen u.a. die Restrukturierung des Teilkonzerns Mülheimer Sozialholding GmbH und diverse Umstrukturierungsmaßnahmen im Finanzanlagevermögen der BHM auf der Agenda.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

BHM war nicht Bestandteil des GPA-Berichtes.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Nachfolgende Maßnahmen sind in den entsprechenden Wirtschaftsplanungen bereits eingearbeitet worden.

→ Höhere Ausschüttungen der medl GmbH:

2010	1.200.000 €
2011	900.000 €
2012	1.300.000 €
2013	1.500.000 €
<b>Gesamt</b>	<b>4.900.000 €</b>

→ Verlustfinanzierung ÖPNV: Ergebnisverbesserung der MVG durch Hebung weiterer Synergiepotenziale sowie verbesserter Kostenstrukturen und interner Optimierungsprozesse führen zu geringeren Verlustübernahmen:

2010	400.000 €
2011	200.000 €
2012	200.000 €
2013	600.000 €
<b>Gesamt</b>	<b>1.400.000 €</b>

→ Strukturierungsmaßnahmen im Finanzanlagevermögen der Beteiligungsholding. Erhöhung des Ausschüttungsvolumens durch diverse Maßnahmen (RWE, RW Holding, RWW, etc.):

2010	0 €
2011	432.000 €
2012	726.000 €
2013	1.344.000 €
<b>Gesamt</b>	<b>2.502.000 €</b>

→ Operative Erlös- und Kostenoptimierungen im BHM-Konzern durch diverse Maßnahmen:

2010	300.000 €
2011	300.000 €
2012	500.000 €
2013	500.000 €
<b>Gesamt</b>	<b>1.600.000 €</b>

Im Übrigen sind nachfolgende Maßnahmen vorgesehen:

- Liniennetzoptimierung MVG
- Höheres Ausschüttungsvolumen MEG

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 60</b>		
				Haushaltsplanung 2010 ff.		
<b>Dezernat:</b>	II					
<b>Fachbereich:</b>	BHM					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Liniennetzoptimierung MVG			verschiedene			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
<p>Durch Konsolidierung des Liniennetzes der MVG können weitere Kosteneinsparungspotenziale gehoben werden.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
Verlustübernahmen		/				
Investitionsprogramm		/				
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	250.000 €	350.000 €	500.000 €	500.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	250.000 €	350.000 €	500.000 €	500.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
nein:		ja, von...				
		X - AR-MVG				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 61

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	II
Fachbereich:	BHM

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Ausschüttungen MEG

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

Finanzanlagen

**Beschreibung der Maßnahme:**

Die MEG schüttet ab 2010 aus (Anteilsquote 51 %).

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Verlustübernahmen	/				
Investitionsprogramm	/				

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:					
Reduzierung von Aufwand:	233.580 €	210.630 €	354.450 €	277.950 €	277.950 €
<b>Summe:</b>	<b>233.580 €</b>	<b>210.630 €</b>	<b>354.450 €</b>	<b>277.950 €</b>	<b>277.950 €</b>

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

AR/Gesellschafterversammlung MEG

## **Dezernat III**

**(Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Personal und Organisation)**

- **Referat III**
  
- **Amt 11**  
**(Personal- und Organisationsamt)**
  - **inkl. Allgemeine Personalwirtschaft**
  
- **Amt 14**  
**(Rechnungsprüfungsamt)**
  
- **Amt 30**  
**(Rechtsamt)**
  
- **Amt 32**  
**(Ordnungsamt)**
  
- **Amt 33**  
**(Bürgeramt)**
  
- **Amt 37**  
**(Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Zivilschutz)**



## **Referat III**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.023 Verwaltungsführung Dezernat III	0 €	450.402 €	- 450.402 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>0 €</b>	<b>450.402 €</b>	<b>- 450.402 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

- Die Stadt Mülheim soll objektiv und subjektiv eine sichere Stadt sein
- Attraktiver Arbeitgeber für gegenwärtiges und zukünftiges Personal
- Rechtssicherheit / korrektes rechtl. Handeln der Mitarbeiter
- Steuern des Dezernates III durch Ziele und Kennzahlen
- Herausforderungen: demographischer Wandel; Haushaltskonsolidierung

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Es erfolgte keine Prüfung durch die GPA.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgenden Maßnahmebogen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 62**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>III</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Referat III</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Abwertung und Einsparung einer halben Stelle im Bereich Korruptionsprävention

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.023

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Ab Mitte 2011 kann die Stelle Korruptionsprävention abgewertet und auf eine halbe Stelle reduziert werden. Unter Berücksichtigung der Wiederbesetzungssperre werden ab Mitte 2012 Einsparungen erzielt.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	0 €	25.400 €	50.900 €	50.900 €
<b>Summe:</b>	0 €	0 €	25.400 €	50.900 €	50.900 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

## **Amt 11 (Personal- und Organisationsamt)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.080 Personalmanagement und Organisationsentwicklung	2.164.000 €	6.073.698 €	-3.909.968 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>2.164.000 €</b>	<b>6.034.185 €</b>	<b>-3.909.968 €</b>

<b>Zentrale Veranschlagung:</b>			
01.999 Allgemeine Personalwirtschaft	0 €	13.804.400 €	-13.804.400 €

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

Oberstes Ziel des Personal- und Organisationsamtes ist die Sicherstellung der Dienstleistungsfähigkeit der Verwaltung **mit** ihren Mitarbeitern und **durch** ihre Mitarbeiter. Das bedeutet, dass die Ziele der Verwaltung mit fähigen, geförderten und zum Handeln ermächtigten Mitarbeitern erreicht werden.

Dazu gibt es folgende Unterziele:

- a) Mitwirkung bei der Bereitstellung einer quantitativ und qualitativ angemessenen Personalausstattung der Fachbereiche
  - unter Berücksichtigung des geringen finanziellen Spielraums der Verwaltung möglichst optimale Versorgung der Fachbereiche mit Personal
  - Personalbedarfsplanung unter Berücksichtigung der Auswirkungen des demographischen Wandels
  - Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers z.B. durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
  - Förderung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung um die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft abzubilden
  - Betriebliches Gesundheitsmanagement
  
- b) Sicherstellung der individuellen und gruppenspezifischen Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

c) Wahrung der Rechte und Pflichten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

### **Herausforderung:**

Die demographische Entwicklung und die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung werden die Arbeit des Personal- und Organisationsamtes in den nächsten Jahren stark beeinflussen.

Aufgrund des demographischen Wandels wird das Durchschnittsalter in der Verwaltung (z.Zt. bei rund 44 Jahren) weiter ansteigen bei gleichzeitiger Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Um die Motivation und die Leistung, d.h. eine gleichbleibende Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten zu erhalten und ggf. zu erhöhen, ist eine verstärkte Gesundheitsprophylaxe am Arbeitsplatz erforderlich. Das heißt, der bereits durchgeführte Aufbau eines betrieblichen Gesundheitsmanagements ist zwingend erforderlich und muss in den Folgejahren auch deutlich intensiviert werden.

Eine weitere Auswirkung des demographischen Wandels ist die sinkende Anzahl potentieller neuer Arbeitskräfte. Die Verwaltung muss mit anderen Arbeitgebern um die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte konkurrieren. Das bedeutet, dass das Personal- und Organisationsamt größere Anstrengungen unternehmen muss, um das vorhandene Personal an sich zu binden und soweit erforderlich neue Arbeitskräfte zu finden. Der Attraktivität des Arbeitgebers sowie der interkulturellen Öffnung kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

Der demographische Wandel sorgt in den nächsten Jahren für eine erhöhte Altersfluktuation. So scheiden bei der Stadt Mülheim an der Ruhr bis zum Jahr 2013 Menschen mit einem Arbeitsumfang von 131,55 Vollzeitstellen aus, davon alleine 36,69 Vollzeitstellen im nicht-technischen Verwaltungsdienst und 94,86 Vollzeitstellen im fachspezifischen Bereich. Da auf eine Nachbesetzung der freiwerdenden Stellen im Bereich der fachspezifischen Tätigkeiten nicht vollständig verzichtet werden kann, wird für diese Tätigkeiten zunächst von einem Einsparungspotential von 50% der vollzeitverrechneten Stellen ausgegangen.

Diese Fluktuation lässt sich zur Haushaltskonsolidierung nutzen, in dem die Stellen nicht wiederbesetzt werden.

Dies muss mit einer durch die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung verursachten Aufgaben- bzw. Standardreduzierung einhergehen. Um die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung weiter zu gewährleisten, ist eine noch konkretere Personalbedarfsplanung erforderlich in Verbindung mit ggf. notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen. Auch dies stellt verstärkte Anforderungen an die Tätigkeit des Personal- und Organisationsamtes.

Außerdem ist eine wie bisher praktizierte Verfolgung haushaltskonsolidierender Maßnahmen wie z.B. durch Aufgabenkritik, fortgesetzte Geschäftsprozessoptimierung, interkommunale Zusammenarbeit unbedingt notwendig, z. T. zu intensivieren.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA- Bericht**

#### umgesetzt

- Maßnahme GPA: Durch interne organisatorische Untersuchungen erscheint in der Personalabrechnung die Einsparung von Stellenanteilen durch Ablaufoptimierung möglich => die Einsparung von Stellenanteilen erfolgte bereits, die Stelleninhaberinnen haben Altersteilzeit beantragt, die Einsparungen werden ab 2014 bzw. 2015 realisiert.
- Maßnahme GPA: Angesichts der Positionierung im interkommunalen Vergleich sollten für den Aufgabenbereich Beihilfe Betrachtungen zu qualitativen Standards, insbesondere Bearbeitungszeiten angestellt werden. Vergleichsberechnungen alternativer Leistungsformen sollten regelmäßig stattfinden, um die Wirtschaftlichkeit einer gewählten Methode zu überprüfen. => Eine Höchstbearbeitungszeit ist vorgegeben und darf nicht überschritten werden. Neben dem Petitionsausschuss beschäftigt sich der Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags NRW mit dem Thema Beihilferecht. Vorgegeben ist eine Höchstbearbeitungszeit von 14 Tagen (vom Eingang des Antrages bis zum Eingang des Betrages auf dem Konto des Beihilfeberechtigten). Die Überweisungsdauer ist neben der reinen Bearbeitungszeit zu berücksichtigen. Die Vorgaben werden zur Zeit in Mülheim an der Ruhr erfüllt, bei einer Verlängerung der Bearbeitungszeit würden diese überschritten.  
Darüber hinaus erfolgen regelmäßige Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen (Vergleichsberechnungen mit alternativen Leistungsformen und Überprüfung interkommunaler Zusammenarbeit)

#### keine Umsetzung

- Maßnahme GPA: Kritische Betrachtung der Stellenbewertung im Bereich „Personalentwicklung, -bedarfsplanung, -steuerung“ => Keine Umsetzung, weil das Produkt „Personalentwicklung, -bedarfsplanung, -steuerung“ extrem unterschiedliche Aufgabenbereiche beinhaltet. Die eigentliche Personalentwicklung bildet nur einen geringfügigen Teil dieses Produktes. Unter anderem wird die Arbeitssicherheit und der arbeitsmedizinische Dienst erfasst. Diese Stellen sind auf Grund der Tätigkeit natürlich höher bewertet. Im Vergleich zu Kommunen, die einen bzw. beide Bereiche outgesourct haben, erhöhen sie die Stellenbewertungen. Ein Vergleich der Stellenbewertungen macht nur dann Sinn, wenn die Kommunen gleiche Leistungen erbringen. Dies war bei dem Vergleich der GPA nicht der Fall.
- Maßnahme GPA: Zur Anpassung der Ressource Personal bei der Personalbeschaffung an den Benchmark bedarf es der Berücksichtigung des mittelfristigen Planungshorizonts beim Umgang mit Personalfluktuations. Daneben sollten organisatorische Betrachtungen der Abläufe initiiert werden. => Die Personalbeschaffung umfasst alle mit Ausschreibun-

gen (intern und extern), Einstellungen, Versetzungen, Abordnungen, Zuweisungen und Umsetzungen verbundenen Tätigkeiten. Keine Umsetzung, weil bislang alle Maßnahmen der Personalbeschaffung mit internem Personal durchgeführt wurden, so dass keine Sachkosten, die bei der GPA-Untersuchung in anderen Gemeinden außer Acht gelassen wurden, entstanden sind. Eine Personalreduzierung wäre nur bei gleichzeitiger Vergabe von Teilaufgaben der Personalbeschaffung an Dritte möglich. Damit würden Sachkosten entstehen, deren Betrag erfahrungsgemäß deutlich über den einsparbaren Personalkosten liegt.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowie durch Stellen- und Personalveränderungen aufgrund von HSK-Zwängen werden die Anforderungen an die Personalbeschaffung (inkl. Vermittlung u. ä.) steigen und sich der diesbezügliche Aufwand erhöhen. Diese Erhöhungen sollen mit dem bestehenden Stellen-/Personalbestand (ohne Ausweitung) aufgefangen werden.

Maßnahme GPA: Die Qualitätsstandards in der Personalbetreuung (Beratungsangebot) sollten einer kritischen Betrachtung unterzogen werden und deren personelle Auswirkungen betrachtet werden. Gleichzeitig bietet sich die Untersuchung der Geschäftsprozesse an. Dabei sollte einbezogen werden, inwiefern eine dv-seitige Unterstützung Einfluss auf die Prozesse und mittelbar auf die Ausstattung der Personalressource in der Personalbetreuung haben könnte => Ein Personalmanagementprogramm ist erforderlich. Keine Umsetzung, weil den Anfangsinvestitionen (Kosten des Programms) erst zeitverzögert Einsparungen gegenüberstehen. Angesichts der knappen Mittel ist zur Zeit eine Beschaffung nicht möglich.

#### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 63</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	III					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 11					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Verzicht auf Ausbildung über Bedarf			01.999			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Für das Jahr 2010 wird auf die Einstellung von zwei Auszubildenden über Bedarf verzichtet. Angesichts des demographischen Wandels sinkt die Anzahl der zukünftig zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Erfolgt keine Ausbildung (mit der frühzeitigen Bindung an den Arbeitgeber Stadt Mülheim an der Ruhr) müssen die fehlenden Arbeitskräfte u. U. extern eingestellt werden.						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		8.000 €	24.000 €	20.000 €	12.000 €	12.000 €
<b>Summe:</b>		8.000 €	24.000 €	20.000 €	12.000 €	12.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/> X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 64</b>
<b>Dezernat:</b>	III	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 11	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>
Pauschale Kürzung der allgemeinen Fortbildung um 20%	01.080

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die allgemeinen Fort- und Weiterbildungsmittel - Sachkonten 541 110 und 541 113 i. H. v. insgesamt 235.000 € - werden im Jahr 2010 um 20 % gekürzt. Der gekürzte Ansatz wird in den Folgejahren fortgeschrieben.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	47.000 €	47.000 €	47.000 €	47.000 €	47.000 €
<b>Summe:</b>	47.000 €	47.000 €	47.000 €	47.000 €	47.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:	ja, von...
<input checked="" type="checkbox"/> X	

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
					<b>Maßnahme Nr. 65</b>	
					<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>	
<b>Dezernat:</b>		III				
<b>Fachbereich:</b>		Amt 11				
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Förderung der Entgeltumwandlung				01.999		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die Entgeltumwandlung bietet den Tarifbeschäftigten die Möglichkeit, einen bestimmten Teil ihres Entgeltes in eine Altersversorgung umzuwandeln. Für diesen Teilbetrag muss der Arbeitgeber keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Durch eine Förderung der Inanspruchnahme der Entgeltumwandlung können die vom Arbeitgeber zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge reduziert werden.						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		30.000 €	60.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
<b>Summe:</b>		30.000 €	60.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/> X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 66**

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	III
<b>Fachbereich:</b>	Amt 11

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Kundenakquise im Bereich der Gehaltsabrechnung

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.080

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Das Personal- und Organisationsamt bemüht sich um weitere Kunden für die Gehaltsabrechnung. Derzeit werden Gespräche mit mehreren Kommunen geführt, mit dem Ziel deren Gehaltsabrechnung zukünftig in Mülheim durchzuführen. Beträge können noch nicht beziffert werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	unbekannt	unbekannt	unbekannt	unbekannt	unbekannt
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	unbekannt	unbekannt	unbekannt	unbekannt	unbekannt

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

X

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 67</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	III					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 11					
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Reduzierung der Aufwendungen für Strategien und Projekte				<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>  01.080		
<b>Beschreibung der Maßnahme:</b> (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Einsparung von zwei Stellen. Eine Reduzierung der Personalkapazitäten führt zu einer Reduzierung der Leistungserbringung. Derzeit erbringt das Team "Strategien und Projekte" 500 Projekttag/Jahr. Eine Reduzierung der Aufwendungen führt zu einer Reduzierung auf 300 Projekttag/Jahr. Laufende und geplante Projekte sind z. B. dauerhafte Aufgabenkritik, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, demographischer Wandel, Qualitätssicherung und -messung in Leistungsprozessen.						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b>Konsolidierungsbeitrag:</b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €
<b>Beschluss notwendig?</b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Hauptausschuss				



## **Amt 14 (Rechnungsprüfungsamt)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.050 Rechnungsprüfung	0 €	1.011.121 €	- 1.011.121 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>0 €</b>	<b>1.011.121 €</b>	<b>- 1.011.121 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

- a) Kostenbewusstsein in der Verwaltung schärfen
- b) Ausgaben auf das Notwendigste beschränken
- c) Ausgabenmissbrauch aufdecken
- d) Einnahmepotenziale aufdecken

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

#### umgesetzt

GPA-Vorschlag: Systematische Planung und Erfassung von Projekten und deren Arbeitsabläufen für mehr Transparenz und Dokumentation von Ressourcenverbräuchen

Aus Sicht des Fachamtes wird das bereits praktiziert. Begründung: Das Rechnungsprüfungsamt erfüllt diverse gesetzliche und auch durch die Rechnungsprüfungsordnung übertragene Aufgaben. Das im Neuen Kommunalen Haushalt hinterlegte Kennzahlensystem bildet nur einen Teil dieser Tätigkeiten ab, insbesondere Prüfhandlungen, die im zuständigen Ausschuss als sogenannte Prüfberichte behandelt werden.

Diese Prüfungen wurden und werden nach intern festgelegten Standards geplant und durchgeführt, werden also nicht nur vom Ergebnis her (Prüfbericht) sondern auch bzgl. Personaleinsatz, Laufzeit und Arbeitsabläufen intern dokumentiert. Die Planung eines jeden einzelnen Prüfprojektes ist somit im Hinblick auf die zuvor genannten Punkte hinterlegt und abrufbar.

Der Prüfbericht, welcher die Arbeit und deren Ergebnisse synoptisch präsentiert (in der Regel den Ausschussmitgliedern), enthält hingegen nur Angaben zu den beteiligten Prüfern und der Dauer der Prüfung.

Der Anteil der Personalkosten am gesamten Ressourcenverbrauch des Rechnungsprüfungsamtes beträgt rund 90%. Über Zeitanteilerfassung wäre es somit auch möglich, die Kosten der Prüfungen ex-post zu ermitteln. Damit wäre dann die höchste Stufe der Transparenz von Ressourcenverbräuchen erreicht.

Zusammenfassend: Das Rechnungsprüfungsamt plant seine Projekte systematisch. Aktuell werden Ressourcenverbräuche in der Einleitung zu Prüfberichten, die im zuständigen Ausschuss behandelt werden, dokumentiert (beteiligte Prüfer, Dauer der Prüfung), darüber hinaus amtsintern zusätzlich die geplanten und tatsächlichen Arbeitsabläufe.

keine Umsetzung

-

Umsetzung im Rahmen des HSK

GPA-Vorschlag: Vor dem Hintergrund der personellen Ausstattung, der damit verbundenen Leistungsspanne und zur Flexibilisierung des Personaleinsatzes, kann auf eine hierarchische Ebene unterhalb der Amtsleitung verzichtet werden.

#### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 68</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	III					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 14					
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>			<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>			
Unbedenklichkeitsprüfung Finanzsoftware SAP			01.050			
<b>Beschreibung der Maßnahme:</b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Die Stadt Mülheim an der Ruhr setzt für die Buchhaltung nach NKF eine entsprechend zugeschnittene Finanzsoftware der Firma SAP ein. Eine Programmprüfung durch einen externen Berater Anfang 2006 ergab nur ein eingeschränktes Testat bzgl. Unbedenklichkeit. Eine erneute Programmprüfung wurde aufgrund fehlender Freigabe seitens des Fachamtes 24 bisher nicht durchgeführt. Diese Freigabe liegt jetzt vor, ein Auftrag zur Prüfung und Testierung der Unbedenklichkeit kann somit erfolgen. In Anbetracht der schlechten Haushaltssituation plant Amt 14, diese Prüfung mit eigenem Personal durchzuführen. 20.000 Euro können somit in 2010 (einmaliger Effekt) eingespart werden.</p> <p>Auswirkungen auf Ziele/ Kennzahlen: Keine. Das Angebot zur Einsparung steht im Einklang mit der strategischen Ausrichtung des Amtes: Kostenbewusstsein in der Verwaltung schärfen, Ausgaben auf das Notwendige beschränken, Ausgabenmissbrauch aufdecken, Einnahmepotenziale aufdecken. Der GPA- Bericht enthält im übrigen keine Hinweise für Amt 14, welche Einsparungspotenziale im kurz- und mittelfristigen Bereich aufzeigen.</p>						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b>Konsolidierungsbeitrag:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		20.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b>Summe:</b>		20.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b>Beschluss notwendig?</b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 69</b>
<b>Dezernat:</b>	III	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 14	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>
Stelleneinsparung Abteilungsleiter Stelle 14.0010	01.050

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Umsetzung des Vorschlages der GPA "Verzicht auf eine hierarchische Ebene". In der Praxis wird sich nicht an den hierarchischen Strukturen orientiert. Beispiel Jahresabschlussprüfung: Daran sind viele Prüfer des Amtes beteiligt, die für dieses Projekt ausschließlich dem Prüfungsleiter Jahresabschluss (von der Amtsleitung bestimmt) unterstellt sind und ansonsten frei jeglicher Hierarchie arbeiten. Regelmäßig gilt: Je nach Komplexität des Prüfstoffes bestimmt die Amtsleitung einen Prüfungsleiter, welcher sich dann ein Prüfteam zusammenstellt. Streichung der z. Z. unbesetzten Abteilungsleiterstelle und damit Verzicht auf eine hierarchische Ebene. Positive Auswirkung: Einsparung Personal- und Arbeitsplatzkosten. Negative Auswirkungen: Die Stelleinhalte sehen eine vollständige Einbindung in das Prüfgeschäft (Vergaben, Bestätigungs- und Amtsprüfungen etc.) vor. Prüferkapazitäten werden verringert.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	94.000 €	94.000 €	94.000 €	94.000 €	94.000 €
<b>Summe:</b>	94.000 €	94.000 €	94.000 €	94.000 €	94.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
<input checked="" type="checkbox"/> X	

## **Amt 30 (Rechtsamt)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.110 Recht	685.900 €	1.828.236 €	-1.142.336 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>685.900 €</b>	<b>1.828.236 €</b>	<b>-1.142.336 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

- Optimierung der Rechtssicherheit des Verwaltungshandelns (Kernverwaltung, Eigenbetriebe, eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und Gesellschaften der Stadt) durch Qualitätssicherung in Form von Beratung und Prozessführung
- Zeitnahe und vollständige Realisierung privatrechtlicher Forderungen
- Umfassende und zeitnahe Abwicklung versicherter und unversicherter Ansprüche
- Optimale Risikoabsicherung des städt. Eigentums unter Berücksichtigung des erforderlichen finanziellen Einsatzes

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

umgesetzt

Bereits vor der Prüfung durch die GPA, deshalb lediglich als Hinweis im GPA- Bericht vermerkt:

- Erfassung und Erhebung von konkreten Zeitanteilen; mehr Transparenz über den Einsatz der Personalressource

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgenden Maßnahmebogen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 70

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	III
<b>Fachbereich:</b>	Amt 30

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Kündigung der Mitgliedschaft beim Kommunalen  
Schadenausgleich (KSA) in der Verrechnungsstelle  
Schülerunfall

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.110

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Verrechnungsstelle Schülerunfall (Schülerschäden) beschränkt sich in ihrer praktischen Auswirkung seit Jahren auf Erstattung von Sachschäden von Schülern. Als Sachschäden werden überwiegend Ersatz für Kleidung, Taschen, Brillen, Fahrräder und sonstige zum Schulgebrauch bestimmte Sachen der Schüler anerkannt. Darüber hinaus werden Schäden beglichen, die Schüler während ihres Betriebspraktikums verursacht haben.

In den vergangenen Jahren waren die Umlagebeiträge um mindestens 2/3 höher als der Schadensaufwand, so dass eine finanzielle Entlastung der Stadt durch die Solidargemeinschaft der übrigen Mitglieder nicht stattgefunden hat.

Der Verzicht auf die Absicherung von Schülerschäden beim KSA erscheint damit als ein kalkulierbares Risiko und der jährliche Umlagebeitrag könnte ab 2011 eingespart werden.

Die beidseitige Kündigung der Mitgliedschaft ist 6 Monate vor Ablauf eines Geschäftsjahres möglich.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
<input checked="" type="checkbox"/> X	

## **Amt 32 (Ordnungsamt)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
02.130 Allg. Sicherheit u. Ordnung	428.809 €	2.303.498 €	-1.874.689 €
02.140 Tierschutz und Veterinärwesen	25.700 €	1.154.791 €	-1.129.091 €
02.150 Ausländerwesen	171.281 €	1.443.409 €	-1.272.128 €
02.160 Verkehrsangelegenheiten	2.275.945 €	1.616.492 €	659.453 €
02.202 Tierbetreuung	232.284 €	379.673 €	-147.389 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>3.134.019 €</b>	<b>6.897.863 €</b>	<b>-3.763.844 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

Ziel des Ordnungsamtes ist die Aufrechterhaltung der allgemeinen Sicherheit und Ordnung in Mülheim an der Ruhr. Die dazu notwendigen Maßnahmen sind fast ausschließlich Pflichtaufgaben, die im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets zu erfüllen sind.

Das Ausländeramt befindet sich in Neuausrichtung unter besonderen Integrationsaspekten.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Amt 32 nicht betroffen

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 71

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	III
<b>Fachbereich:</b>	Amt 32

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Einstellung des City Dienstes

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

02.130

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Einsparung von 2 Stellen durch Einstellung des City Dienstes (Teilaufgabe des ZAD).

Der City Dienst geht in der Innenstadt und in erweiterten Randbereichen regelmäßig Streife – teilweise zusammen mit der Polizei. Durch diese Präsenz wird das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger - gerade auch als unterstützende Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt - gestärkt. Der City Dienst dient zudem als Ansprechpartner für hilfeschuchende Bürger und versucht, zusammen mit den Streetworkern den Problemen mit Randgruppen zu begegnen. Außerdem unterstützt er die städtischen Maßnahmen gegen die Vermüllung der City unter dem Stichwort „Rote Karte“. Auch der City Dienst übernimmt Aufgaben der Verkehrsüberwachung.

Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich Mitte des Jahres.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	37.500 €	75.000 €	75.000 €	75.000 €	75.000 €
<b>Summe:</b>	37.500 €	75.000 €	75.000 €	75.000 €	75.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:	ja, von...
	Hauptausschuss

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 72</b>		
				Haushaltsplanung 2010 ff.		
<b>Dezernat:</b>	III					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 32					
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>			<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>			
Standardreduzierung bei Ehrungen			02.130			
<b>Beschreibung der Maßnahme:</b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Einsparung einer ½ Stelle durch Ehrungen erst ab dem 100. Geburtstag.						
Beschreibung: Der ZAD ermittelt im Auftrage des OB- Büros, ob und in welchem Umfang Ehrungen älterer Bürger (am 90. Geb., 95. Geb. und ab dem 100. jedes Jahr) erwünscht sind. Die Ermittlung von Ansprechpartnern und die zu führenden Gespräche – gerade mit älteren Leuten - sind teilweise sehr zeitintensiv. Es finden durchschnittlich 445 Ermittlungen pro Jahr im Rahmen von Ehrungen statt.						
Auswirkungen: Senkung des Qualitätsstandards in der städtischen Repräsentation.						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b>Konsolidierungsbeitrag:</b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
<b>Summe:</b>		25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
<b>Beschluss notwendig?</b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 73

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	III
Fachbereich:	Amt 32

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Standardreduzierung Fundbüro

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

02.130

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Einsparung einer Teilzeitkraft mit 10 Stunden bei gleichzeitiger Reduzierung der Öffnungszeiten auf nur 3 Vormittage in der Woche. Die telefonische Erreichbarkeit müsste das KC sicherstellen.

**Beschreibung:**

Die Kommune muss ihren Bürgern ein Fundbüro als Anlaufstelle anbieten (§§ 965ff BGB). Die Personalstärke im Fundbüro, in dem gleichzeitig auch die Jagd- und Fischereischeine ausgegeben werden, ist an der Zielsetzung eines Bürger- und Kundenservices nach der Dienstvereinbarung zur flexiblen Arbeitszeit ausgerichtet und derzeit besetzt mit 2 Teilzeitkräften (18 und 10 Stunden).

**Auswirkungen:**

Senkung eines Qualitätsstandards bei einer Pflichtaufgabe.  
Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich Mitte des Jahres.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	15.600 €	31.200 €	31.200 €	31.200 €	31.200 €
<b>Summe:</b>	15.600 €	31.200 €	31.200 €	31.200 €	31.200 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 74**

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	III
Fachbereich:	Amt 32

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Mobile Geschwindigkeitsüberwachung

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

02.160

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

**Beschreibung:**

Durchführung einer städtischen Geschwindigkeitsüberwachung mit moderner digitaler Technik und ohne zusätzliches Personal mit der Zielsetzung der verbesserten Verkehrssicherheit.

**Auswirkungen:**

Die Investitionen für Fahrzeug und Überwachungstechnik sind bei vorsichtiger Schätzung spätestens nach zwei Jahren refinanziert. Voraussetzung der Umsetzung ist, dass die derzeit vorhandenen Stellen im ZAD und in der Bußgeldstelle auch besetzt sind und bleiben.

Beginn der Maßnahme voraussichtlich 01.06.2010.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv	0 €	2.600 €	2.600 €	2.600 €	2.600 €
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:	23.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
Reduzierung von Aufwand:					
Summe:	23.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
nach Abzug der Kosten:	23.000 €	37.400 €	37.400 €	37.400 €	37.400 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 75</b>				
		<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>				
<b>Dezernat:</b>	III					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 32					
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>		<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>				
Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung		02.160				
<b>Beschreibung der Maßnahme:</b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Installation von zwei sog. Starenkästen im Mülheimer Stadtgebiet sowie zwei Starenkästen auf der Autobahn, mit der Zielsetzung die Verkehrssicherheit zu verbessern. Zur Bearbeitung der Verstöße werden in der Bußgeldstelle langfristig 7 zusätzliche Stellen (Entgeltgruppe 8), 1 Stelle zur Auswertung (Entgeltgruppe 8) sowie 1 Stelle beim Ermittlungsdienst (Entgeltgruppe 8) benötigt. Weitere Sachkosten (Miete, Nebenkosten etc.) für die zusätzlichen Arbeitsplätze sind in der Kalkulation enthalten. Neben den Kosten für die Aufstellung der stationären Geschwindigkeitsmessanlagen werden auch jährliche Folgekosten für Strom, Wartung, Softwarepflegekosten, Eichung etc. anfallen. Zurzeit führt das Personal- und Organisationsamt eine Personalbedarfsbemessung durch, die die zusätzlich entstehenden Personalkosten aufzeigen soll. Mit einem Ergebnis kann Mitte 2010 gerechnet werden.</p>						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv	14.400 €	28.800 €	28.800 €	28.800 €	28.800 €
	investiv	238.000 €				
<b>Konsolidierungsbeitrag:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		725.000 €	1.450.000 €	1.450.000 €	1.450.000 €	1.450.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		725.000 €	1.450.000 €	1.450.000 €	1.450.000 €	1.450.000 €
<b>nach Abzug der Kosten:</b>		710.600 €	1.421.200 €	1.421.200 €	1.421.200 €	1.421.200 €
<b>Beschluss notwendig?</b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
X						

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 76</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	III					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 32					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Reduzierung der Kontrollen in Lebensmittelbetrieben durch Einsparung 1/2 Stelle			02.140			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die Überprüfung von Betrieben, die Lebensmittel herstellen oder behandeln, ist eine Pflichtaufgabe. Eine Reduzierung der Kontrollzahlen in diesem Bereich hat möglicherweise Auswirkungen auf den gesundheitlichen Verbraucherschutz. Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich Mitte des Jahres.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		17.500 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €
<b>Summe:</b>		17.500 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
nein:		ja, von...				
<input checked="" type="checkbox"/>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 77**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>III</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 32</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung der Routinekontrollen im Bereich Schwarzarbeit

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

02.130

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Einsparung 1 Teilzeitstelle (derzeit 27 Std.) durch deutliche Verringerung von Kontrollen.

**Beschreibung:**

Die Schwarzarbeitbekämpfung der Kommunen beschränkt sich durch das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit lediglich auf Verstöße gegen die Handwerksordnung sowie vorsätzliche und/ oder anhaltende Verstöße gegen § 14 (Pflicht zur Anzeige der Aufnahme eines Betriebs) und § 55 (Verstoß gegen Vorschriften des Reisegewerbes) der Gewerbeordnung. Beschränkt sich die Schwarzarbeitbekämpfung in erster Linie auf Verdachtskontrollen, besteht durch deutliche Reduzierung der Routinekontrollen in personeller Hinsicht Einsparpotenzial.

**Auswirkungen:**

Senkung eines Qualitätsstandards bei einer Pflichtaufgabe.  
Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich Mitte des Jahres

Die Information des Rechnungsprüfungsausschusses ist politisch geboten.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	15.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
<b>Summe:</b>	15.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 78**

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	III
<b>Fachbereich:</b>	Amt 32

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Schwerpunktkontrollen

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

02.130

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Einsparung einer 1/2 Stelle durch Einstellung der Leistung.

Im Rahmen der Schwerpunktkontrollen geht der ZAD Beschwerden aus Politik und Bürgerschaft über Verunreinigungen, Ruhestörungen, Vandalismus und aggressives Verhalten an bestimmten Stellen in der Stadt, vornehmlich nachts und an Wochenenden, nach und versucht durch seine Präsenz vor Ort die Konflikte zu entschärfen und gegebenenfalls Ordnungswidrigkeiten zu ahnden. Diese Leistung wird in den letzten Jahren zunehmend nachgefragt.

Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich erst Mitte des Jahres.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	9.500 €	18.750 €	18.750 €	18.750 €	18.750 €
<b>Summe:</b>	9.500 €	18.750 €	18.750 €	18.750 €	18.750 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Hauptausschuss

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 79</b>
<b>Dezernat:</b>	III	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 32	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Privatisierung Tierheim	02.202

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Aufnahme und Versorgung von Fundtieren und herrenlosen Tieren ist eine Pflichtaufgabe für jede Kommune. Die Übertragung dieser Verpflichtung auf Dritte (z. B. von Tierschutzvereinen betriebene Tierheime) ist möglich. Eine Arbeitsgruppe prüft, welche finanziell vorteilhafteren Alternativen durch eine Privatisierung umsetzbar sind.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	unbekannt	unbekannt	unbekannt	unbekannt	unbekannt

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
X	

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 80**

<b>Dezernat:</b>	III
<b>Fachbereich:</b>	Amt 32

Haushaltsplanung 2010 ff.

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Wochenendrufbereitschaft

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

02.130

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Der ZAD gewährleistet an Wochenenden nur noch eine Ruf-/ Fahrbereitschaft am Samstag von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr und am Sonntag von 10:00 Uhr bis 11:00 Uhr.

**Beschreibung:**

Bislang hat das Ordnungsamt eine Rufbereitschaft an Wochenenden von Freitag 16:00 Uhr bis Sonntag 24:00 Uhr vorgehalten, um illegal aufgefundene Ausländer nach entsprechendem Gerichtsbeschluss abschieben zu können. In der zurückliegenden Zeit hat sich gezeigt, dass die Bereitschaft in diesem Umfang nicht erforderlich ist.

**Auswirkungen:**

Senkung eines Qualitätsstandards bei einer Pflichtaufgabe.  
Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich zur Mitte des Jahres.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	5.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
<b>Summe:</b>	5.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...



## **Amt 33 (Bürgeramt)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
02.080 Fahr- u. Beförderungserlaubnisse	265.000 €	486.742 €	-221.742 €
02.090 KFZ-Angelegenheiten	1.421.660 €	1.387.997 €	33.663 €
02.100 Einwohnerangelegenheiten	686.900 €	1.475.230 €	-788.330 €
02.110 Personenstandswesen	220.900 €	801.812 €	-580.912 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>2.594.460 €</b>	<b>4.151.781 €</b>	<b>-1.557.321 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

- Ausschließlich Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung, d. h. sowohl die Aufgabe als auch die Vorgehensweise bei der Erledigung sind gesetzl. vorgegeben; Mitarbeiter müssen in die Lage versetzt werden, die Aufgaben gesetzeskonform zu erledigen (z. B. Fortbildungen)
- Einhalten hoher Qualitätskriterien bei Ausstellung von Dokumenten; sie müssen hohen Sicherheitsanforderungen standhalten; haben große Bedeutung im Rechts- und Wirtschaftsverkehr
- Erreichen einer hohen Kundenzufriedenheit (möglichst kurze Wartezeiten etc.)
- Hohe Mitarbeiterzufriedenheit

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Es erfolgte keine Prüfung durch die GPA.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 81</b>
<b>Dezernat:</b>	III	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 33	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>
Neubürgertaschen	02.100

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Jeder Mülheimer Neubürger erhielt bei seiner Wohnsitzanmeldung eine sogenannte Neubürgertasche mit Info- Broschüren und einem Gutscheineheft für die Inanspruchnahme verschiedener kommunaler Einrichtungen. Dieser kleinere Willkommensgruß wird ersatzlos gestrichen, zumal die o. a. Gutscheinefte nicht mehr aufgelegt werden. Künftig wird den Neubürgern Info- Material ohne "Verpackung" überreicht.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €
<b>Summe:</b>	8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
X	

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 82</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	III					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 33					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Erhöhung der Verwaltungsgebühren			02.080			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Einige Gebührenpositionen im Produktbereich "Fahrerlaubnisse" sind sog. Margengebühren. Durch eine Erhöhung lassen sich in begrenztem Maß zusätzliche Einnahmen erzielen. Sofern in den angrenzenden Städten nicht auch eine Erhöhung angedacht ist, könnten einzelne Leistungen in Mülheim an der Ruhr im Vergleich teurer sein.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/> X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 83</b>
<b>Dezernat:</b>	III	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 33	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Werbung im Bürgeramt	02.080, 02.090, 02.100, 02.110

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Im Wartebereich des Bürgerservice und evtl. des Standesamtes lassen sich durch Aufstellung von Werbesäulen bzw. Werbespiegeln Erträge erzielen. Andere Verwaltungen haben solche Werbeeinrichtungen erfolgreich vermieten können.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
X	

## **Amt 37 (Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Zivilschutz)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
02.200 Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz	691.338 €	13.501.943 €	-12.810.605 €
02.201 Rettungsdienst	6.610.862 €	7.682.191 €	-1.071.329 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>7.302.200 €</b>	<b>21.184.134 €</b>	<b>-13.881.934 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

0. Sicherstellung von Brandschutz und Rettungsdienst auf Basis der gültigen Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfspläne
1. Bezug der Wache Duisburger Straße
  - Erreichen / Verbesserung der Hilfsfristen
  - Geplante Verbesserung des Sicherheitsniveaus für die Stadt ohne Kostensteigerung durch technische Vernetzung der Leitstelle mit den Nachbarleitstellen
  - Inbetriebnahme Räumlichkeiten Krisenstab
  - Sachgerechte Unterbringung Personal, Material, Fahrzeuge; Betrieb Werkstätten
2. Übertragung des Betriebs der Empfangszentrale für Brand- und Gefahrenmeldung an Konzessionär
3. AZVO Feu / 48-Std.-Woche
  - Personalaufstockung zur Umsetzung zum 01.01.2011
  - Einführung Schichtplanmanagement
4. Freiwillige Feuerwehr (Pflichtaufgabe)
  - Aufstockung des ehrenamtlichen Personals auf 100 Mann
  - Einrichtung Jugendfeuerwehr, 2. Gruppe
5. Fortschreibung Rettungsdienstbedarfsplan im Jahr 2010; Fortschreibung Brandschutzbedarfsplan im Jahr 2011
6. Einführung Digitalfunk und Datenfunksystem ab 2011

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Es erfolgte keine Prüfung durch die GPA.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 84</b>
<b>Dezernat:</b>	III	<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>
<b>Fachbereich:</b>	Amt 37	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Ausbildung "Feuerwehr" für Dritte intensivieren	02.200, 02.201

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Es werden externe Kräfte im Bereich Brandschutz und Rettungsdienst ausgebildet. Mit Bezug der neuen Wache und damit verbesserten Ausbildungsmöglichkeiten soll dieser Bereich intensiviert werden.

Im Jahr 2010 wird bei der Berufsfeuerwehr Mülheim je ein Anwärter für die Werkfeuerwehren ChemPark Dormagen und BP Gelsenkirchen ausgebildet werden. Zusätzlich zum 6- monatigen Grundausbildungslehrgang nehmen diese Anwärter ausnahmsweise auch an Anschlusslehrgängen bei der Berufsfeuerwehr teil. Für diese "erweiterte" Ausbildung ist mit einem Ertrag von je ca. 10.500 € zu rechnen.

Ab 2012 ist im Rahmen des Grundausbildungslehrganges der Berusfeuerwehr geplant, jeweils 4 externe Teilnehmer von anderen Feuerwehren aufzunehmen. Die Grundausbildungslehrgänge finden in der Regel alle 2 Jahre statt. Die Kosten für die Teilnahme an den Grundausbildungslehrgängen belaufen sich nach aktueller Kalkulation pro Teilnehmer auf ca. 7.700 €.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	21.000 €	0 €	30.800 €	0 €	30.800 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	21.000 €	0 €	30.800 €	0 €	30.800 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 85</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	III					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 37					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Einsparung 1/2 Stelle Verwaltung			02.200, 02.201			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Aufgrund von organisatorischen Umstrukturierungen im Verwaltungsbereich des Amtes 37 kann 1/2 Stelle (TVÖD 9) eingespart werden. Nach den aktuellen Informationen zu den Arbeitsplatzkosten werden ab 2010 Minderaufwendungen i. H. v. jährlich rd. 41.040 € (einschließlich Arbeitsplatzkosten/Overhead) kalkuliert.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		41.040 €	41.040 €	41.040 €	41.040 €	41.040 €
<b>Summe:</b>		41.040 €	41.040 €	41.040 €	41.040 €	41.040 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 86</b>
<b>Dezernat:</b>	III	<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>
<b>Fachbereich:</b>	Amt 37	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Streckung des Aufbaus der Freiwilligen Feuerwehr	02.200

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Der weitere Aufbau der Freiwilligen Feuerwehr auf die geplanten 100 Ehrenamtlichen wird bis zum Ende des Planungszeitraums gestreckt.  
 Die Freiwillige Feuerwehr unterstützt die Berufsfeuerwehr insbesondere bei Spitzenlastabdeckung (zeitgleich mehrere Schadenslagen oder länger andauernden Einsätzen mit erhöhtem Personalbedarf) und Unwettereinsätzen.

		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	<b>40.000 €</b>				
<b>Summe:</b>	<b>40.000 €</b>				

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	

# **Dezernat IV**

**(Schule, Jugend und Kultur)**

- **Referat IV**
- **Amt 45**  
**(Amt für Kinder, Jugend und Schule)**
- **Kulturbetrieb**



## **Referat IV**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.024 Verwaltungsführung Dezernat IV	137 €	481.661 €	-481.524 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>137 €</b>	<b>481.661 €</b>	<b>-481.524 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

Unterstützung und Mitgestaltung der für die Bereiche Jugend, Schule und Kultur aufgestellten Ziele.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Das Referat IV der Stadtverwaltung Mülheim an der Ruhr wurde nicht von der GPA geprüft.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgenden Maßnahmebogen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 87</b>
<b>Dezernat:</b>	IV	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Referat IV	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>
Ansatzreduzierung Beitrag VWA	01.024

**Beschreibung der Maßnahme:**  
 (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Ansatzreduzierung Beitrag VWA durch Beendigung der Mitgliedschaft der Stadt Mülheim an der Ruhr an der VWA Oberhausen-Mülheim; das Verfahren zur Auflösung des VWA OB-MH e. V. läuft bereits.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>	-	-	-	-	-
	<b>investiv</b>	-	-	-	-	-

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	370 €	370 €	370 €	370 €	370 €
<b>Summe:</b>	370 €	370 €	370 €	370 €	370 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>	
X			

## **Amt 45 (Amt für Kinder, Jugend und Schule)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
03.010 Basisleistungen für Schüler/innen und Schulen	606.565 €	39.780.480 €	-39.173.915 €
03.020 Betreuungs- und Förderangebote	2.443.648 €	7.898.951 €	-5.455.303 €
03.030 Beratung und Schulaufsicht	64.567 €	1.637.763 €	-1.573.196 €
06.020 Bildung, Erziehung und Betreuung in und außerhalb von Kindertageseinrichtungen	15.433.441 €	33.426.357 €	-17.992.916 €
06.030 Förderung von Kindern und Jugendlichen in und außerhalb von Einrichtungen	580.357 €	3.282.986 €	-2.702.629 €
06.040 Erziehungsberatung	38.148 €	597.146 €	-558.998 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>19.166.726 €</b>	<b>86.623.683 €</b>	<b>-67.456.957 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

#### **Amtsebene:**

- Sicherung und Weiterentwicklung einer bildungsorientierten sowie kinder- und familienfreundlichen Stadt
- Expansion – Ausbau des schulischen Ganztages und der Kindertagesbetreuung nach den gesetzlichen Vorgaben/ Quoten des Landes NRW
- Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Infrastruktureinrichtungen in den Bereichen Schule und Jugendhilfe
- Prüfung von Effizienzsteigerungen und Synergieeffekten in den Leistungsbereichen des Amtes für Kinder, Jugend und Schule.

#### **03.010 Basisleistungen für Schüler/innen und Schulen**

- Bildungsentwicklungsplanung
- Medienentwicklungsplanung
- Anpassung der Schulinfrastruktur/ Gebäudekapazitäten an die demografische Entwicklung und an das sich veränderte Bildungsverhalten der Eltern.

### **03.020 Betreuungs- und Förderangebote**

- Bildungsentwicklungsplanung
- Wachsenden Bedarf an Betreuungs- und Förderangeboten in Übereinstimmung bringen mit den knapper werdenden Finanzmitteln.

### **03.030 Beratung und Schulaufsicht**

- Bildungsentwicklungsplanung
- Vernetzung der auf Förderung der Bildungschancen und soziale Inklusion zielenden Maßnahmen für Kinder, Jugendliche u. Familien mit und ohne Migrationshintergrund.

### **06.020 Bildung, Erziehung und Betreuung in und außerhalb von Kindertageseinrichtungen**

- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Ausbau von U 3- Plätzen
- Ausbau der Tagespflege (u. a. Aufbau von Pflegenestern)
- Erweiterung der Öffnungszeiten
- Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Early Excellenz Centre (EEC)
- Kindergartenbedarfsplan.

### **06.030 Förderung von Kindern und Jugendlichen in und außerhalb von Einrichtungen**

- Kinder- und Jugendförderplan 2010 – 2014
- Ergebnisse der Kinder- und Jugendbefragung
- Zukunft der Jugendherberge.

### **06.040 Erziehungsberatung**

- Steigender Beratungsbedarf für Familien mit Migrationshintergrund und bei Trennung und Scheidung
- Erhöhte Nachfrage der Beratungsleistungen im Rahmen der Arbeit mit Familienzentren
- Stärkere Kooperation der städt. EB mit den Erziehungsberatungsstellen der freien Träger.

## **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Das Amt für Kinder, Jugend und Schule ist nicht insgesamt von der GPA geprüft worden. Es sind einzelne Teilbereiche untersucht worden. Diese waren das Jugendamt insgesamt, die erzieherischen Hilfen und die Tagesbetreuung für Kinder noch auf Basis des GTK.

Bei der Erarbeitung der HSK- Maßnahmen sind die Möglichkeiten der Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht und Ideen aus den HSK- Maßnahmen anderer Städte (Oberhausen, Duisburg, Hagen, Bochum) geprüft worden und soweit es möglich und auf Mülheimer Verhältnisse übertragbar war, mit eingeflossen. Darüber hinaus sind zahlreiche eigene Ideen entwickelt worden.

#### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

##### **Vorbemerkungen:**

Bei den auf den nachfolgenden Seiten dargestellten Zahlen handelt es sich um sorgfältig hochgerechnete Zahlen auf Grundlage der Ist-Daten zum III. Quartal 2009 und der Planansätze 2009.

Die Basisleistungen der Schulen beinhalten überwiegend Leistungen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen (insbesondere § 79 Schulgesetz) wie z. B. Lern- und Lehrmittel, Schülerfahrkosten, Schülerversicherung, Sicherstellung der Sportunterrichts. Vor diesem Hintergrund reduziert sich das Gestaltungspotenzial des Schulträgers erheblich. Strategisch können in diesem Bereich nennenswerte Einsparungen nur über die Aufgabe von Schulgebäudekapazitäten erreicht werden.

Einzelheiten siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 88**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 45</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung des Elternbeitragsaufkommens / Kita

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

06.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Aufgrund des Kinderbildungsgesetzes – KiBiz - wurde vom Rat der Stadt Mülheim zum 01.08.2008 eine neue Elternbeitragsatzung erlassen. Von den Erziehungsberechtigten der untersten Einkommensstufe wird kein Beitrag gefordert (Inhaber des Mülheim-Passes). Ferner gilt eine Beitragsbefreiung bei Geschwisterkindern innerhalb aller Betreuungsangebote. Bemessungsgrundlage ist das zu versteuernde Einkommen und nicht die Summe der positiven Einkünfte.

Das Beitragsvolumen beträgt ca. 3,1 Mio. Euro pro Jahr.

Änderungen der Beitragsstaffelungen bzw. des Einkommensbegriffes können zu einer Erhöhung der Erträge in Höhe von **jeweils ca. 550.000 €** führen:

1. Erhebung eines Beitrages in der 1. Stufe (bisher 0 €) sowie Anhebung der übrigen Beiträge (siehe beigefügte Tabelle) oder
2. Umstellung des Einkommensbegriffs (Gesamtbetrag der positiven Einkünfte (alte gesetzliche Regelung nach GTK) statt zu versteuerndes Einkommen).

Hinweis: Die Veränderungen haben eine Satzungsänderung zur Folge!

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	230.000 €	550.000 €	550.000 €	550.000 €	550.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	230.000 €	550.000 €	550.000 €	550.000 €	550.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...  Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 89</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 45</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Erhöhung des Elternbeitragsaufkommens / OGS				03.020		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Aufgrund des Kinderbildungsgesetzes – KiBiz - wurde vom Rat der Stadt Mülheim zum 01.08.2008 eine neue Elternbeitragssatzung erlassen. Von den Erziehungsberechtigten der untersten Einkommensstufe wird kein Beitrag gefordert (Inhaber des Mülheim-Passes). Ferner gilt eine Beitragsbefreiung bei Geschwisterkindern innerhalb aller Betreuungsangebote. Bemessungsgrundlage ist das zu versteuernde Einkommen und nicht die Summe der positiven Einkünfte.</p> <p>Das Beitragsvolumen beträgt ca. 620.000 Euro pro Jahr.</p> <p>Änderungen der Beitragsstaffelungen bzw. des Einkommensbegriffes können zu einer Erhöhung der Erträge in Höhe von <b>jeweils ca. 170.000 €</b> führen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Erhebung eines Beitrages in der 1. Stufe (bisher 0 €) sowie Anhebung der übrigen Beiträge (siehe beigefügte Tabelle) oder</li> <li>2. Umstellung des Einkommensbegriffs (Gesamtbetrag der positiven Einkünfte (alte gesetzliche Regelung nach GTK) statt zu versteuerndes Einkommen).</li> </ol> <p>Hinweis: Die Veränderungen haben eine Satzungsänderung zur Folge!</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		<b>70.000 €</b>	<b>170.000 €</b>	<b>170.000 €</b>	<b>170.000 €</b>	<b>170.000 €</b>
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		<b>70.000 €</b>	<b>170.000 €</b>	<b>170.000 €</b>	<b>170.000 €</b>	<b>170.000 €</b>
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 90**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 45</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung des Einrichtungs- und Ausstattungsstandards der Mülheimer Schulen

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

03.010

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Einrichtungs- und Ausstattungsmittel für die Mülheimer Schulen sollen um 10 % reduziert werden. Betroffen sind insbesondere Mittel für die Erneuerung des Mobiliars und der sonstigen Ausstattungsgegenstände (Unterrichtsmittel).

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
<b>Summe:</b>	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 91</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	IV					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 45					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Budgetreduzierung Ferienfreizeiten und Ferienspiele			06.030			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Handlungsgrundlage in diesem Arbeitsbereich ist das 3. AG-KJHG - KJFöG §10 (1, 4.).						
Die Aufgaben umfassen:						
- verlässliche Betreuung in allen Ferien (Ostern, Sommer, Herbst),						
- Projektwochen zu Themen wie z. B. Zirkus, Jugendumweltmobil, Tennis, Theater, Bauernhof						
- mehrtägige Freizeiten.						
Durch die Maßnahme soll das Budget sukzessive um schließlich 20% gegenüber dem heutigen Niveau abgesenkt werden.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		7.750 €	15.500 €	23.250 €	31.000 €	31.000 €
<b>Summe:</b>		7.750 €	15.500 €	23.250 €	31.000 €	31.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 92

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	IV
Fachbereich:	Amt 45

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Zuschussreduzierung Jugendkultur

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

06.030

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Jugendkultur gehört zu einem Schwerpunkt der Kinder- und Jugendarbeit (3. AG-KJHG-KJFöG §10). Sie umfasst Angebote zur Förderung der Kreativität und Ästhetik. Jugendkultur ermöglicht jungen Menschen die Teilnahme am kulturellen Leben der Gesellschaft und trägt zur Entwicklung der Persönlichkeit bei. Die kulturellen Angebote in der Jugendarbeit (z. B. Voll die Ruhr) stellen eine Ergänzung zu kommerziellen Angeboten dar. Kinder und Jugendliche haben die Möglichkeit am Geschehen der Veranstaltungen zu partizipieren.

Durch die Maßnahme soll das Budget sukzessive um schließlich 20% gegenüber dem heutigen Niveau abgesenkt werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:					
Reduzierung von Aufwand:	2.950 €	5.900 €	8.850 €	11.800 €	11.800 €
<b>Summe:</b>	<b>2.950 €</b>	<b>5.900 €</b>	<b>8.850 €</b>	<b>11.800 €</b>	<b>11.800 €</b>

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 93</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	IV					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 45					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Reduzierung Zuschüsse für die Jugendarbeit			06.030			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die gesetzliche Grundlage ist § 11, 14 und 74 des achten Sozialgesetzbuches der Kinder- und Jugendhilfe (KJHG) und das 3. AG-KJKG-KJFöG § 12.						
Die Freien Träger tragen dazu bei, dass, unabhängig von sozialer Herkunft, geeignete Angebote vorgehalten werden, die die individuelle, soziale und kulturelle Entwicklung junger Menschen unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse fördern. Sie sind Partner für nicht unterrichtlich vermittelte Bildungsinhalte. Die Förderung der gesamten Jugendarbeit ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe des öffentlichen Trägers.						
Die Maßnahme umfasst die gestaffelte Kürzung der nachstehend genannten Zuschüsse:						
<u>20% Kürzung in 2013</u>						
- Freie Träger der Jugendhilfe (Jugendzentren)			316.000 €			
- Spielmobil (Träger AWO)			6.160 €			
- Freizeitmaßnahmen der Verbände			18.000 €			
- Stadtjugendring			12.700 €			
- Ring politischer Jugend			3.700 €			
- Präventiver Jugendschutz (GINKO)			12.040 €			
<b>Summe:</b>			<b>368.600 €</b>			
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
		92.150 €	184.300 €	276.450 €	368.600 €	368.600 €
<b>Summe:</b>						
		92.150 €	184.300 €	276.450 €	368.600 €	368.600 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 94

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	IV
Fachbereich:	Amt 45

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung Zuschuss präventiver Jugendschutz Stadt

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

06.030

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Gesetzliche Grundlage: 3. AG-KJHG-KJFöG §14. Das Gesetz umfasst den vorbeugenden Schutz junger Menschen vor gefährdenden Einflüssen, Stoffen und Handlungen. Das Zusammenwirken der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe, insbesondere mit den Schulen, der Polizei sowie den Ordnungsbehörden ist hier gefragt.

Durch die Maßnahme soll das derzeitige Budget bis 2013 sukzessive um 20 % abgesenkt werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:					
Reduzierung von Aufwand:	450 €	900 €	1.350 €	1.800 €	1.800 €
<b>Summe:</b>	<b>450 €</b>	<b>900 €</b>	<b>1.350 €</b>	<b>1.800 €</b>	<b>1.800 €</b>

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 95</b>		
				Haushaltsplanung 2010 ff.		
<b>Dezernat:</b>	IV					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 45					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Zuschussreduzierung Jugendstadtrat			06.030			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
<p>(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)</p> <p>Der Jugendstadtrat Mülheim an der Ruhr ist ein in der Hauptsatzung der Stadt verankertes Gremium, welches die Beteiligung von Jugendlichen am Geschehen in der Stadt strukturell festschreibt. Gesetzliche Aufträge hierzu finden sich im 3. AG-KJHG - KJFöG § 6 (1) und §10 (1,1).</p> <p>Durch die Maßnahme soll das Budget sukzessive um schließlich 20% gegenüber dem heutigen Niveau abgesenkt werden.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		400 €	800 €	1.200 €	1.600 €	1.600 €
<b>Summe:</b>		400 €	800 €	1.200 €	1.600 €	1.600 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 96

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	IV
Fachbereich:	Amt 45

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung Schwerpunktförderung

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

06.030

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Mit der Schwerpunktförderung gilt es:

- unterversorgte Stadtteile zu berücksichtigen und entsprechende Angebote für die jeweilige Zielgruppe vorzuhalten.
- Großveranstaltungen wie z. B. AGOT Powertag und Let's Dance zu ermöglichen.
- aktuelle Bedarfslagen bei Jugendlichen zu erkennen und entsprechende Angebote zu entwickeln.
- neue Schwerpunkte, die nicht zum Standardleistungsangebot der Jugendzentren zählen, zu setzen.

Durch die Maßnahme soll das Budget sukzessive um schließlich 20% gegenüber dem heutigen Niveau abgesenkt werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:					
Reduzierung von Aufwand:	1.125 €	2.250 €	3.375 €	4.500 €	4.500 €
<b>Summe:</b>	<b>1.125 €</b>	<b>2.250 €</b>	<b>3.375 €</b>	<b>4.500 €</b>	<b>4.500 €</b>

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 97</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	IV					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 45					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Reduzierung Spielpädagogischer Dienst			06.030			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Nach dem Bundesbaugesetz sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne u. a. die Belange der Jugendförderung, des Sports, der Freizeit und der Erholung sowie die sozialen Belange der Bevölkerung zu berücksichtigen.</p> <p>Der „Spielpädagogische Dienst“ übt unter anderem die pädagogische Fachaufsicht über die 101 öffentlichen Spielplätze in Mülheim an der Ruhr aus.</p> <p>Die Gewinnung und Betreuung sowie Beratung und Unterstützung von „Spielplatzpaten“ ist eine Aufgabe, die durch den „Spielpädagogischen Dienst“ wahrgenommen wird. Zur Zeit sind 52 Spielplatzpaten ehrenamtlich tätig. Die Spielplatzpaten stehen vor Ort den Kindern und Eltern als Ansprechpartner zur Verfügung. Darüber hinaus geben sie Anregungen, Kritik und evtl. Schadensfälle dem „Spielpädagogischen Dienst“ bekannt, welcher diese an die entsprechenden Institutionen weiterleitet.</p> <p>Durch die Maßnahme sollen die Sachkosten im Spielpädagogischen Dienst sukzessive um schließlich 20% abgesenkt werden.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		315 €	630 €	945 €	1.260 €	1.260 €
<b>Summe:</b>		315 €	630 €	945 €	1.260 €	1.260 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 98

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	IV
Fachbereich:	Amt 45

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Einsparung bei den zwei städt. Jugendzentren

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

06.030

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die gesetzliche Grundlage ist § 11 und 74 des achten Sozialgesetzbuches der Kinder- und Jugendhilfe (KJHG) und das 3.AG-KJKG-KJFöG § 12.

Die Jugendzentren als Orte außerschulischer Bildung sollen die individuelle, soziale und kulturelle Entwicklung junger Menschen unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse, unabhängig von sozialer Herkunft, durch geeignete Angebote fördern.

Durch die Maßnahme sollen die Sachkosten der Einrichtungen sukzessive schließlich um 20% gegenüber dem heutigen Niveau gesenkt werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:					
Reduzierung von Aufwand:	900 €	1.800 €	2.700 €	3.600 €	3.600 €
<b>Summe:</b>	<b>900 €</b>	<b>1.800 €</b>	<b>2.700 €</b>	<b>3.600 €</b>	<b>3.600 €</b>

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 99</b>		
				Haushaltsplanung 2010 ff.		
<b>Dezernat:</b>	IV					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 45					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Teilnehmerbeiträge bei Ferienspielen erhöhen			06.030			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Der Teilnahmebeitrag soll von 10 € auf 15 € die Woche erhöht werden.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		13.000 €	13.000 €	13.000 €	13.000 €	13.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		13.000 €	13.000 €	13.000 €	13.000 €	13.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Jugendhilfeausschuss				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 100**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 45</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Aufgabe der städtischen Jugendherberge

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

06.030

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die städtische Jugendherberge erfüllt über ihren eigenen Zweck hinaus die Funktion außerschulischer Bildung. Unterschiedlichste Gruppen (Schulklassen, Gruppen aus Tageseinrichtungen, Chöre, Orchester, Vereine, etc.) nutzen die Räumlichkeiten, um dort kostengünstig mit jungen Menschen soziale, künstlerische und pädagogische Angebote durchzuführen.

Die Jugendherberge erfüllt nicht mehr den Standard des Deutschen Jugendherbergswerks und wurde aus deren Vertriebskatalog gestrichen. Eine investive Aufrüstung des Standortes ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Preiswerte Übernachtungen für Jugendliche werden durch Dritte in Mülheim (z. B. Naturfreundehaus) geboten.

Die Einrichtung soll nicht weiter städtisch betrieben werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	132.000 €	132.000 €	132.000 €	132.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	132.000 €	132.000 €	132.000 €	132.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 101</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 45</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Reduzierung der Pauschale für Kooperationspartner in der Offenen Ganztagschule				03.020		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Den freien Trägern der Offenen Ganztagschule wird gemäß einer Rahmenvereinbarung pro Betreuungsgruppe ein Zuschuss in Höhe von 4.500 € pro Gruppe für Kooperationspartner im Nachmittagsbereich gewährt. Insgesamt werden den freien Trägern sowie den Schulen in städtischer Trägerschaft für diese Position im Jahr 2010 ff. ein Betrag von rund 360.000 € zur Verfügung gestellt.						
Durch eine Reduzierung der Pauschale für Kooperationspartner auf 2.000 € pro Gruppe würde in 2010 eine Einsparung in Höhe von 83.300 € und ab 2011 in Höhe von 200.000 € pro Jahr erzielt. Aufgrund der für das Schuljahr 2009/ 2010 mit den jeweiligen Kooperationspartnern bestehenden Verträgen kann eine Umsetzung der Maßnahme erst zum Schuljahr 2010/ 2011 - also erst ab dem 01.08.2010 - erfolgen.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		83.300 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €
<b>Summe:</b>		83.300 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 102**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 45</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung der Ersatzbeschaffungen in der Offenen Ganztagschule (z. B. Möbel etc.)

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

03.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Im Schuljahr 2009/ 2010 werden rund 1.858 Kinder in 79 Betreuungsgruppen betreut. Mit Einführung der Offenen Ganztagschule im Schuljahr 2003/ 2004 hat die Stadt Mülheim an der Ruhr für die Durchführung der Offenen Ganztagschule landesweit einzigartige Rahmenbedingungen geschaffen. Sowohl die personelle als auch räumliche Ausstattung der Offenen Ganztagschulen ermöglicht eine optimale pädagogische Bildungsarbeit.

Im Haushaltsplan des Amtes 45 wurde für 2010 ff. ein Betrag in Höhe von 40.000 € u. a. für Ersatzbeschaffungen oder Reparatur von Möbeln in der Offenen Ganztagschule veranschlagt. Dieser Betrag soll um die Hälfte reduziert werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
<b>Summe:</b>	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

**X**

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 103</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	IV					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 45					
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>			<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>			
Reduzierung der Sachkostenpauschale in der Offenen Ganztagschule			03.020			
<b>Beschreibung der Maßnahme:</b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Den freien Trägern der Offenen Ganztagschule wird gemäß einer Rahmenvereinbarung pro Betreuungsgruppe ein Sachkostenzuschuss in Höhe von 1.000 € pro Gruppe gewährt. Insgesamt wird den freien Trägern sowie den Schulen in städtischer Trägerschaft für diese Position im Jahr 2010 ff. ein Betrag von rund 80.000 € zur Verfügung gestellt. Durch eine Reduzierung der Sachkostenpauschale auf 500 € pro Gruppe würde ab 2010 eine Einsparung in Höhe von 16.700 € und ab 2011 ff in Höhe von 40.000 € pro Jahr erzielt. Aufgrund der im Schuljahr 2009/ 2010 bereits getätigten Auszahlung der Sachkostenpauschale an die jeweiligen Träger bzw. Schulen kann eine Umsetzung der Maßnahme erst zum Schuljahr 2010/ 2011 - also erst ab dem 01.08.2010 - erfolgen.</p> <p>Die Sachkostenpauschale i. H. v. derzeit 1.000 € pro Betreuungsgruppe (durchschnittlich 25 Kinder) dient den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der OGS dazu, die notwendigen Materialien für das tägliche Betreuungsangebot zu finanzieren. Aus der Sachkostenpauschale wird neben den erforderlichen Spiel- und Bastelmaterialien für die Nachmittagsangebote auch die Durchführung der Ferienbetreuung (jährlich ca. 7 Wochen) finanziert.</p>						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b>Konsolidierungsbeitrag:</b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		16.700 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
<b>Summe:</b>		16.700 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
<b>Beschluss notwendig?</b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 104

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 45</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung des Personalschlüssels in der Offenen Ganztagschule

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

03.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 06.03.2008 den Personalschlüssel für die Offene Ganztagschule (OGS) gesenkt und - mit der Maßgabe der Unveränderlichkeit für die Zukunft - die Personalausstattung in der Offenen Ganztagschule ab der zweiten Betreuungsgruppe auf 1,75 Stellen pro Betreuungsgruppe und ab der dritten Betreuungsgruppe auf 1,5 Stellen festgesetzt. Der Personalschlüssel von 2,0 Stellen für die erste Betreuungsgruppe blieb bestehen.

Zum Schuljahr 2010/2011 soll der Personalschlüssel bei der zweiten Betreuungsgruppe von derzeit 1,75 Stellen auf 1,5 Stellen reduziert werden. Da zum Schuljahr 2010/2011 insgesamt 28 Zweitgruppen in der Offenen Ganztagschule bestehen, können durch die Personalschlüsselreduzierung insgesamt 7 Vollzeitstellen eingespart werden.

Den freien Trägern der Offenen Ganztagschule wird gemäß einer Rahmenvereinbarung pro Ganztagsstelle ein Personalkostenzuschuss in Höhe von 46.200,00 € gewährt. Aufgrund der für das Schuljahr 2009/2010 mit den freien Trägern bestehenden Rahmenvereinbarung kann eine Umsetzung der Maßnahme erst zum Schuljahr 2010/2011 - also erst ab dem 01.08.2010 - erfolgen. Durch die o. g. Reduzierung des Personalschlüssels ab dem Schuljahr 2010/2011 würde ab 2010 eine Einsparung in Höhe von 134.750,00 € € und ab 2011 ff in Höhe von 323.400,00 € pro Jahr erzielt.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	134.750 €	323.400 €	323.400 €	323.400 €	323.400 €
<b>Summe:</b>	134.750 €	323.400 €	323.400 €	323.400 €	323.400 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>Dezernat:</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>IV</b></td> </tr> <tr> <td><b>Fachbereich:</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Amt 45</b></td> </tr> </table>				<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>	<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 45</b>	<b>Maßnahme Nr. 105</b>		
				<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 45</b>									
				Haushaltsplanung 2010 ff.						
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b> Abbau von Schulgebäudekapazitäten im Rahmen der Bildungsentwicklungsplanung				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>  03.010						
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b> (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)										
Im Vorgriff auf die anstehende Bildungsentwicklungsplanung geht die Fachverwaltung aufgrund der demographischen Entwicklung davon aus, dass insgesamt 8 Schulgebäude/Grundstücke sowie insgesamt 8 Container an 5 Standorten innerhalb des Konsolidierungszeitraumes aufgegeben werden können.										
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
	konsumtiv									
	investiv									
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
Erhöhung von Erträgen:										
Reduzierung von Aufwand:		36.000 €	151.000 €	260.000 €	910.000 €	910.000 €				
<b>Summe:</b>		<b>36.000 €</b>	<b>151.000 €</b>	<b>260.000 €</b>	<b>910.000 €</b>	<b>910.000 €</b>				
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>										
nein:		ja, von...								
		Rat der Stadt								

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 106</b>
<b>Dezernat:</b>	IV	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 45	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Wegfall des Sozialfonds zur Schulwegbewältigung von Förderschülern	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>  03.010
--	--

### **Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

In seiner Sitzung am 06.06.2002 hat der Rat der Stadt einen Sozialfonds zur Schulwegbewältigung der Primarstufenschüler an Förderschulen eingerichtet. Diese Aufgabe ist freiwillig. Es werden überwiegend Schüler des 1. und 2. Schuljahres unterstützt, die aufgrund ihrer Wahrnehmungs- und Orientierungsstörungen nicht in der Lage sind, ihren Schulweg allein zu bewältigen. Die Unterstützung erfolgt durch individuelle Maßnahmen der Schulen (z. B. Einsatz eines Kleinbusses oder Taxen in besonderen Fällen).

Diese Unterstützung soll künftig entfallen bzw. die Schulen sollen im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten und auch durch entsprechende Beratung der Erziehungsberechtigten den regelmäßigen und pünktlichen Schulbesuch unterstützen.

### **evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

### **Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	9.375,00	22.500,00	22.500,00	22.500,00	22.500,00
<b>Summe:</b>	9.375,00	22.500,00	22.500,00	22.500,00	22.500,00

### **Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>
		Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 107</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 45</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b> Erhöhung des Verpflegungsentgeltes in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder (Kostendeckung 100%)			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b> 06.020			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b> (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)  In der Satzung für die Einrichtungen des Jugendamtes der Stadt Mülheim an der Ruhr vom 16.2.2006 wurde das Verpflegungsentgelt für die Mittagsverpflegung in den Tageseinrichtungen für Kinder auf jährlich 729,60 EUR mit mtl. Raten von 60,80 EUR (3,20 € pro Mahlzeit) festgesetzt. Inhaber des MülheimPasses zahlen jährlich 307,80 EUR mit mtl. Raten von 25,65 EUR (1,35 € pro Mahlzeit).  Der Kostendeckungsgrad für das volle Verpflegungsentgelt beträgt ca. 75% der entstehenden Kosten. Er soll künftig kostendeckend gestaltet werden.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		280.000 €	672.000 €	672.000 €	672.000 €	672.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		280.000 €	672.000 €	672.000 €	672.000 €	672.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>					
	Rat der Stadt					



## Kulturbetrieb

### 1. Grunddaten

Produktgruppe / Bezeichnung	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis
04000 Kulturbüro	632.150 €	2.024.038 €	1.391.888 €
04100 Theater- + Konzertbüro	758.800 €	2.579.174 €	1.820.374 €
04300 Musikschule	1.421.600 €	2.702.109 €	1.280.509 €
04400 VHS	1.100.840 €	2.840.299 €	1.739.459 €
04500 Bibliothek	1.723.900 €	4.880.936 €	3.157.036 €
04600 Archiv	287.500 €	892.259 €	604.759 €
04700 Museum	73.900 €	1.177.465 €	1.103.565 €
04999 Außerbetr. Zahlungsströme	670.000 €	670.000 €	0 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>6.668.690 €</b>	<b>17.766.280 €</b>	<b>11.097.590 €</b>

### 2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung

Vor dem Hintergrund des bereits seit einigen Jahren auf unsere Stadt lastenden Konsolidierungsdrucks ist es für den Kulturbetrieb zu einer ständigen Herausforderung geworden,

- eine noch höhere wirtschaftliche Effizienz zu erreichen und
- seine Kosten-Nutzen-Relation stets weiter zu optimieren.

Verstanden explizit als ein Haushaltskonsolidierungsprogramm (vom Rat 2002 mit einer Gegenstimme beschlossen und mit drei 3 Enthaltungen 2008 fortgeschrieben) hat man sich auf die kulturelle Grundversorgung resp. kulturelle Bildung durch die öffentlich geförderten Institute und eine Schwerpunktsetzung auf die Entwicklung der Theaterstadt verständigt.

„Für eine familienfreundliche und zukunftsorientierte Kulturstadt ist die weitere optimierte Entwicklung und die Vernetzung der folgenden bestehenden Kultureinrichtungen und Veranstalter: Stadtbibliothek/ MedienHaus, Stadtarchiv/ Haus der Stadtgeschichte, Musikschule, Städtische Museen, Bürgerbegegnungsstätten, Volkshochschule, Theater an der Ruhr, Ringlokschuppen, Theaterfestivals und Schultheater zielorientiert voranzutreiben.“

### 3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht

1. Alle kulturellen Bereiche auf Möglichkeiten der Kostenreduzierung untersuchen unter vorrangigem Einbezug der Themen Standards und interkommunale Zusammenarbeit. Diese Überlegungen sind insbesondere für den Zuschussbedarf für die Theater an der Ruhr GmbH anzustellen.

**Fazit:** Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Jahresergebnisse ist es unumgänglich, über die künftige Qualität und Vielfalt des Kulturprogramms - bis hin zur Schließung von Einrichtungen – politisch zu entscheiden, wenn weitere nennenswerte Kostenreduzierungen von Seiten des Kulturbetriebs gefordert werden. Gleiches gilt für das Theater an der Ruhr.

2. Den in den 90er Jahren begonnenen Stellenabbau in der Stadtbücherei konsequent weiterverfolgen.

**Fazit:** Eine weitere Reduzierung des Personals kann insbesondere auch im Hinblick auf den großen Bürgerzuspruch in der neuen Zentralbibliothek im MedienHaus nicht in Betracht kommen.

3. Es sollte geprüft werden, ob angesichts der Haushaltslage der Verzicht auf Außenstellen realisiert wird.

**Fazit:** siehe nachfolgenden Maßnahmebogen.

**Auswirkungen (geschätzt) finanziell (€/a):** Dem Sachaufwand (ohne Berücksichtigung des Gebäudeaufwandes) von durchschnittlich 14.000 € pro kombinierter Schul- und Stadtteilbücherei stehen durchschnittliche Einnahmen von 9.000 € gegenüber, somit ein Saldo von 5.000 € für eine „Außenstelle“.

Die Sachkosten des Bücherbusses belaufen sich auf ca. 43.000 € p.a., die Einnahmen durch Gebühren auf ca. 5.000 € p.a.

**(geschätzt) personell (Stellen):** Insgesamt 11 Stellen in den kombinierten Schul- und Stadtteilbüchereien zzgl. drei Stellen für den Bücherbus.

4. Bezüglich des hohen Stellenvolumens je 1.000 Einwohner sollte eine erweiterte Öffnung auch an Samstagen in Betracht gezogen werden.

**Fazit:** Dieser Vorschlag ist obsolet. Das MedienHaus ist an sechs Tagen in der Woche geöffnet.

5. Es sollte geprüft werden, ob für besondere Angebote (Bestseller, DVD, CD u.a.) Gebühren erhoben werden können.

**Fazit:** Dem Vorschlag kann bezüglich der Bestseller aus fachlicher Sicht zugestimmt werden.

6. Sollte das JeKi-Projekt nicht mit den bereits vorhandenen Lehrkräften durchgeführt werden können, sollten zusätzliche Lehrkräfte aus Honorarbasis beschäftigt werden oder allenfalls befristet eingestellt.

**Bereits eingeleitete Schritte:** In der Startphase des Projekts „Jedem Kind ein Instrument“ hat die Musikschule auf das vorhandene Personal zurückgegriffen. Dies war

möglich, da die hierzu erforderlichen Kapazitäten durch die im Bereich „Musikalische Grundausbildung“ frei gesetzten personellen Ressourcen aufgefangen werden konnten. Zwischenzeitlich sind etliche arbeitsvertragliche Unterrichtdeputate des vorhandenen Personals befristet angehoben und zusätzliche Lehrkräfte befristet eingestellt worden. Zum Einsatz kämen entsprechend den gesetzten Standards des Bochumer Projektbüros grundsätzlich angestellte Lehrkräfte nach TVöD-Entgeltgruppe.

7. Es wird empfohlen über die Gebührenordnung Anreize zum Besuch des Gruppenunterrichts zu schaffen und vermehrt auf den Gruppenunterricht zu setzen.

**Bereits eingeleitete Schritte:** Der Vorschlag ist mit Neufassung der Satzung der Musikschule bereits umgesetzt.

8. Es sollte neben den rechtlichen Aspekten in Zusammenhang mit der Beschäftigung von Honorarkräften und einer möglichen Ausweitung ihres Anteils auch über eine Anpassung der Honorarsätze als Leistungs- und Motivationsanreiz nachgedacht werden. So kann ein deutliches Potenzial bei den Personalkosten erzielt werden.

**Fazit:** siehe nachfolgenden Maßnahmebogen.

9. Im Bereich der Gebührenanpassung bestehen bei allen Unterrichtsformen weitere Potenziale. Hier sollte zunächst die aktuelle Entwicklung nach der letzten Erhöhung zum 01.05.2007 zeitnah analysiert werden.

**Bereits eingeleitete Schritte:** Der Vorschlag wurde mit der Neufestsetzung der Entgelte für die Musikschule mit Wirkung zum 1.1.2009 bereits umgesetzt.

10. Eine Minimierung des Einzelunterrichtes zu Gunsten des Gruppenunterrichtes kann mittel- bis langfristig eine moderate Einnahmeverbesserung bzw. eine Verringerung des Zuschussbedarfes bewirken.

**Bereits eingeleitete Schritte:** Der Vorschlag wurde mit der Neufassung der Satzung der Musikschule, die am 1.1.2009 in Kraft getreten ist, sowie zeitgleiche Neufestsetzung der Entgelte für die Musikschule bereits umgesetzt

11. Steuerungsmöglichkeiten hinsichtlich des Zuschussbedarfs je Teilnehmer:

Festsetzung eines Mindestdeckungsbeitrages für Kurse und Seminare hinsichtlich der Honorare und Fahrtkosten. Hier sollte ein Verwaltungskostenanteil in den Kostendeckungsbeitrag mit einbezogen werden. Analyse und Stärkung der Bereiche, die einen hohen Deckungsbeitrag haben. Überprüfung der Mindestteilnehmerzahl, um Kurse durchführen zu können. Interkommunale Kooperation ausbauen, um zusätzliche Kursteilnehmer für schwach besuchte Kurse zu gewinnen.

**Bereits eingeleitete Schritte:** Eine Deckungsbeitragsrechnung ist bereits eingeführt. Ein Verwaltungskostenanteil wird eingerechnet. Es wird differenziert nach Sparten und Programmbereichen analysiert. Die Mindestteilnehmerzahlen variieren von Kurs zu Kurs. Bei der Planung werden die als Ziel vorgegebenen Deckungsbeiträge errechnet. Interkommunale Kooperation wird seit Jahren weiter ausgebaut.

<p>12. Aufgrund der Tatsache, dass auch ausgefallene Kurse Kosten verursachen, sollten Zielvereinbarungen zwischen Fachbereichsleitung und VHS-Leitung getroffen werden, wie das Angebot stärker nachfrageorientiert gestaltet werden kann.</p> <p><b><u>Bereits eingeleitete Schritte:</u></b> Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.</p>
<p>13. Im Bereich der Auftragsmaßnahmen sollte die Kostenrechnung weiter ausgebaut werden, welche die Deckungsbeiträge der verschiedene Bereiche ausweist.</p> <p><b><u>Bereits eingeleitete Schritte:</u></b> Der Vorschlag ist bereits umgesetzt.</p>
<p>14. Verzicht auf Wiederbesetzung mindestens einer der im Jahr 2008 freiwerdenden HPM-Stellen.</p> <p><b><u>Bereits eingeleitete Schritte:</u></b> Der Vorschlag ist bereits umgesetzt.</p>
<p>15. Gebührenerhöhung auf mindestens 2,00 € je UE als Basistarif gem. § 2 (1)a der Entgeltordnung.</p> <p><b><u>Bereits eingeleitete Schritte:</u></b> In der Planung 2010 ist der erhöhte Ecksatz bereits berücksichtigt. Dabei wird vorausgesetzt, dass der Rat der Stadt die Änderung der Entgeltordnung beschließen wird.</p>

#### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Dezernat:</td> <td style="width: 50%;">IV</td> </tr> <tr> <td>Fachbereich:</td> <td>KB</td> </tr> </table>				Dezernat:	IV	Fachbereich:	KB	Maßnahme Nr. 108		
				Dezernat:	IV					
Fachbereich:	KB									
				Haushaltsplanung 2010 ff.						
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>				<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>						
Wegfall der Gewährung von Geschwisterermäßigungen				2.04.300 Musikschule						
<b>Beschreibung der Maßnahme:</b>										
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)										
<p>Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Musikschule sehen für das 2. Kind einer Familie eine Gebührenermäßigung in Höhe von 20%, für das 3. Kind von 30% vor. Für das 4. und jedes weitere Kind wird eine Ermäßigung in Höhe von 50% gewährt.</p> <p>Ein Wegfall dieser Vergünstigungen für die Nutzer führt zu einer jährlichen Mehreinnahme in Höhe von rd. 20.000 Euro. Da die Bedürftigkeit der Familien - im Gegensatz zu den Sozialermäßigungen - bei der Geschwisterermäßigung nicht geprüft wird, ist zz. nicht abzuschätzen, ob diese Maßnahme prohibitiv wirken könnte.</p>										
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
	konsumtiv									
	investiv									
<b>Konsolidierungsbeitrag:</b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		10.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €				
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>										
<b>Summe:</b>		10.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €				
<b>Beschluss notwendig?</b>										
nein:		ja, von...								
		Rat der Stadt								

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 109

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	IV
Fachbereich:	KB

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Einführung eines Entgeltes für nicht in Mülheim wohnende Schüler/innen

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

2.04.300 Musikschule

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Von vielen Städten wird bei Schüler/innen, die ihren Wohnsitz nicht im Gebiet der Gemeinde haben, ein sogen. Auswärtigenzuschlag auf die jeweiligen Unterrichtsentgelte in Rechnung gestellt. Derzeitig nutzen ca. 70 auswärtige Teilnehmer/innen die Angebote der Musikschule. Mit der Einführung eines Zusatzentgeltes in Höhe von 6 Euro monatlich könnte eine Mehreinnahme in Höhe von rd. 5.000 Euro p. a. erzielt werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:	2.500 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Reduzierung von Aufwand:					
<b>Summe:</b>	<b>2.500 €</b>	<b>5.000 €</b>	<b>5.000 €</b>	<b>5.000 €</b>	<b>5.000 €</b>

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 110</b>		
<b>Dezernat:</b>				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
IV						
<b>Fachbereich:</b>						
KB						
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Innerbetriebliche Umstrukturierung der Fachbereiche in der Musikschule				2.04.300 Musikschule		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Die Musikschule plant infolge alterbedingter Fluktuation eine innerbetriebliche Umstrukturierung ihrer Fachbereiche, die zu einer Personalreduzierung führen wird. Darüber hinaus sollen im Unterrichtsbereich Honorarkräften im begrenzten Rahmen eingesetzt werden, wie es an den vielen Musikschulen in Deutschland bereits gängige Praxis ist. Dadurch können in den Bereichen Vertretungen, Spitzenabdeckungen und Kleindeputaten flexiblere Reaktionen erfolgen und gleichzeitig Personalkosten eingespart werden.</p> <p>Eine Steigerung des Entgeltaufkommens wird durch die Reduzierung des kostenfreien Ergänzungsunterrichts für Schüler/innen und Deputatsermäßigungen für besondere Aufgaben der Lehrkräfte möglich:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Instrumentalbereich: Reduzierung des für Schüler/innen entgeltfreien Ergänzungsunterrichts „Kammermusikstunden“</li> <li>- Grundstufe: Abschaffung von Regiezeiten z.B. zur Herrichtung von Unterrichtsräumen in den Außenstellen</li> <li>- Reduzierung von Ausgleichsstunden für übervertragliche Leistungen</li> </ul> <p>Hierzu ist eine mit dem Personalrat abzustimmende Neufassung der gültigen „Dienstvereinbarung über den Abbau des Ferienüberhangs“ vom 01.07.1999 erforderlich.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		20.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	50.000 €	100.000 €	210.000 €	210.000 €
<b>Summe:</b>		20.000 €	90.000 €	140.000 €	250.000 €	250.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Betriebsausschuss Kulturbetrieb				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 111**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Raumoptimierung bei öffentlichen Konzerten

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

2.04.300 Musikschule

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Im Hinblick auf die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen strebt die Musikschule eine Kooperation mit allgemeinbildenden Schulen und anderen Trägern an. Hierdurch könnte die bislang angefallenden Mietaufwendungen reduziert werden. Auch die neuen Räumlichkeiten der Musikschule in der bis Ende 2010/Anfang 2011 umgebauten ehemaligen Augenheilstalt werden zu einer weiteren Reduzierung der Mieten beitragen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	15.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
<b>Summe:</b>	15.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 112</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	IV					
<b>Fachbereich:</b>	KB					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Reduzierung des Angebotes um 1/3			2.04.400 VHS			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Durch die Absenkung des Angebotes der Volkshochschule bei gleichzeitiger Reduzierung der Personalausstattung können Personalaufwendungen in Höhe von rd. 410.000 Euro sowie Sachaufwendungen in Höhe von rd. 40.000 Euro eingespart werden. Das derzeitige Angebot würde dabei um ca. 1/3 reduziert. Die Landesförderung für die HPM bliebe gesichert. Hierbei ist zu beachten, dass die VHS zzt. Gespräche mit dem Direktor der Hochschule Ruhr-West über eine Kooperation führt. Es wird verhandelt, ob die VHS eine Art „studium generale“ nach den Bedürfnissen der Studenten insbesondere im (fachlichen) Englisch anbieten wird. Der Beginn dieser Kooperation wäre noch im Frühjahr 2010. Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass das Beratungsunternehmen Going, Aachen, beauftragt worden ist, die VHS auf mögliche Optimierungspotenziale durch eine Kooperation mit der Oberhausener Volkshochschule zu untersuchen. Das hierzu erwartete Gutachten wird in Kürze vorliegen. Möglicherweise ergeben sich aus den beiden vorgenannten Vorgängen Veränderungen für die beschriebene HSK-Maßnahme.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	230.000 €	450.000 €	450.000 €	450.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	230.000 €	450.000 €	450.000 €	450.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Bildungsausschuss und Betriebsausschuss Kulturbetrieb				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 113

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	IV
Fachbereich:	KB

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung des Deckungsbeitrages durch Entgelterhöhung

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

2.04.400 VHS

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Bei 4.000 Unterrichtsstunden je HPM wird das Bildungsangebot in beruflicher und kultureller Bildung, Fremdsprachen usw. mit ca. 16.000 Unterrichtsstunden fortgeführt. Die Entgelte werden so kalkuliert, dass ein Deckungsbeitrag von 10 Euro je Unterrichtsstunde, also insgesamt 160.000 Euro, zur Deckung der Fixkosten-Kosten erwirtschaftet wird. Hieraus resultiert letztendlich eine jährliche Ergebnisverbesserung in Höhe von 110.000 Euro.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:	12.500 €	50.000 €	75.000 €	110.000 €	110.000 €
Reduzierung von Aufwand:					
<b>Summe:</b>	<b>12.500 €</b>	<b>50.000 €</b>	<b>75.000 €</b>	<b>110.000 €</b>	<b>110.000 €</b>

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>Dezernat:</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>IV</b></td> </tr> <tr> <td><b>Fachbereich:</b></td> <td style="text-align: center;"><b>KB</b></td> </tr> </table>				<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>	<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>	<b>Maßnahme Nr. 114</b>		
				<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>									
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>						
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>						
Langfristige Vermietungen der freiwerdenden Räume				2.04.400 VHS						
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>										
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)										
Durch die in der vorgenannten HSK-Maßnahme vorgeschlagene Angebotskürzung werden Schulungsräume im VHS-Gebäude an der Bergstraße freigezogenen, die dann langfristig vermietet werden könnten. Hierdurch würden zusätzliche Einnahmen in Höhe von 40.000 Euro p. a. erzielt.										
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
	<b>konsumtiv</b>									
	<b>investiv</b>									
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		0 €	0 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €				
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>										
<b>Summe:</b>		0 €	0 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €				
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>										
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>								
<input checked="" type="checkbox"/>										

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 115**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung des Entgeltaufkommens um 100 %

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

2.04.500 Bibliothek

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die jetzigen Entgelte für die Büchereicard betragen: 10,00 Euro für 12 Monate, 6,50 Euro für 6 Monate, 3,50 Euro für 3 Monate und 1,50 Euro für einen Tag. Eine Verdopplung dieses Entgelts führt zu einer jährlichen Einnahmeverbesserung in Höhe von rd. 50.000 Euro. Die Erinnerungsgebühr in Höhe von 1,30 Euro soll auf 2 Euro erhöht werden. Ebenso sollen die anderen Versäumnisentgelte - zzt. in Höhe von 1 Euro bis 2,50 Euro - um rd. 50 % angehoben werden. Hieraus resultiert rechnerisch eine Mehreinnahme von rd. 35.000 Euro p.a. Als weitere Maßnahme ist die Einführung eines Ausleihentgeltes für Medien vorgesehen, die sich auf den aktuellen Bestsellerlisten befinden. Bei der Ausleihverbuchung dieser besonders gekennzeichneten Medien, werden die Kundenkonten mit einem Euro Ausleihgebühr pro Medium belastet. Die hieraus resultierende Einnahme beträgt rd. 5.000 Euro p.a.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	45.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	45.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 116</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	IV					
<b>Fachbereich:</b>	KB					
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Aufgabe des dezentralen Zweigstellensystems oder der Fahrbücherei			<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b> 2.04.500 Bibliothek			
<b>Beschreibung der Maßnahme:</b> (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Die Maßnahme umfaßt die Umwandlung der heutige Schul- und Stadtteilbüchereien in Heißen (Schulzentrum Kleiststraße), Speldorf (Gemeinschaftshauptschule an der Frühlingstraße), Styrum (Willy-Brandt-Schule) und Dümpten (Gustav-Heinemann-Schule) in sozialräumliche Kommunikationszentren.</p> <p>Die Angebote im Bereich Kultur, Bildung, Sport, Jugend und Soziales müssen sich an den sozialräumlichen Bedarfen in den Stadtteilen orientieren. Diese Ausrichtung ist in der Umsetzung - mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung - nur dann realisierbar, wenn die städt. Liegenschaften in den Stadtquartieren sinnvoll genutzt werden. Hierfür wird eine Projektgruppe die notwendigen Schritte vornehmen.</p> <p>Alternativ zur Veränderung der heutigen Stadtteilbibliotheken kann über die Aufgabe der heutigen Fahrbücherei, also die Aufgabe des Bücherbusses erwogen werden. Dies würde im Jahr 2013 aber nur eine jährliche Einsparung von ca. 190.000 € gegenüber dem Status quo bedeuten.</p>						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	225.000 €	225.000 €	700.000 €	700.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	225.000 €	225.000 €	700.000 €	700.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 117**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Aufgabe der Veranstaltungsreihen der Bibliothek

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

2.04.500 Bibliothek

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Veranstaltungsreihe Mülheimer Kinderfilm- und Kinderbuchtage - kurz MüKiKiTa genannt - wird seit 30 Jahren in der Stadtbibliothek angeboten und ist heute in der Bevölkerung etabliert.

Die Veranstaltungsreihe "Herbstblätter" wird seit einigen Jahren in der Stadtbibliothek angeboten und erfreut sich einer großen Beliebtheit.

Beide Veranstaltungsreihen sollen aufgegeben werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	-18.000 €	-18.000 €	-18.000 €	-18.000 €	-18.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	27.000 €	28.000 €	28.000 €	28.000 €	28.000 €
<b>Summe:</b>	9.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Betriebsausschuss Kulturbetrieb

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 118</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Reduzierung des Angebotes des Medienzentrums			2.04.500 Bibliothek			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Die rechtliche Basis für die kommunalen Medienzentren in Nordrhein-Westfalen findet sich im § 79 SchulG: „Der Schulträger ist verpflichtet, die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen und Lehrmittel bereitzustellen und zu unterhalten sowie das für die Schulverwaltung notwendige Personal und eine am allgemeinen Stand der Technik und Informationstechnologie orientierte Sachausstattung zur Verfügung zu stellen.“</p> <p>Dieses „Bereitstellen von Lehrmitteln“ - die Medienversorgung also – wird von den meisten Kreise und kreisfreien Städte mit ihren Einrichtungen, den kommunalen Medienzentren, umgesetzt. Es wird allerdings gesetzlich keine Aussage über Art und Umfang getroffen.</p> <p>Bei der immer rascher zunehmenden Quantität und den enormen Qualitätsunterschieden im Medienangebot ist die Intensivierung und Ausweitung des Beratungsangebotes längst zu einer ständigen Herausforderung geworden. Auch wenn die Aufgabenerfüllung nach einer zunehmenden Sachkompetenz aller Mitarbeiter im Medienzentrum verlangt, wird angestrebt, den Gesamtaufwand des Medienzentrums zu reduzieren und die Aufgaben innerhalb des Bibliothekspersonals wahrzunehmen.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		<b>38.000 €</b>	<b>50.000 €</b>	<b>50.000 €</b>	<b>50.000 €</b>	<b>50.000 €</b>
<b>Summe:</b>		<b>38.000 €</b>	<b>50.000 €</b>	<b>50.000 €</b>	<b>50.000 €</b>	<b>50.000 €</b>
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/> <b>X</b>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 119**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Aufgabe des stadthistorischen Museums  
Tersteegenhaus

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

2.04.600 Stadtarchiv

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Durch die Aufgabe des stadthistorischen Museums im Tersteegenhaus können Miet- und Nebenkosten eingespart werden. Personelle Aufwendungen sind dank des hohen ehrenamtlichen Engagements der Mitglieder des Geschichtsvereins seit vielen Jahren nicht mehr angefallen. Bei der Aufgabe der Einrichtung entstehen im Gegenzug Kosten für die Einlagerung der ausgestellten Exponate, z.B. in von schulischer Nutzung frei gesetzten Räumen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>Dezernat:</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>IV</b></td> </tr> <tr> <td><b>Fachbereich:</b></td> <td style="text-align: center;"><b>KB</b></td> </tr> </table>				<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>	<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>	<b>Maßnahme Nr. 120</b>		
				<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>									
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>						
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>						
Erhöhung des Gebührenaufkommens				2.04.600 Stadtarchiv						
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>										
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)										
<p>Das Stadtarchiv erhebt für verschiedene Leistungen Gebühren auf Grundlage der Gebührenordnung für das Stadtarchiv Mülheim an der Ruhr vom 24.5.2004 in der Fassung vom 8.10.2008. Indem die durch die Gebührenordnung abgedeckten Spielräume bei der Festlegung der Gebührenhöhe ausgeschöpft werden und z.B. deutlich engere Maßstäbe bei der Gebührenreduzierung gem. § 3 Abs. 2 angelegt werden, sollen die Gebühreneinnahmen erhöht werden. Da zudem ein steigender Nachfragetrend bei den angebotenen Leistungen (z.B. bei digitalen Reproduktionen) zu verzeichnen ist, ist eine Erhöhung der Einnahmen in der unten dargestellten Höhe realistisch.</p>										
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
	<b>konsumtiv</b>									
	<b>investiv</b>									
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €				
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>										
<b>Summe:</b>		1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €				
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>										
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>								
<input checked="" type="checkbox"/> X										

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 121**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Bürgerschaftliche Beteiligung und Optimierung  
Kunstmuseum in der Alten Post

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

2.04.600 Kunstmuseum

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die städtische Trägerschaft des Kunstmuseums in der Alten Post soll aufgegeben werden.

Lang ist die Tradition der Hilfe von Mäzenen und Stiftern, dank denen in Mülheim an der Ruhr Kunst und deren Vermittlung blühen. Auf dieser Tradition des privaten und öffentlichen Engagements aufbauend sollen in den nächsten Jahren der finanzielle Zuschuss der Stadt zum Betrieb des Kunstmuseums sukzessive zurückgefahren und interessierte Dritte aus der Bürgerschaft und Wirtschaft als Partner, Projektsponsor oder Gönner gewonnen werden. Hierzu wird es notwendig sein, dass langfristige Partnerschaften aufgebaut werden, damit das Kunstmuseum in der Alten Post mit seiner bedeutenden Sammlung und seinem lebendigen Ausstellungsprogramm auch künftig ein Anziehungs- und Treffpunkt für viele Menschen und breite Bevölkerungsgruppen bleibt.

Das Ergebnis wurde saldiert.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	<b>0 €</b>	<b>50.000 €</b>	<b>100.000 €</b>	<b>1.000.000 €</b>	<b>1.000.000 €</b>

**Beschluss notwendig?**

**nein:**

**ja, von...**

Betriebsausschuss Kulturbetrieb

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 122</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	IV					
<b>Fachbereich:</b>	KB					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Reduzierung im Bereich "stücke"				2.04.100 Theater		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Das Rahmenprogramm der Mülheimer Theatertage "stücke" wird reduziert. Aufgegeben wird das seit drei Jahren veranstaltete Symposium und das stücke-Fest und die Kooperation mit dem Internet-Portal "nachtkritik.de".						
Des Weiteren soll für das Programmbuch der "stücke" künftig Anzeigenaquise betrieben werden. Es soll auch nicht mehr kostenfrei abgegeben, sondern zu einem Preis von 3 Euro verkauft werden. Die hieraus resultierende Mehreinnahme wird mit rd. 4.000 Euro kalkuliert und die bisher angefallenden Aufwendungen kompensieren.						
Im Übrigen soll der Etat für Werbung und Druckkosten um rd. 6.000 Euro verringert werden.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 123**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Aufgabe Sinfonie- und Kammerkonzerte

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

2.04.100 Theater

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Das Sinfoniekonzert-Abonnement gehört seit der Wiedereröffnung der Stadthalle im Jahre 1957 zum Standardprogramm des städtischen Kulturprogramms. Seit fünf Jahren sind stetig steigende Besucherzahlen zu verzeichnen. Dies ist im Wesentlichen auf die langjährige und konsequente Arbeit zur Förderung der klassischen Musik - unter Beteiligung einer Musikwissenschaftlerin - zurückzuführen.

Durch die Aufgabe dieses Veranstaltungssegments werden interessierte Bürgerinnen und Bürger auf die Konzertangebote in den Nachbarstädten verwiesen. Ein breites und vielfältiges Angebot existiert in den unmittelbaren Nachbarstädten Düsseldorf, Duisburg, Essen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	66.000 €	155.000 €	155.000 €	155.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	66.000 €	155.000 €	155.000 €	155.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Betriebsausschuss Kulturbetrieb

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 124</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	IV					
<b>Fachbereich:</b>	KB					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Optimierung Blumen und Catering			2.04.100 Theater			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die bisher für Catering, Ausstattung (z.B. Blumendekoration) und Empfänge getätigten Ausgaben sollen durch die Aquisition von Sponsoren kompensiert werden (finanzielle oder sächliche Unterstützung).						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	5.000 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	5.000 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €
<b>Summe:</b>	10.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 125**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung der Eintrittspreise Theater

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

2.04.100 Theater

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Eintrittspreise bei Theaterveranstaltungen werden ab 01.01.2011 um rd. 10% erhöht. Ab 01.07.2012 werden die Preise nochmals um rd. 10% erhöht. Ausgenommen von allen Eintrittspreiserhöhungen bleiben die Veranstaltungen für Kinder.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	0 €	10.000 €	15.000 €	20.000 €	20.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	0 €	10.000 €	15.000 €	20.000 €	20.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Dezernat:</td> <td style="width: 50%;">IV</td> </tr> <tr> <td>Fachbereich:</td> <td>KB</td> </tr> </table>				Dezernat:	IV	Fachbereich:	KB	Maßnahme Nr. 126		
				Dezernat:	IV					
Fachbereich:	KB									
				Haushaltsplanung 2010 ff.						
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>						
Reduzierung Begegnungstätten				2.04.000 Kulturbüro						
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>										
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)										
<p>Zum Kulturbetrieb gehören drei Bürgerbegegnungstätten. Das Angebot wird durch die jeweilige räumliche Lage bestimmt. Insgesamt zählen die Begegnungstätten über 100.000 Besucher/innen im Jahr. Seit Errichtung der Begegnungstätten fördert die Leonhard-Stinnes-Stiftung diese Einrichtungen mit rd. 250.000 Euro jährlich. Den verbleibenden Zuschussbedarf in Höhe von 70.000 Euro wird der Kulturbetrieb durch Mehrerträge (z. B. des Entgeltes für die Nutzung von Räumlichkeiten) bzw. Minderaufwendungen (z. B. Reduzierung der Veranstaltungsaufwendungen) um 40 % reduzieren.</p>										
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
	konsumtiv									
	investiv									
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		3.500 €	13.500 €	13.500 €	13.500 €	13.500 €				
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		3.500 €	13.500 €	13.500 €	13.500 €	13.500 €				
<b>Summe:</b>		7.000 €	27.000 €	27.000 €	27.000 €	27.000 €				
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>										
nein:		ja, von...								
		Rat der Stadt								

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 127**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>IV</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>KB</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung kulturfördernder Aktivitäten

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

2.04.000 Kulturbüro

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Ziel der Kulturförderung ist es, die kulturelle Vielfalt in Mülheim an der Ruhr langfristig abzusichern. Die kontinuierliche und teilweise schon langjährige kulturpädagogische Arbeit konzentriert sich im Wesentlichen auf die Unterstützung, Förderung und Entwicklung von Projekten in allen Mülheimer Schulformen bis hin zum Kindergarten. Die hieraus resultierenden Sachaufwendungen betragen jährlich rd. 100.000 Euro. Hieraus werden finanziert: finanzielle Zuschüsse an Mülheimer Kulturschaffende, wie z. B. Chöre und Jugendgruppen, besondere theaterpädagogische Schulveranstaltungen, Gagen für Auftritte Mülheimer Künstler, Förderungen von Ausstellungen und Kunstprojekten, Kooperationsveranstaltungen mit lokalen Partnern (Theater an der Ruhr - Weiße Nächte - oder K. i. R. - Weltmusik Odyssee) oder mit anderen Städten (Kinderfilmtage im Ruhrgebiet) und Einrichtungen/Vereinen (Schultheatertage, Art obscura Festival). Die für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel werden um 40 % gekürzt, was eine Reduzierung der diesbezüglichen Aktivitäten zur Folge haben wird.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	10.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	10.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

## **Dezernat V**

**(Soziales, Beschäftigung, Gesundheit, Sport)**

- **Referat V**
- **Amt 50**  
**(Sozialamt)**
- **Amt 53**  
**(Gesundheitsamt)**
- **Mülheimer SportService**



## **Referat V**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.025 Verwaltungsführung Dez. V	0 €	218.048 €	- 218.048 €
01.121 Integration und Migration	246.670 €	418.559 €	- 171.889 €
02.171 Statistik und Zählungen	1.600 €	162.146 €	- 160.546 €
05.171 Stadtforschung und Umfragen	2.894 €	372.627 €	- 369.733 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>251.164 €</b>	<b>1.171.380 €</b>	<b>- 920.216 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

Sicherung von gesellschaftlicher Teilhabe aller Bevölkerungsschichten in Mülheim an der Ruhr, insbesondere durch Projekte und Kooperationsprojekte, an denen das Dezernat mitarbeitet.

- Förderung der Frühkindlichen Entwicklung: Sozial- und Bildungsmonitoring, Frühfördernetzwerk, EECProjekt: "Early Excellence Centre" , Erziehungs- und Bildungspartnerschaften in Styrum und Eppinghofen, Kooperation mit dem Stadtteilmanagement.
- Koordinierung der städtischen Integrationsarbeit / Verbesserung der Teilnahme- und Teilhabe(chance) von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in wichtigen Lebensbereichen: Entwicklung einer Handlungsstrategie und eines Aktionsplanes im Rahmen eines ExWoSt Projektes (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau)

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Es erfolgte keine Prüfung durch die GPA.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 128**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Ref. V</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung von Personalkosten

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

01.121

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Es werden Personalkosten in Höhe von jährlich 109.677 € im Bereich R V.2 - Integrationskoordination - ab dem Jahr 2012 eingespart. Die Personalkosten reduzieren sich damit im Jahr 2012 von zur Zeit geplanten 209.779 € auf 100.102 € und im Jahr 2013 von zur Zeit geplanten 208.795 € auf 99.118 €.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	0 €	109.677 €	109.677 €	109.677 €
<b>Summe:</b>	0 €	0 €	109.677 €	109.677 €	109.677 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 129</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Ref. V</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Einsparung von Personalkosten				02.171, 05.171		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Es werden Personalkosten in Höhe von jährlich 50.000 € im Bereich des R V.1 - Stadtforschung und Statistik - ab dem Jahr 2010 eingespart.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €
<b>Summe:</b>		50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/> X						



## **Amt 50 (Sozialamt)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe/Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
05.020 Hilfen nach dem SGB II	93.240.000 €	127.417.001 €	- 34.177.001 €
05.030 Hilfen nach dem SGB XII	5.618.500 €	35.487.888 €	- 29.869.388 €
05.040 Besondere Sozialaufgaben	1.362.800 €	4.819.975 €	- 3.457.175 €
06.010 Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien	2.525.000 €	23.378.078 €	- 20.853.078 €
10.051 Subjektbezogene Förderung von Wohnraum	5.500 €	603.018 €	- 597.518 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>102.751.800 €</b>	<b>191.705.960 €</b>	<b>- 88.954.160 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

#### **Amt 50 insgesamt:**

#### **Erhalt und Weiterentwicklung sozialer Sicherungs- und Unterstützungssysteme**

- Berücksichtigung der besonderen Belange einzelner Zielgruppen der Leistungsbereiche der SGB II, VIII und XII (Langzeitarbeitslose und Menschen mit „Vermittlungshemmnissen“, Familien mit Kindern in prekären Lebenslagen, ältere Menschen, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderungen)
- Verzahnung der einzelnen Leistungsbereiche im Sinne einer ganzheitlichen Sichtweise auf die Problemstellungen
- Aufbau und Aktivierung sozialräumlicher Strukturen (Netzwerke)
- Ausbau einer wirkungsorientierten Steuerung inklusive eines kompakten, aussagekräftigen Berichtswesens
- Aktive interkommunale Zusammenarbeit (Fachaustausch, Kennzahlenvergleiche)

## **Bereich SGB II:**

### **Konjunkturelle Entwicklung und Auswirkung auf den Arbeitsmarkt**

- Weiterentwicklung von Angeboten und Hilfen für Zielgruppen (Schulabgänger, U25, Ü 50)
- bestmögliche Ausnutzung aller Fördermöglichkeiten
- Akquise zusätzlicher Mittel
- Unterstützung der Aktivierung und Vermittlung Alleinerziehender
- Erhöhung der Aktivierung von nichtdeutschen erwerbsfähigen Hilfeempfängern
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit bei Übergängen ALG I nach ALG II
- Ausbau des Benchmarkings
- Jährliches Arbeitsmarktprogramm als Steuerungsinstrument

## **Bereich SGB VIII:**

### **Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung und Ausbau der Vollzeitpflege**

- Entwicklung eines fachliches Konzeptes zur Sozialraumorientierung der Hilfen zur Erziehung:
  - 1.Schaffung eindeutiger Verantwortungsstrukturen im Bereich der Hilfen zur Erziehung
  - 2.Konsequenter Aufbau regionalisierter Kooperationsstrukturen
  - 3.Etablierung von Sozialraumteams
  - 4.Entwicklung regionalisierter Finanzierungsstrukturen
  - 5.Ausbau bisheriger Controllingstrukturen zu einem gemeinsamen Fach- und Finanzcontrolling
- Entwicklung neuer Verfahrensstandards zur Erbringung von Eingliederungshilfen gem. SGB VIII
- konzeptionelle Fortschreibung des Leistungsangebotes der Vollzeitpflege mit dem Ziel des qualitativen und quantitativen Ausbaus
- Einrichtung einer Adoptionsvermittlungsstelle

## **Bereich SGB XII:**

### **Gesellschaftliche und demografische Entwicklung mit Anstieg der Zahl der Menschen**

- im Rentenalter
- mit geringem Renteneinkommen
- die Hilfe zur Pflege benötigen
- die individuellen psycho-sozialen Probleme nicht ohne öffentliche materielle und persönliche Hilfe bewältigen können
- die auf Grund einer Behinderung Eingliederungshilfe benötigen

- Information über und Zugänge zu formellen und informellen Netzen und Angebote zur Förderung der sozialen Teilhabe schaffen,
- Bedarfsgerechte Bereitstellung und kooperative Verknüpfung professioneller Dienstleistungen (Sucht, körperliche und seelische Gesundheit, Rehabilitation, Wohnen, Schulden) durch ein Fallmanagement,
- Enge Kooperation der Bereiche Behinderten-, Altenhilfe und Pflege,
- Implementierung eines Pflegemanagements,
- Einrichtung von wohnortnahen Pflegestützpunkten,
- Bildung von sozialraumbezogenen Hilfestrukturen.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

#### **Bereich Hilfen nach dem SGB II**

- **Vorschläge:** Aufbau eines umfassenden Berichtswesens anhand von Kennzahlen und Zieldefinitionen; Einsatz eines effektiven Ermittlungsdienstes; Aufbau einer spezialisierten Unterhaltssachbearbeitung; detaillierte Erfassung von Vermittlungserfolgen, Rücklaufquoten sowie Zeiträumen der Vermittlung.
- **Umsetzung (erfolgt):** Aufbau eines Kennzahlsystems zur Einrichtung eines Berichtswesens und zur Erfassung und Bewertung von Vermittlungserfolgen etc. ist abgeschlossen (Gutachtertätigkeit); Ermittlungsdienst ist personell weiter ausgebaut worden; Refinanzierung ist inzwischen personell spezialisiert.

#### **Bereich Hilfen zur Erziehung (SGB VIII)**

- **Vorschlag:** Das Verfahren zur Gewährung von ambulanten Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII, insbesondere in Fällen von Lese-, Rechtschreib- und Rechenschwächen, entspricht nicht dem Runderlass des Kultusministeriums und den Arbeitshilfen des Landesjugendamtes. Eine Rückführung der Fälle kann nur Ziel führend sein, wenn alle Beteiligten gemeinsam auf der Grundlage eines abgestimmten und verbindlichen Verfahrens zusammen arbeiten. Arbeitsgrundlage hierfür sollte das vom Kommunalen Sozialen Dienst aktuell erarbeitete Konzept sein.

**Umsetzung:** Aktuell wird ein Konzept zur Optimierung der Gewährung von Leistungen gem. § 53 SGB XII und § 35 a SGB VIII erarbeitet.

- **Vorschlag:** Der Anteil der Vollzeitpflegefälle ist in der Stadt Mülheim an der Ruhr bei vergleichbar überdurchschnittlichen Ausgaben je stationären Hilfefall unterdurchschnittlich ausgeprägt. Deshalb wird empfohlen, den Anteil der Vollzeitpflegefälle an den stationären Hilfen auf der Grundlage der bestehenden Konzeption auszubauen, weiterzuentwickeln und stärker zu differenzieren sowie die zur Umsetzung erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

**Umsetzung:** Im Rahmen der GPO des Amtes 50 wird die Einrichtung einer VZ zum Ausbau der Vollzeitpflege empfohlen.

• **Vorschlag:** Zur Reduzierung des überdurchschnittlich ausgeprägten Zuschussbedarfes bei den stationären Hilfen bedarf es verstärkt steuernder Leistungen der Qualitätssicherung. Die hierzu notwendigen Ressourcen und Instrumente sind nicht im ausreichenden Umfang vorhanden und bedürfen darüber hinaus einer effektiveren Anwendung.

**Umsetzung:** Zur Schaffung eindeutiger Verantwortungsstrukturen im Bereich der Hilfen zur Erziehung wird aktuell ein sozialräumliches Steuerungskonzept erarbeitet.

### **Bereich Hilfe zur Pflege (SGB XII)**

• **Vorschläge:** Verhinderung der Heimpflege und Verlängerung des Verbleibs in der Häuslichkeit; Weiterentwicklung und Inanspruchnahme ambulanter Wohn- und Pflegeangebote; Aufbau kleinräumiger Netzwerke in der Altenhilfe im Stadtteil und Verzahnung der pflegerischen Versorgung und in der Verbesserung der komplementären und pflegeergänzenden Leistungen.

• **Umsetzung (erfolgt):** Implementierung einer Pflegebedarfsplanung und eines Pflegemanagements; Überleitungsvereinbarungen mit Krankenhäusern; Erstellung des Handlungskonzeptes „seniorengerechte Stadt“; Einrichtung von Pflegestützpunkten.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 130</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>		<b>V</b>				
<b>Fachbereich:</b>		<b>Amt 50</b>				
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Reduzierung des pauschalen Zuschusses an die Schuldnerberatung der AWO zur Beratung nach § 16 Abs. 2 SGB II				05.020		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Bei der Schuldnerberatung für Leistungsempfänger aus dem Bereich des SGB II handelt es sich um eine Eingliederungsmaßnahme nach § 16 Abs. 2 SGB II, die von der Kommune zu finanzieren ist. Die Durchführung der Beratung wird von der AWO vorgenommen, die dafür eine pauschale Zuweisung erhält.						
Diese Pauschale wird um 40% gekürzt.						
Die Kürzung entspricht dabei in etwa den Personalkosten für einen Beratungsplatz.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>						
		15.000 €	25.000 €	35.000 €	45.000 €	45.000 €
		15.000 €	25.000 €	35.000 €	45.000 €	45.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 131**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 50</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung der pauschalen Beihilfen für die Wohnungs-Erstausrüstung

**Produktgruppe / Position WiPl.**

05.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Reduzierung der nach der Personenzahl im Haushalt gestaffelten Beihilfe-Pauschalen um jeweils 30%.

Die durch die Stadt Mülheim an der Ruhr gewährten Pauschalen für die Wohnungs-Erstausrüstung liegen im interkommunalen Vergleich im oberen Bereich. Auch mit einer Reduzierung um 30% in allen Staffellungen lässt sich der gesetzlichen Verpflichtung nachkommen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	180.000 €	200.000 €	220.000 €	240.000 €	240.000 €
<b>Summe:</b>	180.000 €	200.000 €	220.000 €	240.000 €	240.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 132</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 50</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Ertragsverbesserung durch erhöhten Bundeszuschuss zu den Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Kap. 4 SGB XII				05.040		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Der Bundeszuschuss zu den Leistungen der GSiG nach dem SGB XII ist der Form nach von einem Festbetragszuschuss auf eine prozentuale Beteiligung an den Aufwendungen umgestellt worden und wird zudem bis zum Jahr 2012 weiter ansteigen (um jährlich einen Prozentpunkt).						
Diese Erhöhung birgt ein zusätzliches Ertragspotenzial in der unten bezifferten Höhe.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		105.000 €	265.000 €	430.000 €	480.000 €	480.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		105.000 €	265.000 €	430.000 €	480.000 €	480.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>					
<input checked="" type="checkbox"/> X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 133**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 50</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung der Aufwendungen beim Fahrdienst für behinderte Menschen (Taxifahrtgutscheine)

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

05.040

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Stufenweise Anpassung der Einkommensgrenze bei der Ermittlung des Anspruches auf Taxifahrtgutscheine.

Die Gewährung der Fahrgutscheine ist von einer Einkommensgrenze abhängig; der aktuellen Gewährungspraxis zugrunde liegt immer noch die alte Einkommensgrenze des BSHG von 1.750 €. Zum 1.1.2005 ist das BSHG in das SGB XII übergegangen; die dort festgelegte Einkommensgrenze liegt unter der des alten BSHG bei nur 690 €

Auf Basis der neuen Einkommensgrenze würden etwa 130 Teilnehmer ihren Anspruch verlieren. Die jährlichen Aufwendungen reduzierten sich auf diese Weise sukzessive um maximal rund 95.000,- €.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	35.000 €	55.000 €	75.000 €	95.000 €	95.000 €
<b>Summe:</b>	35.000 €	55.000 €	75.000 €	95.000 €	95.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 134</b>		
				Haushaltsplanung 2010 ff.		
<b>Dezernat:</b>	V					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 50					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Reduzierung der Zuschüsse an freie Träger			05.030, 05.040			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die an freie Träger (in Form von Festbetragszuschüssen oder Zuschüssen nach Spitzabrechnung) erbrachten Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im sozialen Bereich werden stufenweise um bis zu 20% gekürzt. Basis sind die aktuellen Zuschussbeträge.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		54.000 €	107.000 €	161.000 €	215.000 €	215.000 €
<b>Summe:</b>		54.000 €	107.000 €	161.000 €	215.000 €	215.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				



## **Amt 53 (Gesundheitsamt)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.081 Betrieblicher Gesundheitsdienst	73.147 €	246.182 €	-173.035 €
07.010 Gesundheitsförderung	543 €	915.648 €	-915.105 €
07.020 Gutachten und Stellungnahmen	49.473 €	807.159 €	-757.686 €
07.030 Gesundheitshilfe	170.926 €	2.330.850 €	-2.159.924 €
07.040 Gesundheitsschutz	50.979 €	621.057 €	-570.078 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>345.068 €</b>	<b>4.920.896 €</b>	<b>-4.575.828 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

- Wahrnehmung der Pflichtaufgaben insbesondere in den Bereichen
  - Medizinalaufsicht
  - Infektionsschutz
  - Hilfen für psychisch Kranke und Suchtkranke

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Die durch die GPA kritisierten hohen Kosten je Einwohner werden bei Umsetzung der folgenden Vorschläge gesenkt.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 135**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 53</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Aufgabe der Drogenmedizinischen Ambulanz

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

07.030

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Ca. 80-100 Patienten der DROMEDA wären zunächst nicht versorgt. Alternative Behandlungsmöglichkeiten sind in Mülheim vermutlich nicht darstellbar, da nur ein niedergelassener Facharzt in Mülheim in der Methadontherapie tätig ist. Konsequenz wäre eine Unterversorgung bei den Suchtpatienten mit der möglichen Folge ihres Rückgriffs auf herkömmliche Drogen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	155.500 €	311.000 €	311.000 €	311.000 €	311.000 €
<b>Summe:</b>	155.500 €	311.000 €	311.000 €	311.000 €	311.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 136</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 53</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Aufgabe der Geschäftsführung für die AGB (Arbeitsgemeinschaft der Behindertenverbände)				07.010		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die Geschäftsführung der AGB wird nicht mehr durch die Stadt gewährleistet und muss durch die AGB selbst sichergestellt und somit auch finanziert werden.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €
<b>Summe:</b>		18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/> X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 137**

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	V
Fachbereich:	Amt 53

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung der Zuschüsse an freie Träger

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

07.030

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die an freie Träger (in Form von Festbetragszuschüssen oder Zuschüssen nach Spitzabrechnung) erbrachten Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im gesundheitlich/ sozialen Bereich werden stufenweise um bis zu 20% gekürzt.

Basis sind die aktuellen Zuschussbeträge.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	30.000 €	60.000 €	90.000 €	120.000 €	120.000 €
<b>Summe:</b>	30.000 €	60.000 €	90.000 €	120.000 €	120.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...  Rat der Stadt

## Mülheimer SportService

### 1. Grunddaten

Produktgruppe / Bezeichnung	Erträge	Aufwendungen	Zuschuss
3.08.100 Bereitstellung von Sportstätten	4.486.400 €	11.510.200 €	7.023.800 €
3.08.200 Bereitstellung von Bädern	1.811.500 €	2.812.500 €	1.001.000 €
3.08.300 Förderung des Sports	330.000 €	927.500 €	597.500 €
3.08.500 Veranstaltungen	81.000 €	91.100 €	10.100 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>6.708.900 €</b>	<b>15.341.300 €</b>	<b>8.632.400 €</b>

### 2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung

#### Strategische Orientierung

- professionelles Vereinsmanagement
- Sicherung der Sportinfrastruktur
- Optimierung des Personaleinsatzes

#### Bereitstellung von Sportstätten

- Bedarfsorientierte Führung, Bereitstellung und Unterhaltung von Sportstätten und sportlich genutzten Flächen (ohne reine Gebäudeunterhaltung)
- Optimierung der bestehenden Sportstätteninfrastruktur
- Optimierung der Auslastungsquote der Sporthallen und Sportanlagen

#### Bereitstellung von Bädern

- Bedarfsorientierte Führung, Bereitstellung und Unterhaltung der Bäder (ohne reine Gebäudeunterhaltung)
- Sicherstellung der Infrastruktur für den pflichtigen Schulsport und als Daseinsvorsorge für die Mülheimer Bevölkerung

#### Sportförderung

- Förderung des Schul-, Vereins- und vereinsungebundenen Sports, insbesondere Förderung des Mülheimer Vereinssports in ideeller und materieller Form mit dem Ziel, Eigeninitiative und Eigenleistungen der Sportvereine zu erhalten bzw. anzuregen

#### Veranstaltungen

- Anerkennung des Leistungssports und der Funktionärsarbeit im Rahmen der medl Nacht der Sieger

- Erwirtschaftung eines Deckungsbeitrages für die RWE-Sporthalle (Veranstaltungen Dritter)
- Unterstützung der von Vereinen organisierten Veranstaltungen vor allem mit überörtlichem Bezug (z.B. Drachenbootrennen, Yonex German Open)

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

#### **Prüfung wirtschaftlicher Vorteile durch Fremdreinigung in den Bädern**

Die Badewärter und -wärterinnen sind nicht nur für die Reinigung in den Bädern zuständig, sondern auch für spezielle badspezifische Aufgaben (Kontrollmessung), Schließdienste, Hausaufsicht, Kassen- und Verwaltungstätigkeiten und Servicearbeiten. Die Tätigkeiten gehen in einander über und werden nach Bedarf ausgeführt. Im Rembergbad und Hallenbad Nord wird der gesamte Betrieb (mit Ausnahme der Hausaufsicht durch einen Schwimmmeister während des Schulbetriebes im Hallenbad Nord) einschließlich Hausaufsicht durch jeweils eine Badewärterin aufrecht erhalten. Dies gilt ebenfalls für die an Schwimmsportvereine vergebenen Zeiten im Hallenbad Süd und im Friedrich-Wennmann-Bad. Die Hausaufsicht kann nicht an eine Fremdfirma delegiert werden.

Die vollständige Vergabe der Reinigung an eine Fremdfirma bringt keine finanziellen Vorteile und kann insbesondere aufgrund der speziellen Aufgabenstruktur für Badewärterinnen und -wärter nicht umgesetzt werden.

#### **Übertragung von Bädern an Vereine zur weiteren Reduzierung der Personalausgaben**

Durch Übernahme des Rembergades und des Hallenbades Nord könnten die Betriebskosten reduziert werden.

Im Hallenbad Nord wurde bereits stundenweise die Schlüsselverantwortung für die Trainingsgemeinschaft eingeführt. Während dieser Zeit übernimmt diese die Hausaufsicht und Reinigung.

Eine generelle Übernahme des Betriebs durch Vereine sieht der MSS z.Zt nicht.

#### **Verzicht auf die Bereitstellung eines Schwimmmeisters während des Schulschwimmens**

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 138</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>MSS</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b> Erhebung von Nutzungsgebühren / Energiekostenbeiträge für den Übungsbetrieb und Veranstaltungen der Vereine				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b> 3.08.100 Bereitstellung von Sportstätten		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b> (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)  Für den Übungsbetrieb und Veranstaltungen der Vereine werden zurzeit keine Nutzungsgebühren erhoben. In den Nachbarstädten Duisburg, Essen, Oberhausen müssen die ansässigen Sportvereine bereits seit Jahren für die Bereitstellung von Sportstätten Kostenbeiträge entrichten. Durch eine Ermäßigung der Gebühren um 2/3 (2011) bzw. 1/3 (2012) können sich die Vereine auf die finanzielle Belastung einstellen.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>	<b>0</b>	<b>12.000</b>	<b>12.000</b>	<b>12.000</b>	<b>12.000</b>
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		<b>0 €</b>	<b>79.100 €</b>	<b>158.100 €</b>	<b>237.200 €</b>	<b>237.200 €</b>
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		<b>0 €</b>	<b>79.100 €</b>	<b>158.100 €</b>	<b>237.200 €</b>	<b>237.200 €</b>
<b>nach Abzug der Kosten:</b>		<b>0 €</b>	<b>67.100 €</b>	<b>146.100 €</b>	<b>225.200 €</b>	<b>225.200 €</b>
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 139**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>MSS</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung der Miet- und Pachtkosten

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

3.08.100 Bereitstellung von Sportstätten

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Vereine übernehmen städtische Anlagen und alle damit verbundenen Betriebskosten. Für die alleinige Nutzung der Anlagen wird ein Mietzins gefordert.  
 Aktuell bezieht der Mülheimer SportService aus überwiegend langfristigen Mietverträgen (längste Vertragsdauer derzeit bis 31.12.2033) mit Mülheimer Sportvereinen Mieteinnahmen in Höhe von rd. 33.000,00 €.  
 An Mülheimer Sportvereine sind derzeit unbebaute Flächen zu einem Preis von 0,025 €/m<sup>2</sup> und bebaute Flächen zu einem Preis von 0,25 €/m<sup>2</sup> vermietet. Der Mietzins wird auf 0,05 €/m<sup>2</sup> für bebaute Flächen und 0,5 €/m<sup>2</sup> für unbebaute Flächen angehoben. Die Mietverträge mit den Vereinen haben eine durchschnittliche Laufzeit von 25 Jahren, 70 % der Verträge enden im Zeitraum 2014 bis 2034. Bei neuen Vertragsabschlüssen ist der angehobene Mietzins zugrunde zu legen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	100 €	700 €	700 €	700 €	900 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	100 €	700 €	700 €	700 €	900 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	Betriebsausschuss SportService

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 140</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>MSS</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Reduzierung des Reinigungsstandards			3.08.100 Bereitstellung von Sportstätten			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Derzeit werden die Sportanlagen nach festgelegten Standards von MSS eigenem Personal gereinigt. Die Reinigungsstunden wurden mit 738,25 h wchtl (= 38.389 h p.A.) festgesetzt. Bei Absenkung des Reinigungsstandards auf den vom Immobilienservice als angemessen festgestellten Standard könnten 49,36 h wchtl (= 2.566,72 h p.A.) eingespart werden. Die entspricht 1,27 Stellenanteilen. Bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 32.000 € könnten bei entsprechender Stelleneinsparung rd. 40.640 € eingespart werden.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	40.600 €	40.600 €	40.600 €	40.600 €
<b>Summe:</b>		0 €	40.600 €	40.600 €	40.600 €	40.600 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/> X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 141**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>MSS</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Schließung Friedrich-Wennmann-Bad

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

3.08.200 Bereitstellung von Bädern

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Das Friedrich-Wennmann-Bad soll im Jahr 2010 für einen Betrag von rund 1,7 Mio. € saniert werden. Bei einer Schließung des Friedrich-Wennmann-Bades fallen diese Sanierungskosten weg.

Das Friedrich-Wennmann-Bad ist ein kombiniertes Hallen-Freibad und wird hauptsächlich von der Öffentlichkeit, unter anderem für das Kursprogramm, genutzt. Dadurch werden in diesem Schwimmbad die Haupteinnahmen der Mülheimer Bäder erzielt. Bei einer Schließung fallen diese Einnahmen in Höhe von 315.351,11 € (Daten 2008) weg und ein öffentliches Schwimmen in Mülheim an der Ruhr ist so gut wie unmöglich.

Dem MSS entstehen durch Miet-, Betriebs-, Reinigungs- und Personalkosten jährliche Ausgaben in Höhe von 1.825.064,39 €.

Mülheim an der Ruhr ist im Verhältnis Wasserfläche/Einwohner schon jetzt unterversorgt (MH = 7,9 qm/pro Tausend Einwohner/Durchschnitt lt. regionaler Umfrage = 14,7 qm/pro Tausend Einwohner).

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	1.500.000 €	1.500.000 €	1.500.000 €	1.500.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	1.500.000 €	1.500.000 €	1.500.000 €	1.500.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	Rat der Stadt

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 142**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>MSS</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Schließung Naturbad Mülheim-Styrum

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

3.08.200 Bereitstellung von Bädern

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Das Naturbad Mülheim-Styrum hat in 2008 mit einem Defizit in Höhe von 530.000 € abgeschlossen. Für 2009 beträgt das Defizit 427.000 €.

Das Personal aus dem Naturbad Mülheim-Styrum wird durch Personal aus den anderen Bädern und Fremdpersonal gestellt. Bei einer vollständigen Schließung entfallen die Aufwendungen für den MSS. Die Kapitalkosten für die getätigten Investitionen i.H.v. 3,2 Mio € fallen für die Stadt Mülheim weiterhin an.

Das Naturbad Mülheim-Styrum wird ausschließlich von der Öffentlichkeit genutzt. In 2009 konnten rund 40.700 Besucher gezählt werden (in 2008 wurden rund 19.000 Besucher gezählt). Bei einer Schließung fallen die Einnahmen weg.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	530.000 €	530.000 €	530.000 €	530.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	530.000 €	530.000 €	530.000 €	530.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...  Rat der Stadt

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 143**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>MSS</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung der Bädergebühren

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

3.08.200 Bereitstellung von Bädern

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Gebühren für die Nutzung der Bäder werden für Jugendliche auf 2,00 € und für Erwachsene auf 4,00 € Eintritt angehoben (Konsolidierungsbeitrag 50.900 €). Leistungsschwimmer zahlen künftig Gebühren i.H.v 1,50 € pro Bahn und Stunde (Konsolidierungsbeitrag 4.000 €) und erhalten eine Betriebskostenbeihilfe.

Die letzte Erhöhung erfolgte im Jahr 2000.

Es wären ca. 55.000 € zu erzielen.

Dieser Vorschlag steht in Abhängigkeit zu den Bäderschließungen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...  Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 144</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>MSS</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Wegfall der Hausaufsicht beim Schulschwimmen				3.08.200 Bereitstellung von Bädern		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Während des Schulschwimmens verblieb bisher aus Sicherheitsgründen ein Schwimmmeister als Hausaufsicht.</p> <p>Zukünftig erfolgt die Hausaufsicht nur noch durch eine Badewärterin. Nach einem Vergleich mit den Bädern in den umliegenden Nachbarstädten wird dort schon länger nach diesem Prinzip verfahren. Die Kosten werden durch den Fachbereich Schule erstattet, dieser und der Lehrpersonalrat haben bisher aus Sicherheitsgründen einen Schwimmmeister als Hausaufsicht gefordert.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	64.000 €	64.000 €	64.000 €	64.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	64.000 €	64.000 €	64.000 €	64.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/> X						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 145**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>MSS</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Kürzung Zuschuss Sportentwicklungsplanung

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

3.08.300 Förderung des Sports

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Der Kooperationsvertrag vom 19.06.2008 ist Ausdruck des Willens der Stadt Mülheim an der Ruhr, seiner eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Mülheimer SportService" und des Mülheimer Sportbundes e. V. die Umsetzung des "Pakts für den Sport" zu sichern und zu unterstützen.

Der MSS stellt dem MSB Fördermittel (Sach- und Personalkosten) für die Unterhaltung seiner Geschäftsstelle, für die Sportentwicklung sowie für die Handlungsprogramme pauschal zur Verfügung, um die Finanzierung der lt. KoopVertrag an den MSB übertragenen Aufgaben sicherzustellen. Ab 2010 ff wird der jährliche pauschale Zuschuss auf 250.000,00 € festgelegt. Der Vertrag endet am 30.06.2013, wobei die Auszahlung des pauschalen jährlichen Zuschusses gem. § 4 des Vertrages abhängig von der städtischen Haushaltslage ist.

Der Zuschuss wird sukzessive gekürzt.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	12.500 €	25.000 €	50.000 €	75.000 €	75.000 €
<b>Summe:</b>	12.500 €	25.000 €	50.000 €	75.000 €	75.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Betriebsausschuss SportService

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 146</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>MSS</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Kürzung Zuschüsse an Vereine			3.08.300 Förderung des Sports			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die Vereine erhalten für die Bewirtschaftung der übertragenen Sportanlagen eine Betriebskostenbeihilfe. Im Gegenzug übernehmen die Vereine die Pflege und Betreuung der Sportstätten sowie die Grundbesitzabgaben. Durch die Beihilfen werden ca. 10-20% der anfallenden Betriebskosten gedeckt. Die Beihilfen werden in 2010 um 5 %, in 2011 um 10%, in 2012 um 15% und in 2013 um 20 % gekürzt.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		6.500 €	13.000 €	19.500 €	26.000 €	26.000 €
<b>Summe:</b>		6.500 €	13.000 €	19.500 €	26.000 €	26.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Betriebsausschuss SportService				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 147</b>
<b>Dezernat:</b>	V	<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>
<b>Fachbereich:</b>	MSS	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Kürzung Beihilfen Sportförderung	3.08.300 Förderung des Sports

**Beschreibung der Maßnahme:**  
 (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Zahlung der Beihilfe an den Förderkreis Mülheimer Sport wird in 2010 um 5 %, in 2011 um 10%, in 2012 um 15% und in 2013 um 20 % gekürzt.  
 Die Zahlung der Beihilfe an den Olympiastützpunkt Rhein-Ruhr wird in 2011 um 10 %, in 2012 um 15% und in 2013 um 20 % gekürzt.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	200 €	1.000 €	1.500 €	2.000 €	2.000 €
<b>Summe:</b>	200 €	1.000 €	1.500 €	2.000 €	2.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	Betriebsausschuss SportService

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 148</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>MSS</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Beteiligung Drachenbootrennen			3.08.500 Veranstaltungen			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die Beteiligung am jährlich stattfindenden Drachenbootrennen wird stufenweise in den Jahren 2010 bis 2013 bis auf 0 reduziert.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		1.350 €	2.700 €	4.050 €	5.400 €	5.400 €
<b>Summe:</b>		1.350 €	2.700 €	4.050 €	5.400 €	5.400 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<b>X</b>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 149**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>V</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>MSS</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Verzicht auf den Jahresempfang Sport

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

3.08.300 Förderung des Sports

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Der MSS richtet jährlich gemeinsam mit dem MSB einen Jahresempfang aus. Die Kosten werden, sofern es keinen Sponsor gibt, geteilt. Die Veranstaltung entfällt ab 2011.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	3.300 €	3.300 €	3.300 €	3.300 €
<b>Summe:</b>	0 €	3.300 €	3.300 €	3.300 €	3.300 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

X

# **Dezernat VI**

**(Umwelt, Planen, Bauen)**

- **Referat VI**
- **Amt 61**  
**(Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Stadtentwicklung)**
- **Amt 62**  
**(Amt für Geodatenmanagement, Vermessung, Kataster und Wohnbauförderung)**
- **Amt 66**  
**(Amt für Verkehrswesen und Tiefbau)**
- **Amt 67**  
**(Amt für Grünflächenmanagement und Friedhofswesen)**
- **Amt 70**  
**(Amt für Umweltschutz)**



## **Referat VI**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.026 Steuerung Dez VI	0 €	547.323 €	-547.323 €
09.010 Städtekoop./Förderprogr.	0 €	134.371 €	-134.371 €
01.132 Vergabewesen	1.000 €	132.794 €	-131.794 €
14.021 DL Umw./Soz./Wirtsch.	10.000 €	104.377 €	-94.377 €
14.024 Bodenschutz	0 €	114.734 €	-114.734 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>11.000 €</b>	<b>1.033.599 €</b>	<b>-1.022.599 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

#### Herausforderungen:

- Endabrechnung Wohnpark Witthausbusch
- Projektkoordination Ruhrbania

#### Strategische Ausrichtung:

- Steuerung, Koordination und Kommunikation
- Fördermittelakquisition

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

#### keine Umsetzung

Zusammenlegung der Vergabestellen (kein Sparpotenzial erkennbar)

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 150**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Referat VI</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Einsparung des Bereiches Lokale Agenda

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

14.021

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Da es sich hierbei um eine freiwillige Maßnahme handelt, könnte diese eingespart werden. Das Projekt basiert auf einen Ratsbeschluss. Die Aufgabe könnte in den ehrenamtlichen Bereich verlagert werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	91.435 €	91.435 €	91.435 €	91.435 €
<b>Summe:</b>	0 €	91.435 €	91.435 €	91.435 €	91.435 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt





## **Amt 61 (Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Stadtentwicklung)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
09.070 Räumliche Planung	20.000 €	1.621.409 €	-1.601.409 €
09.080 Maßn. nach Denkmalschutz	12.000 €	128.467 €	-116.467 €
10.011 Maßn. der Bauaufsicht	1.124.900 €	1.536.773 €	-411.873 €
10.021 Baubeh. Beratung/Inform.	20.000 €	868.698 €	-848.698 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>1.176.900 €</b>	<b>4.155.347 €</b>	<b>-2.978.447 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

Personalausstattung und Aufgabenspektrum sowie die Standards der Aufgabenwahrnehmung in Verbindung mit den Auswirkungen auf die Stadt wurden bereits ausführlich dargestellt und diskutiert:

- Neuausrichtung des Amtes 61 im November 2007,
- PWC-Untersuchung Dezernat VI
- Zusammenlegung der Ämter 61 und 63 und der Stabstelle Stadtentwicklung.

**Personalreduzierungen** sind folglich ohne gravierende Folgen für die Aufgabenwahrnehmung **nicht zu realisieren**.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Amt 61 wurden im Rahmen der GPA-Untersuchung **nicht** geprüft.

Entsprechende Vorschläge und Umsetzungsmöglichkeiten können somit nicht dargestellt werden.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 152**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 61</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Verzicht auf Bekanntmachungen in der Tagespresse

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

09.070

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Bekanntmachungen erfolgen ortsüblich im Amtsblatt und auf der Homepage der Stadt Mülheim an der Ruhr. Auf die Schaltung einer Anzeige in der Tagespresse wird verzichtet.

Zusätzliche Alternative:

1. Die Lokalreporter könnten die Gelegenheit zu einem Vorabgespräch erhalten, so dass über die normale Berichterstattung der Zeitungen Informationen verbreitet werden können.
2. Die Information der Öffentlichkeit erfolgt über kostengünstigere Flyer, die in den Geschäften um das Plangebiet erteilt werden.

Folgen: Anzeigenkosten werden eingespart. Informationsverlust für den Bürger ist praktisch nicht gegeben, da Anzeigen bisher nur einmalig geschaltet sind, d.h. häufig ungelesen im Altpapier verschwinden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
<b>Summe:</b>	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 153</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	VI					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 61					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Verzicht auf den Gestaltungsbeirat				09.070		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die Einrichtung des Gestaltungsbeirats ist vom Rat der Stadt beschlossen worden. Die Mitglieder sind in der Sitzung des Rates der Stadt am 17.12.2009 neu gewählt worden. Eine Auflösung ist von daher frühestens im Jahr 2013 in Betracht zu ziehen.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	0 €	0 €	7.000 €	7.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	0 €	0 €	7.000 €	7.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 154**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 61</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduktion (der Vergabe) städtebaulicher Entwürfe

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

09.070

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Aufgabenreduktion im Bereich der Entwurfsplanungen. Der Umfang externer Vergaben wird reduziert. Planungen und Konzepte werden stärker priorisiert, auf längere Zeiträume angelegt und verstärkt intern bearbeitet.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
<b>Summe:</b>	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 155</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 61</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Reduktion (der Vergabe) von Rahmenplanungen			09.070			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Aufgabenreduktion im Bereich der Rahmenplanungen. Der Umfang externer Vergaben wird reduziert. Planungen und Konzepte werden stärker Priorisiert, auf längere Zeiträume angelegt und verstärkt intern bearbeitet.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>
<b>Summe:</b>		<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<b>X</b>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 156**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 61</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Übertragung von Kosten für notwendige Gutachten auf die Planungsbegünstigten

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

09.070

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Im Rahmen von Bebauungsplänen sollen die Kosten für notwendige Gutachten sofern rechtlich möglich stets durch den / die Planungsbegünstigten getragen werden. Hierzu werden entsprechende städtebauliche Verträge geschlossen. Auftraggeber bleibt weiterhin die Stadt.

Dies geschieht bisher i.d.R. - analog zu vorhabenbezogenen Bebauungsplänen - nur dann, wenn im wesentlichen ein planungsbegünstigter Dritter da ist.

Folgen: Der Haushaltsansatz für Gutachten im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung kann sukzessive bis auf rd. 50 % gesenkt werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	25.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €
<b>Summe:</b>	25.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 157</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 61</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Konsequente Anwendung von § 13a BauGB			09.070			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Sofern die gesetzlichen Anwendungsvoraussetzungen vorliegen werden Bebauungspläne nach § 13a BauGB durchgeführt.</p> <p>Folgen: Gesetzlich vorgesehene Erleichterungen zur Schaffung von Bauland werden genutzt. Verfahrensschritte können entfallen, Gutachtenkosten für einen formellen Umweltbericht entfallen, Gutachtenkosten (LBP) können ggf. reduziert werden, FRNP / FNP-Änderungen werden entbehrlich, da nur noch Anpassung erforderlich, Kosten für ökologischen Ausgleich einschließlich der dafür bei der Stadt anfallenden Folgekosten entfallen.</p> <p>Arbeitszeit kann anderweitig genutzt werden, Reprokosten werden reduziert, Kosten für Abendveranstaltungen im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung können entfallen.</p> <p>Anm.: Die Maßnahme überschneidet sich in Teilen mit der Maßnahme: Übertragung von Kosten für notwendige Gutachten auf die Planungsbegünstigten</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		2.500 €	6.000 €	6.000 €	6.000 €	6.000 €
<b>Summe:</b>		2.500 €	6.000 €	6.000 €	6.000 €	6.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Planungsausschuss / Umweltausschuss				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 158**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 61</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

09.070

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Verwaltungspauschale im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen könnte von derzeit 10.000,- € auf 15.000,- € erhöht werden.

Zielzahl: 2 VBB / Jahr - 2 x 5.000,- €

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>Dezernat:</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>VI</b></td> </tr> <tr> <td><b>Fachbereich:</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Amt 61</b></td> </tr> </table>				<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>	<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 61</b>	<b>Maßnahme Nr. 159</b>		
				<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 61</b>									
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>						
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b> Fallpauschale für nicht eingereichte aber vorab gestimmte vorhabenbezogene Bebauungspläne				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>  09.070						
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b> (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)  Ingenieurtätigkeiten im Sinne von Beratungs- und/oder sonstigen Dienstleistungen für Vorhabenträger außerhalb des Aufstellungsverfahrens für vorhabenbezogene Bebauungspläne gemäß § 12 BauGB werden über festzulegende Gebührensätze in Rechnung gestellt. Beispiele u.a. Castrop-Rauxel, Essen. Folgen: Anlaufphase, da Gebührensatzung angepasst werden muss.										
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
	<b>konsumtiv</b>									
	<b>investiv</b>									
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>										
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>				
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		0 €	2.500 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €				
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>										
<b>Summe:</b>		0 €	2.500 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €				
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>										
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>								
		Rat der Stadt								

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 160</b>
<b>Dezernat:</b>	VI	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 61	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Verwaltungspauschale RFNP / FNP	09.070

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Ingenieurtätigkeiten im Sinne von Beratungs- und/oder sonstigen Dienstleistungen zur Änderung des RFNP /FNP ausgelöst durch zu Gunsten Dritter aufzustellende (vorhabenbezogene) Bebauungspläne werden über festzulegende Gebührensätze in Rechnung gestellt. Beispiele u.a. Dortmund.  
 Folgen: Anlaufphase, da Gebührensatzung angepasst werden muss.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 161</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 61</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Streichen des städtischen Zuschusses im Rahmen der Denkmalpflege in der Siedlung Heimaterde				09.080		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die Stadtpauschale für die Siedlung Heimaterde wird gestrichen (Reduzierung erfolgt schrittweise).						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		5.000 €	10.000 €	15.000 €	27.000 €	27.000 €
<b>Summe:</b>		5.000 €	10.000 €	15.000 €	27.000 €	27.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 162</b>
<b>Dezernat:</b>	VI	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 61	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Streichen des städtischen Zuschusses im Rahmen der Denkmalpflege (sog. "Stadtpauschale")	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>  09.080
--	--

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Stadtpauschale wird gestrichen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
<b>Summe:</b>	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
X	

## **Amt 62 (Amt für Geodatenmanagement, Vermessung, Kataster und Wohnbauförderung)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
01.131 Grundstücksverkehr	8.100 €	218.095 €	-209.995 €
09.020 Räuml. Entwicklung	20.000 €	280.265 €	-257.728 €
09.030 V.E.F. Geobasisdaten	153.823 €	2.758.171 €	-2.604.348 €
09.040 GeoinfoD./-dat.Man.	123.389 €	1.512.803 €	-1.389.414 €
09.050 Gr.Neuord./-Ord.M.	70 €	233.642 €	-233.572 €
09.060 Grundst.Wertermittlung	27.500 €	383.816 €	-356.316 €
09.061 WoSi./-vers./-bauf.	35.500 €	937.545 €	-902.045 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>368.382 €</b>	<b>6.324.337 €</b>	<b>-5.953.418 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

- Einführung von **ALKIS** (Amtliches Liegenschaftskataster Informationssystem) nach Vorgaben des Landes.
- Intensiverer Ausbau und Zurverfügungstellung von **kommunalen Geodaten** nach EU-*Inspire* -Richtlinie bzw. dem Geodatenzugangsgesetz-NRW.
- Komplettneuaufbau der **zonalen Bodenrichtwerte** im Gutachterausschuss und weitere Datenerhebungsvereinheitlichung/-auswertung im Bereich der Kaufpreissammlung nach Vorgaben von Bund und Land.
- Auf-/Ausbau der **3D-Geodaten** für vielfältige Anwendungen Verwaltung, Politik, Bürgerschaft – in Kooperation mit der Stadt Essen.
- Weitere „Verzahnung“ der **Kooperation** im Rahmen vom GeoZentrum-Ruhr.  
Ziel: Synergien nutzen, Innovationen teilen, für Zukunftsaufgaben gewachsen sein, MA für Kooperation „gewinnen/begeistern“. Weitere Schritte:
  - > prüfen: inwieweit diese delegierende/mandatierende Aufgabenübertragung durch „geschickte“ öffentl. rechtl. Vereinbarungen einer Kooperation „auf gleicher Augenhöhe“ nahe kommen kann (bei der Städteregion Aachen „funktioniert“ es)
  - > Versuch, die Experimentierklausel zu nutzen -> „arbeiten wie ein Amt“.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

#### umgesetzt

- Im Organisations- und Personalentwicklungskonzept des Amtes 62 wurden die GPA Ansätze insofern aufgenommen:

### **GPA-Potenzialdarstellung -> Amt 62-OPeK**

Stellen	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
GPA-Vorschlag:	→											<b>13,89</b>
62 spart/e seit 2006 ein:	∑	4,68	+2,0	+0,5	+1,9	+0,25	+2,1	...				
Gesamt:	→	4,68	6,68	7,18	9,08	9,33	<b>11,43</b>					

Damit ist ein großer Teil der GPA-Vorschläge bereits umgesetzt bzw. wird bis 2013/14 (statt wie von dort vorgeschlagen erst bis 2017) umgesetzt.

#### keine Umsetzung

- Trotz deutlicher Bedenken des Städtetages zur Aussagekraft der GPA-Untersuchung wurden hier die meisten Ansätze mit dem Ziel weiterverfolgt, in den (wenigen) Bereichen, wo MH schlechter als die Benchmark-Mittelwerte liegt, schrittweise zu Verbesserungen zu kommen. Bei einem Volumen von rd. 2,5 Stellen handelt es sich um definitiv falsche/nicht umsetzbare Vorschläge.

#### Umsetzung im Rahmen HSK

- Der unübersehbare Strukturvorteil, den Kommunen der Größenklasse > 500.000 Einw. je vollzeitverrechneter Stelle haben, kann aber nur durch Kooperation erreicht werden. Weitere Einspareffekte lassen sich nur hierüber generieren.

#### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 163</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 62</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Umstrukturierung im Amt 62			01.131, 09.020, 09.030, 09.040, 09.050, 09.060, 10.061			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Durch die kontinuierliche Umsetzung von Maßnahmen zum Personalabbau im Rahmen des Organisations- und Personalentwicklungskonzeptes des Amtes 62 und organisatorischer Umverteilung von Aufgabeninhalten können Personalkosten reduziert werden. Bis 2013 werden diese sich auf über 530.000 € p.a. summieren. Neu hinzu kommen durch weitergehende Maßnahmen und organisatorische Umverteilung von Aufgabeninhalten zusätzlich nochmals die u. g. Beträge.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>keine</b>	<b>konsumtiv</b>					
<b>keine</b>	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		<b>12.000 €</b>	<b>24.000 €</b>	<b>24.000 €</b>	<b>24.000 €</b>	<b>64.000 €</b>
<b>Summe:</b>		<b>12.000 €</b>	<b>24.000 €</b>	<b>24.000 €</b>	<b>24.000 €</b>	<b>64.000 €</b>
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<b>X</b>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 164</b>
<b>Dezernat:</b>	VI	<b>Haushaltsplan 2010 ff.</b>
<b>Fachbereich:</b>	Amt 62	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Kooperation mit der Stadt Essen	01.131, 09.020, 09.030, 09.040, 09.050, 09.060, 10.061

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Kooperation umfasst zzt. nur ein paar kommunale Produktgruppen. Ziel sollte aber sein, die gesamte Produktpalette (inkl. Pflichtaufgaben) einzubeziehen.

Seit der Novellierung der Gemeindeordnung (2/2004) kann durch § 23 Abs. 1 Satz 3 VermKatG NRW i. V. m. § 3 Abs. 2, 5 und 6 GO NRW, die Übertragung der VermKatG-Aufgaben oder ihrer Durchführung auf eine benachbarte Kommune (nur) auf Grund öffentlich-rechtlicher Vereinbarung erfolgen. Wenn es gelänge, trotz der derzeit entgegenstehenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu einer intensiveren engen Kooperation mit der Stadt Essen auch auf dem Gebiet der kommunalen und hoheitlichen (Pflicht-) Aufgaben zu kommen (arbeiten wie ein Amt), könnte ggfls. auf eine sonst zwingend notwendige Wiederbesetzung frei werdender leitender Stellen verzichtet werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	0 €	0 €	100.000 €	100.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	0 €	0 €	100.000 €	100.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
X	

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 165</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 62</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b> Erhöhung der Gebühren für die Abgabe städtischer Höhenpunkte			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b> 09.040			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b> (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Auf Anregung des Amtes 14 schlägt Amt 62 vor, die Gebühr für die Abgabe von städtischen Höhenfestpunktunterlagen von 3,00 € auf 12,50 € zu erhöhen und den Gebührentatbestand in eine besondere Tarifstelle der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Mülheim an der Ruhr zu beschreiben. Die 12,50 € passen sich somit an die gleich hohe Gebühr für die Auszüge aus den Höhenfestpunktunterlagen des Landes NRW an.</p> <p>Amt 30 weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die Vorschriften des sog. Äquivalenzprinzips eingehalten werden müssen. Sie besagen, dass die Gebühr das Äquivalent für die notwendigen Verwaltungsausgaben und den Wert der erbrachten Leistung darstellt. Eine Gebührenkalkulation muss somit von Amt 62 beigebracht werden. Erste grobe Abschätzungen weisen aber darauf hin, dass das Äquivalenzprinzip bei einer Gebührenerhöhung auf 12,50 € eingehalten werden wird. Bei einer Abgabe von durchschnittlich 300 Höhenpunkten pro Jahr ist mit einer Mehreinnahme von rd. 3000,- p.a. zu rechnen.</p> <p>Vorbehaltlich der Zustimmung von Amt 30 zu der Gebührenkalkulationsabschätzung von Amt 62 ist mit einer Übernahme in die Verwaltungsgebührensatzung Mitte 2010 zu rechnen.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>keine</b>	<b>konsumtiv</b>					
<b>keine</b>	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		<b>1.500 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		<b>1.500 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>	<b>3.000 €</b>
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Änderung der Verwaltungsgebührensatzung, Rat der Stadt				



## **Amt 66 (Amt für Verkehrswesen und Tiefbau)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
12.020 Verkehrsfl.-u. Anlagen	11.197.974 €	29.863.930 €	-18.665.956 €
12.030 Ingenieurbauwerke einschl. BV 1, BV 2 und BV 3	1.138.283 €	3.890.066 €	-2.751.783 €
12.040 Verkehrsplanung einschl. BV 1, BV 2 und BV 3	330.425 €	1.392.952 €	-1.062.527 €
13.020 Wasserw./Bodenschutz	116.500 €	1.572.871 €	-1.456.371 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>12.783.182 €</b>	<b>36.719.819 €</b>	<b>-23.936.637 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

Abwicklung straßenbaulicher Investitionen im Planungszeitraum 2009 - 2013 mit einem Volumen von 68,2 Mio. €, darunter :

- Ruhrbania Los 2
- Entwicklungsgebiet City Nord („Ruhrbania Los 3“)
- Tangente Styrum
- Erschließung Gewerbegebiet Flughafen
- Zweirichtungsverkehr Leineweberstraße

Laufende Unterhaltung von 530 km Straße, 260 Ingenieurbauwerken und 67 km Fließgewässern, darin enthalten (Auswahl) :

- jährlich rd. 2.300 Schadenstellen an Straßen
- jährlich rd. 4.400 Schadenstellen an Gehwegen

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

#### umgesetzt

- Nachtragswesen (bei Amt 14)
- Bauinvestitionscontrolling (bei 66-0)
- Berichtswesen umgesetzt im Rahmen der bestehenden Ziel-/Kennzahlen
- Steuerung von Bauhofleistungen (siehe Optimierungskonzept vom 28.05.2009)

#### keine Umsetzung

- Dienstanweisung Bauinvestitionscontrolling nicht umgesetzt wegen Personalmangels

Allgemeines:

Die Kosten der untersuchten Leistungen der Straßenunterhaltung liegen nur marginal über dem Benchmark-Mittelwert.

Die Verbesserungshinweise der GPA ergeben keine finanziell quantifizierbaren Einsparungen, die Hinweise zur Verbesserung von Nachtragsmanagement und Vergabewesen/Controlling werden - wo möglich - berücksichtigt (s. hierzu auch Schreiben vom 25.05.2009).

#### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 166</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 66</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>		
Erhöhung des Ertrages „Aktivierung von Eigenleistungen“				12.020		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Aktiviert Eigentleistung repräsentieren die im Zusammenhang mit aktivierungsfähigen (also i.d.R. investiven) Baumaßnahmen durch eigenes Personal erbrachten Leistungen, die der Baumaßnahme direkt zugeordnet werden können und ansonsten durch beauftragte Dritte hätten erbracht werden müssen. Dies können Planungsleistungen sein ebenso wie Tätigkeiten der Bauleitung. Zur Orientierung kann die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) dienen. Bisher werden pauschal 5% der Bausummen als aktivierte EL verbucht. Berechnungen des Amtes 66 zeigen jedoch, dass - z.B. bezogen auf die IST-Zahlen 2008 - die Personalkosten der in erster Linie betroffenen Teams (66-22 und 66-31) 13,4% der Baukosten ausmachen. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ein Teil der Personalaufwendungen für nicht aktivierungsfähige Baumaßnahmen oder allgemeine Verwaltungstätigkeiten erbracht wird, scheint eine Erhöhung auf 10% machbar. Eine Erhöhung auf 10% brächte zusätzliche Erträge von ca. 500.000 €. Bei Umsetzung der Maßnahme sind keine direkten Auswirkungen innerhalb und außerhalb der Verwaltung zu erwarten, da es sich um eine rein bilanzielle Verbuchung handelt.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		500.000 €	500.000 €	500.000 €	500.000 €	500.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		500.000 €	500.000 €	500.000 €	500.000 €	500.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 167</b>
<b>Dezernat:</b>	VI	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 66	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>
Weitere Erhöhung des Ertrages „Aktivierung von Eigenleistungen“	12.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Das Team 66-21 (Verkehrsplanung) erbringt Leistungen, die möglicherweise zumindest zum Teil aktivierungsfähig sind. Die Einbeziehung des Teams 66-21 brächte zusätzliche Erträge von ca. 200.000 €. Bei Umsetzung der Maßnahme sind keine direkten Auswirkungen innerhalb und außerhalb der Verwaltung zu erwarten, da es sich um eine rein bilanzielle Verbuchung handelt.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:	200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €
Reduzierung von Aufwand:					
<b>Summe:</b>	<b>200.000 €</b>				

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
<input checked="" type="checkbox"/> X	

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 168</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 66</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Investive Verbuchung von Straßendeckenüberzügen			12.020			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Bisher werden Deckenüberzüge als Unterhaltungsmaßnahmen gewertet, die den Ergebnisplan im selben Jahr in voller Höhe belasten. Nach dem vorläufigen Bilanzierungsleitfaden für das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) in Baden-Württemberg werden die Kosten von Deckenerneuerungen dem entsprechenden Anlagegut als Vermögenszugang gebucht, also investiv behandelt. Begründet wird das damit, dass durch die Deckenerneuerung eine Erhöhung des bisherigen Wertes des Anlagegutes erreicht wird. Eine entsprechende Verfahrensweise wird für die Stadt MH zzt. geprüft.</p>						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		0 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		0 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<input checked="" type="checkbox"/>						

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 169**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 66</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Optimierung der Straßenbeleuchtung

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

12.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Es werden Verhandlungen mit dem Stromlieferanten über Vertragsoptimierungen, mit der Zielsetzung 50.000 - 120.000 € einzusparen, geführt.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	50.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €
<b>Summe:</b>	50.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

X

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 170</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	VI					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 66					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Erhöhung der Parkgebühren			12.020			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Über die Höhe der Gebühren entscheidet der Rat der Stadt (Gebührensatzung). In der augenblicklichen Haushaltslage sind alle möglichen Einnahmepotentiale voll auszuschöpfen. Das Amt 66 schlägt daher eine deutliche Erhöhung der Parkgebühren vor. Eine Verdoppelung der Gebühren wird den Haushalt voraussichtlich um jährlich 600.000 € verbessern. Die Erhöhung könnte ggf. in mehreren Stufen erfolgen, bis im Jahr 2013 die volle Summe erreicht ist.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		150.000 €	300.000 €	600.000 €	600.000 €	600.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		150.000 €	300.000 €	600.000 €	600.000 €	600.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 171**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 66</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung der Marktstandsgebühren

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

12.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Über die Höhe der Gebühren entscheidet der Rat der Stadt (Gebührensatzung). In der augenblicklichen Haushaltslage sind alle möglichen Einnahmepotentiale voll auszuschöpfen. Wegen der Umbauarbeiten im Zuge von Ruhrbania Los 1 waren die Marktgebühren um 50% auf 2.000 € monatlich gesenkt worden. Nach Umzug des Marktes auf die Schloßstraße sind die Umsätze der Markthändler sehr deutlich gestiegen. Die Halbierung soll daher ab 2010 wieder rückgängig gemacht werden. Hierzu muss noch eine entsprechende Beschlussfassung (auf wieder 4.000 € monatlich) erfolgen, die in der aktuellen Finanzplanung bereits vorweggenommen ist. Angesichts des besseren Standortes in der Schloßstraße ist nach dem ersten Konsolidierungsjahr für die Markthändler eine Erhöhung auf 5.000 € monatlich (+1.000 € / monatlich je weiteren Markttag) vertretbar. Die weitere Anhebung der Marktstandsgebühren wird den Haushalt um jährlich 12.000 € verbessern.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	6.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	6.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 172</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	VI					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 66					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Einführung einer Abgabe für Schwerlastverkehre			12.030			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Fahrzeuge über 40t Gesamtgewicht benötigen eine Sondergenehmigung für das Befahren von Straßen und Brücken; neben den Gebühren des Amtes 32 könnte Amt 66 eine Schwerlastgebühr für das Befahren und die nachweisbare Starkbelastung von Brücken und Straßen erheben. Die Stadt Ludwigshafen hat die Gebühr für die "Übermäßige Benutzung einer öffentlichen Straße im Sinnen des §29 STVO" für LKW über 40t seit 25 Jahren. Jedoch erheben im gesamten Bundesgebiet nur sehr wenige Städte diese Gebühr.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		2.500 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		2.500 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>					
	Rat der Stadt					

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 173**

**Haushaltsplan 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 66</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung der Tiefgaragenpacht TG Wertgasse

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

12.030

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die vom Pächter APCOA beantragte Erhöhung der Parkgebühren führt zu einer vertragsgemäßen Erhöhung der Pacht. Die noch zu beschließende Erhöhung der Pacht wird den Haushalt um jährlich 3.600 € verbessern.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme (bitte aufteilen auf konsumtiv / investiv):**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	0 €	900 €	3.600 €	3.600 €	3.600 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	0 €	900 €	3.600 €	3.600 €	3.600 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 174</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 66</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Reduzierung konsumtiver Maßnahmen aus dem Straßenbauprogramm			12.020			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die Maßnahmen, die in der beiliegenden Anlage A aufgeführt sind, sind Bestandteil der Vormerkliste des Straßenbauprogramms. Die Liste enthält alle Maßnahmen, die mit "Rot" in der Straßenzustandserfassung gekennzeichnet sind. Es können jährlich maximal 500.000 € eingespart werden. Um die Verkehrssicherheit zu halten ist mit einem erhöhten Ausbesserungsaufwand zu rechnen.						
Die Jahre 2010 und 2011 wurden bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		<b>0 €</b>	<b>0 €</b>	<b>500.000 €</b>	<b>500.000 €</b>	<b>500.000 €</b>
<b>Summe:</b>		<b>0 €</b>	<b>0 €</b>	<b>500.000 €</b>	<b>500.000 €</b>	<b>500.000 €</b>
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 175</b>
<b>Dezernat:</b>	VI	<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>
<b>Fachbereich:</b>	Amt 66	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>
Aufgabe des Bewirtschaftungsvertrages HBP	12.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Mit der Hans-Böckler-Platz-Betreibergesellschaft bestehen vertragliche Vereinbarungen, die eine Kostenbeteiligung der Stadt u.a. an Reinigung und Bewachung des Forums bzw. des Überganges zwischen Forum und Bahnhof beinhalten. Die betroffenen Flächen stehen größtenteils nicht im Eigentum der Stadt. Nach Kündigung der bestehenden Verträge und Ausscheiden der Stadt aus der vg. Gesellschaft könnten die Ausgaben um rd. 64.500 € reduziert werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	32.250 €	64.500 €	64.500 €	64.500 €	64.500 €
<b>Summe:</b>	32.250 €	64.500 €	64.500 €	64.500 €	64.500 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 176</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	VI					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 66					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Abschaltung der Zierbrunnen			12.030			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Der Betrieb von Zierbrunnen dient der Aufenthaltsqualität und der Stadtgestaltung. Eine Einstellung des Betriebes ist möglich und bietet das unten dargestellte Einsparpotential. Um die Brunnen zu einem späteren Zeitpunkt wieder in Betrieb nehmen zu können, fallen weiterhin rund 35.000 € Grundwartungskosten jährlich an. Es besteht die Gefahr, dass die trockenen Brunnen betreten und u. U. beschädigt werden. Von dieser Maßnahme geht besonders im Sommer ein deutlich sichtbares Sparsignal aus und eine spürbare Verschlechterung der Aufenthaltsqualität wird in Kauf genommen.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €
<b>Summe:</b>		50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 177**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 66</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Einsparung von Personalkosten

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

12.020, 12.030, 12.040 und 13.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Amt 66 hat im Rahmen der Geschäftsprozessoptimierung umfangreiche Einsparvorschläge entwickelt, die sukzessive umgesetzt werden. Insgesamt hat Amt 11 den Einspareffekt beim Personalaufwand auf rund 300.000 € jährlich beziffert.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>	0 €	0 €	0 €	168.800 €	168.800 €
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	0 €	0 €	300.000 €	300.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	0 €	0 €	300.000 €	300.000 €
<b>nach Abzug Kosten:</b>	0 €	0 €	0 €	131.200 €	131.200 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

**X**

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 178</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 66</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Überprüfung Sonderposten Zuwendungen und Beiträge			12.020, 12.030, 12.040, 13.020			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die Stadt Mülheim an der Ruhr wird ihr Konzept zur Ermittlung der Sonderposten aufgrund einer Prüfungsbemerkung der Gemeindeprüfungsanstalt grundlegend überarbeiten. Die Neubewertung der Sonderposten für Beiträge und Zuwendungen wird erst mit dem Jahresabschluss 2010 (Fertigstellung frühestens Mitte 2011) realisiert. Der Grund dafür ist, dass zur korrekten Berechnung Bestandsdaten mit erheblichem Aufwand neu erfasst werden müssen. Die Verwaltung erwartet durch die Neuberechnung eine Verbesserung im Bereich der Auflösung der Sonderposten für Beiträge und Zuwendungen. Die Beträge der HSK - Maßnahme basieren auf einer vorgenommenen Schätzung. Der echte Wert wird erst mit dem Jahresabschluss 2010 (Fertigstellung frühestens Mitte 2011) ermittelt.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		<b>0 €</b>	<b>0 €</b>	<b>0 €</b>	<b>500.000 €</b>	<b>500.000 €</b>
<b>Summe:</b>		<b>0 €</b>	<b>0 €</b>	<b>0 €</b>	<b>500.000 €</b>	<b>500.000 €</b>
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
<b>X</b>						



## **Amt 67 (Amt für Grünflächenmanagement und Friedhofswesen)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
13.032 Grünflächenunterhaltung einschl. BV 1, BV 2 und BV 3	1.126.127 €	5.817.578 €	-4.691.451 €
13.033 Friedhöfe einschl. BV 1, BV 2 und BV 3	4.015.544 €	4.609.344 €	-593.890 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>5.141.671 €</b>	<b>10.427.012 €</b>	<b>-5.285.341 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

#### **• Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 29.11.2007**

- Vergabe sämtlicher Standardpflegearbeiten der Grünflächenunterhaltung an Private bis 2012

#### **• Aufgabe der Sozialräume „Alte Stadtgärtnerei“**

- Voraussetzung für eine Vermarktung der Stadtgärtnerei

#### **• Erstellung und Fortschreibung eines Friedhofsentwicklungskonzeptes**

- Reduzierung der nicht mehr für Friedhofszwecke benötigten Flächen

Ziel: Gebührenstabilität

Nachteil: Erhöhung des Anteiles „Öffentliches Grün“, da eine Vermarktung kaum möglich erscheint, Auswirkungen erst mittelfristig

#### **• Überarbeitung der Friedhofssatzung**

- Anpassung an stark veränderte Bestattungskultur
- Einführung von Waldurnengräbern
- Einführung von „pflegefreien“ Grabarten

#### **• Aufrechterhaltung der Grünpflegestandards auf Friedhöfen**

- Stichwort: Einnahmeverluste durch Pflegereduzierung

#### **• Konzeptentwicklung zur Ausweitung des Beratungsangebots**

- Stichwort: “Beratungshoheit” nicht ausschließlich den Bestattern und Anderen überlassen.

#### **• Überarbeitung der Friedhofsgebührensatzung**

- Ziel: Kostendeckende Friedhofsgebühren

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

umgesetzt

keine Umsetzung

**Beibehaltung der Kosten- und Leistungsrechnung in der neuen Organisationsstruktur.**

#### **Bewertung:**

Insellösungen einzelner Ämter scheint nicht sinnvoll. Die wesentlichen Merkmale der Kosten- und Leistungsrechnung wurden bereits im NKF übernommen und werden in den kommenden Jahren sicher noch zu verfeinern sein.

Einheitliche Darstellung, Regelung, Controlling und Steuerung für die Gesamtverwaltung wäre gefährdet.

**Ansatz des öffentlichen Grüns in der Gebührenkalkulation überdenken.**

**Zusätzliche Belastungen für den städtischen Haushalt sollten vermieden werden.**

**Bewertung:**

Im Zuge einer Gebührenneukalkulation der Friedhöfe und Beschlussfassung über eine neue Gebührensatzung ist über den öffentlichen Grünanteil zu entscheiden. Dann erst können auch die finanziellen Auswirkungen berechnet werden.

**Vermeidung von Unterdeckungen in den mit Gebühren belegten Einrichtungen.**

**Bewertung:**

Bei der Neufassung der Friedhofsgebührensatzung sind in Kenntnis der finanziellen Auswirkungen kostendeckende Gebühren anzustreben.

Umsetzung im Rahmen HSK

**Ermittlung von Konsolidierungspotenzialen im Grünflächenbereich durch Standardreduzierungen, Ansatzpunkt: MüGa und auch Kurpark Raffelberg**

Umsetzung im Rahmen des HSK möglich.

Für den Raffelbergpark als Beispiel für einen höheren Pflegestandard besteht eine entsprechende Bindung aufgrund einer Pflegeverpflichtung bis 2022 aus dem Zuwendungsbescheid über rd. 1,0 Mio Euro aus dem Jahr 1997.

Für die MüGa besteht ebenfalls noch eine Pflegeverpflichtung aus der damaligen Förderung bis 2020.

**4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 179</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	VI					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 67					
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Reduzierung von Pflegestandards auf städtischen Spielplätzen			<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b> 13.032			
<b>Beschreibung der Maßnahme:</b> (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll) Die Grünflächen auf städtischen Spielplätzen befinden sich zum überwiegenden Anteil in den Pflegestufen IV und V. Diese Stufen unterscheiden sich nur in der Pflege von Rasenflächen, ansonsten finden nur Verkehrssicherungsarbeiten statt. Bei einer Reduzierung der sich noch in der Pflegestufe IV befindlichen Rasenflächen in die Pflegestufe V erfolgen statt 10 Rasenschnitte nur noch 2 Wiesenschnitte im Jahr.						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	konsumtiv					
	investiv					
<b>Konsolidierungsbeitrag:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	39.700 €	39.700 €	39.700 €	39.700 €
<b>Summe:</b>		0 €	39.700 €	39.700 €	39.700 €	39.700 €
<b>Beschluss notwendig?</b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Bezirksvertretungen, Umweltausschuss				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 180</b>
<b>Dezernat:</b>	VI	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 67	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Verzicht auf die Hundetoiletten in Grünanlagen	13.032

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Hundetoiletten als freiwillige Serviceleistung für Hundebesitzer können entfernt werden. Als Folge des Abbaus der Tütenspender müssen Hundebesitzer ihre Plastiktüten zur Entsorgung von Hundekot wieder selbst mitführen. Da die Hundetoiletten auch fortwährendem Vandalismus unterliegen, erscheint der Verzicht zumutbar.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
<input checked="" type="checkbox"/> X	

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 181</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	<b>VI</b>					
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 67</b>					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Reduzierung von Pflegestandards in städtischen Grünanlagen			13.032			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die Grünanlagen befinden sich zum überwiegenden Anteil in den Pflegestufen IV und V. Diese Stufen unterscheiden sich nur in der Pflege von Rasenflächen, ansonsten finden nur Verkehrssicherungsarbeiten statt.						
Bei einer Reduzierung der sich noch in der Pflegestufe IV befindlichen Rasenflächen in die Pflegestufe V erfolgen statt 10 Rasenschnitte nur noch 2 Wiesenschnitte im Jahr.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	56.000 €	56.000 €	56.000 €	56.000 €
<b>Summe:</b>		0 €	56.000 €	56.000 €	56.000 €	56.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Bezirksvertretungen, Umweltausschuss				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 182</b>
<b>Dezernat:</b>	VI	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 67	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Verzicht auf Wechselbepflanzung und Blumenuhr auf der Schleuseninsel und in der Innenstadt	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>  13.032
--	--

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die Gestaltung der Schleuseninsel und der Innenstadt mit wechselnder Bepflanzung stellt zwar eine freiwillige Leistung dar, ist jedoch von entscheidend prägender Bedeutung für das städtische Erscheinungsbild. Der Verzicht auf Blumen in der Innenstadt sowie auf der Schleuseninsel einschließlich der Palmen und der Blumenuhr stellt einen erheblichen Eingriff ins Stadtbild dar.

Der Anbauvertrag für die Sommerbepflanzung 2010 musste bereits vergeben werden. Eine Einsparung der Wechselbepflanzung kann daher erst mit der Herbstbepflanzung 2010 beginnen.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	7.500 €	50.100 €	50.100 €	50.100 €	50.100 €
<b>Summe:</b>	7.500 €	50.100 €	50.100 €	50.100 €	50.100 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	BV 1

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 183</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	VI					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 67					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Neukalkulation der Friedhofsgebühren			13.033			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Die Friedhofsgebühren wurden zuletzt mit Wirkung vom 01.06.2006 angepasst. Auf Basis der tatsächlichen Werte 2009 wird 2010 eine Neukalkulation der Friedhofsgebühren vorgenommen. Eine hieraus resultierende Neufassung der Friedhofsgebührensatzung könnte im Laufe des Jahres 2011 in Kraft treten. Ob die dargestellten Mehreinnahmen tatsächlich zu erzielen sind, ist abhängig von der Neukalkulation und vom Bestattungsverhalten der kommenden Jahre. Die Mehreinnahmen stehen auch unter dem Vorbehalt einer rechtlichen Überprüfung der Gebühren unter Würdigung der kommunalen Verpflichtung, die Kosten des öffentlichen Grünanteils nicht dem Gebührenzahler aufzuerlegen.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		0 €	150.000 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		0 €	150.000 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				



## **Amt 70 (Amt für Umweltschutz)**

### **1. Grunddaten**

<b>Produktgruppe / Bezeichnung</b>	<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
02.180 Allg.Sich.Ordng.	0 €	99.378 €	-99.378 €
11.010 Abfallwirtschaft	20.177.987 €	18.312.313 €	1.865.674 €
11.020 Abwasserbes.	491.490 €	417.401 €	74.089 €
12.010 Straßenreinigung	3.487.610 €	4.189.859 €	-702.249 €
13.010 Kleing., Baum, Land	111.803 €	418.923 €	-307.121 €
13.011 Oberförsterei Wald	82.538 €	858.905 €	-776.367 €
14.023 Maßn. Umweltsch.	293.128 €	2.006.548 €	-1.713.420 €
<b>Fachbereichsergebnis:</b>	<b>24.644.556 €</b>	<b>26.303.327 €</b>	<b>-1.658.772 €</b>

### **2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung**

#### Aktuelle Herausforderungen

- Struktur der Abfallwirtschaft ab 2015
- Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie
- Lärm-/Luftreinhalteplanung
- Umsetzung/Entwicklung Landschaftsplan

#### Strategische Ausrichtung

- Kommunale Leistungen zu günstigen Gebühren
- Sicherstellung der umweltrechtlichen Mindestanforderungen im ordnungsbehördlichen Bereich
- stärkere Einbeziehung von Klimaschutz in kommunale Planungen

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Der GPA-Bericht trifft keine Aussagen zu Amt 70.

Maßnahmenvorschläge aus anderen Städten sind nicht anwendbar oder bereits umgesetzt.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 184</b>
<b>Dezernat:</b>	VI	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 70	

<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>	<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>
Erhöhung der Kleingartenpacht	13.010

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Der Generalpachtvertrag zwischen der Stadt und dem Kleingartenverband sieht rechnerisch eine Pacht von zzt. 0,10 €/qm/a vor. Die Erhöhung der Pacht auf eine angemessene Höhe von 0,15 € qm/a wäre möglich. Außerdem wäre die Kündigung der vertraglich vereinbarten Zuführung zur Rücklage möglich. Auf der Basis eines politischen Beschlusses könnte dann eine neue vertragliche Regelung mit dem Kreisverband verhandelt werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	15.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	15.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	Rat der Stadt

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 185</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	VI					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 70					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Verzicht auf freiwillige Leistungen			14.023			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Aufgabe der freiwilligen Aufgaben entsprechend dem Vorschlag PwC:						
- Aufgabe der Umweltberatung und damit zusammenhängender Aufgaben (Beratung, Umweltmarkt, Thermografieaktion, Umweltpreis, Mitgliedschaft NRW-Stiftung, Öko-Audit)						
- keine Bearbeitung der Thematik "Fluglärm Düsseldorf" einschl. Betreuung der Messstation						
- Gesamtvolumen ca. 1 Stelle + Sachkosten						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		<b>56.000 €</b>	<b>112.000 €</b>	<b>112.000 €</b>	<b>112.000 €</b>	<b>112.000 €</b>
<b>Summe:</b>		<b>56.000 €</b>	<b>112.000 €</b>	<b>112.000 €</b>	<b>112.000 €</b>	<b>112.000 €</b>
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

		<b>Maßnahme Nr. 186</b>
<b>Dezernat:</b>	VI	Haushaltsplanung 2010 ff.
<b>Fachbereich:</b>	Amt 70	

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Reduzierung des öffentlichen Anteils an der Straßenreinigung	<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>  12.010
--	--

### **Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Derzeit liegt die Quote des öffentlichen Anteils an der Straßenreinigung in Mülheim bei rd. 21 % (Hauptverkehrsstraßen rd. 25 %, kleinere Straßen 5 - 10 %). Dies macht ca. 1 Mio € aus. Früher gab es gesetzliche Vorgaben, die einen Satz von 25 % vorsahen. Diese Vorgaben existieren nicht mehr, so dass auch ein niedrigerer Satz denkbar ist. Fraglich ist, wie weit man diesen Satz herabsetzen kann. Der HSK-Vorschlag lautet daher, zu prüfen, ob eine Reduzierung des Prozentsatzes für 2011 möglich ist, und zwar um 5- 10 % (250.000 €)

### **evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

### **Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	0 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €
<b>Summe:</b>	0 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €

### **Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>	
			Rat der Stadt

**Allgemeine Finanzwirtschaft**  
**und**  
**Diverse**



## Amt 24 / Amt 20 (Allgemeine Finanzwirtschaft)

### 1. Grunddaten

Produktgruppe / Bezeichnung	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis
16.010 Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 24)	117.394.038 €	56.817.400 €	60.576.638 €
16.020 Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 20)	166.980.900 €	26.073.500 €	140.907.400 €
<b>Ergebnis:</b>	<b>284.374.938 €</b>	<b>82.890.900 €</b>	<b>201.484.038 €</b>

### 2. Herausforderungen / strategische Ausrichtung

Der Produktbereich 16 beinhaltet neben den Finanzerträgen und den Finanzaufwendungen (Zinsen) die sogen. „allgemeinen Deckungsmittel“. Dies sind im Wesentlichen die Erträge aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, dazu gehören die Realsteuern (Grundsteuer A, Grundsteuer B, Gewerbesteuer), die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bzw. Umsatzsteuer), die sonstigen Gemeindesteuern (Vergnügungssteuer, Hundesteuer) , sowie steuerähnliche Erträge und die Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich. Daneben sind die Schlüsselzuweisungen des Landes und die Konzessionsentgelte enthalten.

Im Aufwandsbereich handelt es sich hauptsächlich um pflichtige Umlagen, wie u. a. die Gewerbesteuerumlage, die Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit (Solidarbeitrag) und die Umlagen an den Landschaftsverband Rheinland und den Kommunalverband Ruhrgebiet.

Mit Ausnahme der Realsteuern (Hebesatzrecht der Gemeinde) sind weder die v. g. Ertrags- noch die Aufwandspositionen direkt von der Kommune zu beeinflussen.

Eine grundlegende Gemeindefinanzreform ist dringend geboten, steht aber derzeit – auch nach umfangreichen gutachterlichen Aktivitäten – noch aus. Kernpunkte einer Reform sind die Verstetigung von Einnahmen, eine Änderung der Solidarpaktregelung sowie umfassende Entschuldungsmaßnahmen.

Die Umsetzung ist von externen Faktoren (u. a. Bundes- und Landesgesetzgebung) abhängig. Der Gesetzgeber ist gefordert, die nötigen Rahmenbedingungen für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zu schaffen.

### **3. Umsetzung von Ansätzen aus dem GPA-Bericht**

Im Bereich der Allgemeinen Finanzwirtschaft war die Produktgruppe 16.020 des Amtes 20 Gegenstand des GPA-Berichtes.

#### **umgesetzt**

Siehe Vorschlag Grundsteuer

#### **keine Umsetzung**

##### Einführung einer Jagdsteuer

Diese Empfehlung der GPA ist nicht weiter zu verfolgen. In NRW wird die Jagdsteuer ab 2010 stufenweise abgeschafft. Laut Gesetz wird sie ab 01.01.2013 auf Null gefahren.

### **4. Ideen und Handlungsansätze zur Haushaltssicherung**

Siehe nachfolgende Maßnahmebögen.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 187**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>Allg. FinW.</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 20</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer A

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

16.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Gemäß § 6 der Haushaltssatzung 2009 hat der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr mit Datum vom 27.11.2008 einen Hebesatz für die Grundsteuer A von 230 % beschlossen. Der Hebesatz ist seit 1997 unverändert.

In einem Vergleich der umliegenden Städte werden für das Haushaltsjahr 2009 die folgenden Hebesätze für die Grundsteuer A ausgewiesen:

- Bochum: 250 %,
- Duisburg: 260 %,
- Essen: 255 %,
- Gelsenkirchen: 265 %,
- Oberhausen: 250 %.

Derzeit verzeichnet Gelsenkirchen mit 265 % den höchsten Hebesatz für die Grundsteuer A.

Zur Erzielung von dringend benötigten Mehrerträgen für Mülheim an der Ruhr wird der Hebesatz für die Grundsteuer A für das Haushaltsjahr 2010 auf 250 %, 2011 auf 270 %, 2012 auf 290 % und 2013 auf 310 % angehoben. Eine Erhöhung des Hebesatzes in dieser Größenordnung hätte für das Haushaltsjahr 2010 einen Mehrertrag von rd. 5.600€ zur Folge, bezogen auf die Einnahmen von 63.700€ aus der veranschlagten Finanzplanung 2010 ff. für die Grundsteuer A.

Die Erhöhung soll - in Abhängigkeit von der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation der Stadt Mülheim an der Ruhr - zu einem Zeitpunkt außerhalb der derzeitigen Finanzplanung wieder reduziert werden.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	5.550 €	11.100 €	16.650 €	22.200 €	22.200 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	5.550 €	11.100 €	16.650 €	22.200 €	22.200 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Rat der Stadt

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

### Maßnahme Nr. 188

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	<b>Allg. FinW.</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 20</b>

#### Bezeichnung der Maßnahme:

Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B

#### Produktgruppe / Position WiPl.:

16.020

#### Beschreibung der Maßnahme:

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Gemäß § 6 der Haushaltssatzung 2009 hat der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr mit Datum vom 27.11.2008 einen Hebesatz für die Grundsteuer B von 500 % beschlossen. Der Hebesatz ist seit 1997 unverändert.

In einem Vergleich der umliegenden Städte werden für das Haushaltsjahr 2009 die folgenden Hebesätze für die Grundsteuer B ausgewiesen:

Bochum: 495 %,  
 Duisburg: 500 %,  
 Essen: 510 %,  
 Gelsenkirchen: 530 %,  
 Oberhausen: 530 %.

Derzeit verzeichnen die Städte Oberhausen und Gelsenkirchen mit 530 % die höchsten Hebesätze für die Grundsteuer B.

Zur Erzielung von dringend benötigten Mehrerträgen für Mülheim an der Ruhr wird der Hebesatz für die Grundsteuer B für das Haushaltsjahr 2010 auf 530 %, 2011 auf 560 %, 2012 auf 590 % und 2013 auf 620 angehoben. Eine Erhöhung des Hebesatzes in dieser Größenordnung hätte für das Haushaltsjahr 2010 einen Mehrertrag von rd. 1,90 Mio. € zur Folge, bezogen auf die Einnahmen von 31,4 Mio. € aus der veranschlagten Finanzplanung 2010 ff. für die Grundsteuer B.

Die Erhöhung soll - in Abhängigkeit von der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation der Stadt Mülheim an der Ruhr - zu einem Zeitpunkt außerhalb der derzeitigen Finanzplanung wieder reduziert werden.

#### evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

#### Konsolidierungsbeitrag:

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	<b>1.900.000 €</b>	<b>3.840.000 €</b>	<b>5.850.000 €</b>	<b>8.000.000 €</b>	<b>8.000.000 €</b>
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	<b>1.900.000 €</b>	<b>3.840.000 €</b>	<b>5.850.000 €</b>	<b>8.000.000 €</b>	<b>8.000.000 €</b>

#### Beschluss notwendig?

nein:  ja, von...  Rat der Stadt

Anlage zu Maßnahme Nr. 188

**Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B**  
 ab 2010 von 500 % auf 530 %  
 ab 2011 von 530 % auf 560 %  
 ab 2012 von 560 % auf 590 %  
 ab 2013 von 590 % auf 620 %

**Exemplarische Darstellung der Auswirkungen  
 einer Hebesatzerhöhung an willkürlichen Beispielen**

Grundstücksart	Messbetrag	Steuer bei Hebesatz 500%	Steuer bei Hebesatz 530%	Erhöhung um	Steuer bei Hebesatz 560%	(weitere) Erhöhung um	Steuer bei Hebesatz 590%	(weitere) Erhöhung um	Steuer bei Hebesatz 620%	(weitere) Erhöhung um	Gesamt-erhöhung 2010 bis 2013
Eigentumswohnung	69,79 €	348,95 €	369,89 €	20,94 €	390,82 €	20,93 €	411,76 €	20,94 €	432,70 €	20,94 €	83,75 €
Einfamilienhaus	88,27 €	441,35 €	467,83 €	26,48 €	494,31 €	26,48 €	520,79 €	26,48 €	547,27 €	26,48 €	105,92 €
Zweifamilienhaus	157,23 €	786,15 €	833,32 €	47,17 €	880,49 €	47,17 €	927,66 €	47,17 €	974,83 €	47,17 €	188,68 €
Mietwohngrundstück*	260,37 €	1.301,85 €	1.379,96 €	78,11 €	1.458,07 €	78,11 €	1.536,18 €	78,11 €	1.614,29 €	78,11 €	312,44 €
Geschäftsgrundstück	21,11 €	105,55 €	111,88 €	6,33 €	118,22 €	6,34 €	124,55 €	6,33 €	130,88 €	6,33 €	25,33 €
* Angenommen, das Mietshaus hat vier identische Wohnungen, dann beträgt die Erhöhung 19,53 € je Mietpartei											
			weitere 19,53 € je Mietpartei		weitere 19,53 € je Mietpartei		weitere 19,53 € je Mietpartei		weitere 19,53 € je Mietpartei		78,12 € je Mietpartei

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 189**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>Allg. FinW.</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 20</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**  
Erhöhung des Hebesatzes Gewerbesteuer

**Produktgruppe / Position WiPl.:**  
16.020

### Beschreibung der Maßnahme:

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Gemäß § 6 der Haushaltssatzung 2009 hat der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr mit Datum vom 27.11.2008 einen Hebesatz für die Gewerbesteuer von 470 % beschlossen. Der Hebesatz ist seit 1997 unverändert.

In einem Vergleich der umliegenden Städte werden für das Haushaltsjahr 2009 die folgenden Hebesätze für die Gewerbesteuer ausgewiesen:

Bochum: 460 %,  
Duisburg: 470 %,  
Essen: 470 %,  
Gelsenkirchen: 480 %,  
Oberhausen: 490 %.

Derzeit verzeichnet Oberhausen mit 490 % den höchsten Gewerbesteuerhebesatz.

Zur Erzielung von dringend benötigten Mehrerträgen für Mülheim an der Ruhr wird der Hebesatz für die Gewerbesteuer ab dem Haushaltsjahr 2011 auf 500 % und ab 2013 auf 530 % angehoben. Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes in dieser Größenordnung hätte einen Mehrertrag von rd. 9,1 Mio.€ für 2011 zur Folge, bezogen auf Einnahmen von 141,9 Mio.€ aus der veranschlagten Finanzplanung 2011 ff. für die Gewerbesteuer. Die Erhöhung soll - in Abhängigkeit von der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation der Stadt Mülheim an der Ruhr - zu einem Zeitpunkt außerhalb der derzeitigen Finanzplanung wieder reduziert werden.

Die Gewerbesteuerumlage, die sich aus den erhöhten Erträgen ergeben würde, wurde nicht separat berechnet, sondern als Abschlag in der Berechnung der HSK-Maßnahme "Zinsaufwandsreduzierungen durch nicht benötigte Kredite aufgrund der HSK-Maßnahmen" berücksichtigt.

### evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

### Konsolidierungsbeitrag:

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	0 €	9.100.000 €	9.800.000 €	20.900.000 €	20.900.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	0 €	9.100.000 €	9.800.000 €	20.900.000 €	20.900.000 €

### Beschluss notwendig?

nein:  ja, von...   
 Rat der Stadt



## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 190**

Haushaltsplanung 2010 ff.

Dezernat:	Allg. FinW.
Fachbereich:	Amt 20

**Bezeichnung der Maßnahme:**  
Erhöhung des Steuersatzes für Tanzveranstaltungen  
im Rahmen der Vergnügungssteuersatzung

**Produktgruppe / Position WiPl.:**  
16.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Siehe Anlage.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme (bitte aufteilen auf konsumtiv / investiv):**

		2010	2011	2012	2013	2014
	konsumtiv					
	investiv					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
Erhöhung von Erträgen:	18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €
Reduzierung von Aufwand:					
<b>Summe:</b>	<b>18.000 €</b>				

**Beschluss notwendig?**

nein:		ja, von...	Rat der Stadt
-------	--	------------	---------------

## Anlage zu Maßnahme Nr. 190

### **Erhöhung des Steuersatzes für Tanzveranstaltungen im Rahmen der Vergnügungssteuersatzung**

Gemäß Vergnügungssteuersatzung vom 23.02.2006 wird für Tanzveranstaltungen

- eine Kartensteuer für ausgegebene Eintrittskarten oder
- eine Besteuerung nach der Größe des benutzten Raumes vorgenommen.

In einem Vergleich der umliegenden Städte werden für das Haushaltsjahr 2009 die folgenden Steuersätze ausgewiesen:

#### Steuersätze Tanzveranstaltungen

<b>Stadt</b>	<b>Besteuerung Eintrittskarten</b>	<b>Besteuerung Raumgröße</b>
Bochum	20%	1,50 € je angefangene 10 qm
Duisburg	20%	2,00 € je angefangene 10 qm
Düsseldorf	20%	1,00 € je angefangene 10 qm
Essen	20%	1,00 € je angefangene 10 qm
Gelsenkirchen	---	2,80 € je angefangene 10 qm
Oberhausen	---	1,00 € je angefangene 10 qm
<b>Mülheim</b>	<b>20%</b>	<b>1,00 € je angefangene 10 qm</b>

Die Vergnügungssteuererträge für Tanzveranstaltungen in 2009 liegen bei rd. 34.000 €. Von diesem Steueraufkommen wurden rd. 18.000 € durch eine Besteuerung nach Raumgröße vereinnahmt.

Zur Erzielung dringend benötigter Mehrerträge für Mülheim an der Ruhr wird der Steuersatz von Tanzveranstaltungen für eine Besteuerung nach der Größe des benutzten Raumes auf 2,00 € je angefangene 10 qm angehoben. Diese Verdoppelung des Steuersatzes hätte einen Mehrertrag von rd. 18.000 €/a zur Folge, bezogen auf das Steueraufkommen von Tanzveranstaltungen 2009 für eine Besteuerung nach der Größe des benutzten Raumes.

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 191**

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	<b>Allg. FinW.</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 20</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Erhöhung der Hundesteuer

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

16.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Siehe Anlage.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>	318.000 €	318.000 €	318.000 €	318.000 €	318.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>					
<b>Summe:</b>	318.000 €	318.000 €	318.000 €	318.000 €	318.000 €

**Beschluss notwendig?**

<b>nein:</b>	<b>ja, von...</b>
	Rat der Stadt

## Anlage zu Maßnahme Nr. 191

### **Erhöhung der Hundesteuer**

Gemäß Hundesteuersatzung vom 06.07.2009 wird für das Halten von Hunden eine Hundesteuer erhoben.

In einem Vergleich der umliegenden Städte werden für das Haushaltsjahr 2009 die folgenden Steuersätze ausgewiesen:

Stadt	1 Hund	2 Hunde, jeweils	3 und mehr Hunde, jeweils	Gefährliche Hunde, jeweils	2 und mehr gefährliche Hunde
Mülheim	120,00 €	138,00 €	156,00 €	504,00 €	---
Bochum	120,00 €	144,00 €	168,00 €	---	---
Düsseldorf	96,00 €	150,00 €	180,00 €	600,00 €	900,00 €
Duisburg	114,00 €	132,00 €	150,00 €	---	---
Essen	141,12 €	171,84 €	202,44 €	846,72 €	---
Gelsenkirchen	117,00 €	135,00 €	153,00 €	---	---
Oberhausen	156,00 €	216,00 €	252,00 €	---	---

Zur Erzielung dringend benötigter Mehrerträge für Mülheim an der Ruhr werden die Steuersätze angehoben auf:

1 Hund:	160,00 €
2 Hunde, jeweils:	220,00 €
3 und mehr Hunde, jeweils:	250,00 €
gefährliche Hunde, jeweils:	850,00 €.

Steuergegenstand	Derzeitiger Steuersatz	Erhöhung HSK-Vorschlag	Erhöhung jeweils um
1 Hund	120,00 €	160,00 €	40,00 €
2 Hunde, jeweils	138,00 €	220,00 €	82,00 €
3 und mehr Hunde, jeweils	156,00 €	250,00 €	94,00 €
gefährliche Hunde, jeweils	504,00 €	850,00 €	346,00 €

Die Erhöhung der Hundesteuer auf o. a. Steuersätze hätte einen Mehrertrag von rd. **318.000 €/a** zur Folge.

Steuergegenstand	Mehrertrag jeweils
1 Hund	234.000 €
2 Hunde, jeweils	68.000 €
3 und mehr Hunde, jeweils	9.000 €
gefährliche Hunde, jeweils	7.000 €
<b>Gesamt</b>	<b>318.000 €</b>

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 192**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	<b>Allg. FinW.</b>
<b>Fachbereich:</b>	<b>Amt 20</b>

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Zinsaufwandsreduzierungen durch nicht benötigte Kredite aufgrund der HSK-Maßnahmen

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

16.020

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Durch die eingebrachten HSK Vorschläge über den Finanzplanungszeitraum 2010ff. werden, bei entsprechender Beschlusslage, die geplanten Jahresfehlbeträge geringer ausfallen. Der damit einhergehende Kreditbedarf zur Deckung der Fehlbeträge, wäre entsprechend geringer anzusetzen. Die geplanten Zinsaufwendungen würden sich somit in jedem Jahre reduzieren. Diese HSK Maßnahme geht im Jahr 2013 von einer HSK - Einsparsumme von insgesamt 52.092.602 € aus.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	275.000 €	1.168.750 €	2.288.000 €	3.720.750 €	5.153.500 €
<b>Summe:</b>	275.000 €	1.168.750 €	2.288.000 €	3.720.750 €	5.153.500 €

**Beschluss notwendig?**

nein:  ja, von...

X

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
					<b>Maßnahme Nr. 193</b>	
					Haushaltsplanung 2010 ff.	
<b>Dezernat:</b>	Allg. FinW.					
<b>Fachbereich:</b>	Amt 24					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b>			<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b>			
Ausschüttung Abwasserbeseitigungsbetrieb			16.010			
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Der akkumulierte Gewinn beim Abwasserbeseitigungsbetrieb beträgt einschließlich Jahresergebnis 2008 in Summe: 5.414.888,35 €,						
Zielsetzung ist, dass der ABB in die Lage versetzt wird, die Jahresüberschüsse kontinuierlich (über die Jahre 2010 - 2013) an die Stadt auszuschütten.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		1.353.722 €	1.353.722 €	1.353.722 €	1.353.722 €	0 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		1.353.722 €	1.353.722 €	1.353.722 €	1.353.722 €	0 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 194**

Haushaltsplanung 2010 ff.

<b>Dezernat:</b>	alle
<b>Fachbereich:</b>	alle

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Pauschale Kürzung der fachspezifischen Fortbildung um 20%

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

alle

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Die fachspezifische Fort- und Weiterbildung wird um 20% gekürzt. Umsetzung durch das Amt 24.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	161.800 €	161.800 €	161.800 €	161.800 €	161.800 €
<b>Summe:</b>	161.800 €	161.800 €	161.800 €	161.800 €	161.800 €

**Beschluss notwendig?**

nein:	ja, von...
X	

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
				<b>Maßnahme Nr. 195</b>		
				<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>		
<b>Dezernat:</b>	alle					
<b>Fachbereich:</b>	alle					
<b><u>Bezeichnung der Maßnahme:</u></b> Durch Stelleneinsparungen werden Arbeitsplatzkosten reduziert				<b><u>Produktgruppe / Position WiPl.:</u></b> alle		
<b><u>Beschreibung der Maßnahme:</u></b> (inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
Insgesamt werden durch die Maßnahmen im Strategiefeld Personal, durch die Nutzung der planmäßigen Fluktuation, der außerplanmäßigen Fluktuation sowie durch das Auslaufen von Zeitverträgen Stelleneinsparungen erzielt. Der damit einhergehende Sachaufwand (Arbeitsplatzkosten) z.B. Energiekosten, Abschreibungen für Einrichtungsgegenstände, Informationstechnik, Bürobedarf, Dienstreisen, Leasing usw. fällt entsprechend nicht oder in geringerer Form an. Der Sachaufwand wurde für diese HSK-Maßnahme mit einer Realisierungswahrscheinlichkeit von pauschal 50% gerechnet.						
<b><u>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b><u>Konsolidierungsbeitrag:</u></b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>						
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>		0 €	457.053 €	627.041 €	847.301 €	847.301 €
<b>Summe:</b>		0 €	457.053 €	627.041 €	847.301 €	847.301 €
<b><u>Beschluss notwendig?</u></b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

## Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010

**Maßnahme Nr. 196**

**Haushaltsplanung 2010 ff.**

<b>Dezernat:</b>	alle
<b>Fachbereich:</b>	alle

**Bezeichnung der Maßnahme:**

Reduzierung der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen aufgrund geplanter Betriebsferien

**Produktgruppe / Position WiPl.:**

alle

**Beschreibung der Maßnahme:**

(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)

Zum Ende des Jahres 2009 wurden in der Verwaltung Betriebsferien durchgeführt. Dies führte zu einer Reduzierung der zu bildenden Urlaubs- und Überstundenrückstellungen. Für die Jahre 2010 ff. sind ebenfalls Betriebsferien geplant.

**evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:**

		2010	2011	2012	2013	2014
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					

**Konsolidierungsbeitrag:**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>					
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>	200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €
<b>Summe:</b>	200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €

**Beschluss notwendig?**

nein:

ja, von...

Konsolidierungsmaßnahmen zur Aufstellung des NKH 2010						
					<b>Maßnahme Nr. 197</b>	
					<b>Haushaltsplanung 2010 ff.</b>	
<b>Dezernat:</b>	Allg. FinW.					
<b>Fachbereich:</b>	Ref. II					
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>			<b>Produktgruppe / Position WiPl.:</b>			
Beteiligung der Sparkasse am Haushaltskonsolidierungsprozess			16.010			
<b>Beschreibung der Maßnahme:</b>						
(inkl. Auswirkungen innerhalb u. außerhalb der Verwaltung positiv/negativ, sowie der konkreten Darstellung, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll)						
<p>Die Sparkasse Mülheim an der Ruhr ist in ihrem Geschäftsgebiet gut aufgestellt. Im Privat- und Firmenkundengeschäft ist die Sparkasse mit Anteilen mit jeweils über 50 % Marktführer in Mülheim an der Ruhr. Die Geschäftsstrategie sieht vor, die Marktstellung und Rentabilität dauerhaft zu sichern und in Teilen auszubauen. Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie speziell der Entwicklung bei der WestLB steht die Sparkasse allerdings vor großen Herausforderungen. Die beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung der WestLB werden die Sparkasse dauerhaft erheblich belasten. Gemäß §§ 8 (2) g, 24 (4) i.V. § 25 Sparkassengesetz NW beschließt die Vertretung des Trägers (Rat der Stadt) auf Vorschlag des Verwaltungsrates der Sparkasse über die Verwendung des Jahresüberschusses. Wobei der Beschluss nicht zu einer Änderung des festgestellten Jahresabschlusses führt (§ 25 (1)). Bei ihrer Entscheidung hat die Vertretung des Trägers die Angemessenheit der Ausschüttung im Hinblick auf die künftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Sparkasse zu berücksichtigen (§ 25 (2)). Dazu gehört, dass die Sparkasse jederzeit bankaufsichtliche Kennziffern erfüllen muss um nicht den Entzug der Bankerlaubnis gemäß Kreditwesengesetz (KWG) zu riskieren. Gemäß Sparkassengesetz NW ist die Stadt Mülheim an der Ruhr Träger der Sparkasse und gehört indirekt zum Konsolidierungspotenzial. Zielsetzung ist, dass die Sparkasse in die Lage versetzt wird kontinuierlich an die Stadt auszuschütten.</p>						
<b>evt. Kosten zur Umsetzung der Maßnahme:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>konsumtiv</b>					
	<b>investiv</b>					
<b>Konsolidierungsbeitrag:</b>						
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>Erhöhung von Erträgen:</b>		1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €
<b>Reduzierung von Aufwand:</b>						
<b>Summe:</b>		1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €
<b>Beschluss notwendig?</b>						
<b>nein:</b>		<b>ja, von...</b>				
		Rat der Stadt				

# Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

## Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

Maßnahmen-Nr.	Dezernat	Produktgruppe (bzw. Pos. Wirtschaftsplan)	Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsverbesserung in €					im Ansatz: ja/ nein/ teilw.	Bemerkungen  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014		
<b>Dezernat I</b>										
1	R1	01.021	Zuschuss Spielplatz	9.270	9.270	9.270	9.270	9.270	nein	
2	R1	01.021	Mitgliedsbeitrag Institut für Diakoniewissenschaften (IFD)	6.670	6.670	6.670	6.670	6.670	nein	
3	R1	01.021	Ehrengaben bei Jubiläen	5.500	5.500	5.500	5.500	5.500	nein	
4	R1	01.021	Todesanzeigen / Trauerkränze	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500	nein	Einbindung des Ältestenrates erforderlich
5	R1	15.020	Geschäftsbesorgungsvertrag MST	0	100.000	250.000	500.000	500.000	nein	Vertragslaufzeit bis 01.01.2011 / Kündigung bis 30.06.2010
6	R1	01.021	Verzicht auf Fachliteratur (Musterreden)	350	350	350	350	350	nein	
7	R1	01.021	Einschränkungen von Bewirtungen	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	nein	
			<b>Summe Referat 1</b>	<b>26.290</b>	<b>126.290</b>	<b>276.290</b>	<b>526.290</b>	<b>526.290</b>		
8	16	01.140	Optimierung der Gremienarbeit durch den Einsatz von Laptops	0	60.000	75.000	75.000	75.000	nein	
9	16	01.140	Reduzierung der Fraktionszuwendungen	0	23.995	47.990	79.984	79.984	nein	
10	16	01.140	Reduzierung der Aufwandsentschädigungen	0	75.850	75.850	75.850	75.850	nein	
11	16	01.140	Einsparung von Bewirtungsaufwand	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	nein	
12	16	01.140	Kürzung der Reisekosten von Mandatsträgern	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	nein	
13	16	01.141, 01.142, 01.143	Kürzung der Verfügungsmittel der Bezirksvertretungen	19.200	19.200	19.200	19.200	19.200	nein	

## Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

**Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.**

M a ß n a h m e n - N r.	D e z e m b e r	P r o d u k t g r u p p e ( bzw. Pos. im Wirtschaftsplan)	B e z e i c h n u n g d e r M a ß n a h m e	H a u s h a l t s v e r b e s s e r u n g i n €					g e m. GPA-Bericht: Seite	i m A n s a t z: j a / n e i n / t e i l w.	B e m e r k u n g e n  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014			
14	1	01.140	Umstrukturierung innerhalb des Amtes	0	0	0	102.000	102.000	n	nein	
15	1	01.140	Reduzierung von portogebundenen Zwischenmeldungen der Bürgeragentur	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	n	nein	
16	1	01.140	Umsetzung der ILV des KommunikationsCenters	0	0	325.800	651.600	651.600	n	nein	Erhöhung der Erträge durch ILV
17	1	01.150	Einsparung der städt. partnerschaftlichen Aktivitäten Sachaufwendungen	15.000	30.000	30.000	30.000	30.000	n	nein	
18	1	01.150	Einsparung der städt. partnerschaftlichen Aktivitäten Personalaufwendungen	33.400	120.000	120.000	120.000	120.000	n	nein	
19	1	01.150	Aufgabe der Geschäftsstelle des Fördervereins Mülheimer Partnerstädte	52.040	52.040	52.040	52.040	52.040	n	nein	
20	1	01.150	Wegfall der Zuschüsse für Schulen, Vereine und Verbände zur Förderung städt. partnerschaftliche Beziehungen	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	n	nein	
21	1	01.150	Wegfall des Festes der Kulturen	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	n	nein	
22	1	01.150	Kürzung von Zuschüssen an ausländische Vereine und Verbände	5.300	5.300	5.300	5.300	5.300	n	nein	
23	1	02.120	Reduzierung der Stimmbezirke	3.300	0	0	3.300	3.300	n	nein	
<b>Summe Amt 16</b>				<b>162.840</b>	<b>420.985</b>	<b>785.780</b>	<b>1.248.874</b>	<b>1.248.874</b>			
<b>Summe Dezernat I</b>				<b>189.130</b>	<b>547.275</b>	<b>1.062.070</b>	<b>1.775.164</b>	<b>1.775.164</b>			

### Dezernat II

24	2	R2	Verwaltungsführung	0	0	0	58.100	58.100	n	nein	
25	2	R2	alle	0	0	0	0	0	n	nein	

# Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

## Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

M a ß n a h m e n - N r.	D e z e m b e r	P r o d u k t g r u p p e (bzw. Pos. Wirtschaftsplan)	B e z e i c h n u n g d e r M a ß n a h m e	H a u s h a l t s v e r b e s s e r u n g i n €					g e m. GPA-Bericht: Seite	i m A n s a t z: j a / n e i n / t e i l w.	B e m e r k u n g e n  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)	
				2010	2011	2012	2013	2014				
26	2	R2	verschiedene	Reintegration der eigenbetrieblichen Einrichtungen und Eigenbetriebe	60.000	40.000	75.000	140.000	140.000	n	nein	siehe auch gesonderte Anlage
27	2	R2	verschiedene	Weitere Optimierung des Vermögensbestandes	0	0	0	0	0	n	nein	nicht bezifferbar
28	2	R2	01.047, 01.048, 01.040	Zusammenlegung der Ämter 20 und 24	0	0	0	144.092	144.092	n	nein	
29	2	R2	01.162	Auflösung der ÖPP-Stabstelle im Jahr 2011	0	297.197	292.269	293.708	293.708	n	nein	
30	2	R2	01.060, 01.100	Neugliederung des Amtes 10	0	65.918	197.755	197.755	197.755	n	nein	
				<b>Summe Referat 2</b>	<b>60.000</b>	<b>403.115</b>	<b>565.024</b>	<b>833.655</b>	<b>833.655</b>			
31	2	10	01.060	Optimierung der Postzustellung an die Fachbereiche	7.138	7.138	7.138	7.138	7.138	n	nein	
32	2	10	01.100	Bannerwerbung auf der städt. Internetseite (Verzeichnisdienste)	4.000	5.000	6.000	7.000	7.000	n	nein	
33	2	10	01.100	Überprüfung der Softwareprodukte auf Notwendigkeit	0	0	0	0	0	n	nein	Die mögliche Einsparsumme kann zurzeit nicht beziffert werden.
34	2	10	01.100	Weiterentwicklung zum konzernweiten Systemhaus	0	0	0	0	0	n	nein	Die mögliche Einsparsumme kann zurzeit nicht beziffert werden.
				<b>Summe Amt 10</b>	<b>11.138</b>	<b>12.138</b>	<b>13.138</b>	<b>14.138</b>	<b>14.138</b>			
35	2	20	01.047	Öffentlich-rechtliche Beitreibung privatrechtlicher Forderungen	0	0	0	0	0	n	nein	Kontinuierliche Übernahme privatrechtlicher Forderungen vom Amt 30 optimiert die bereits bewährte einheitliche Vollstreckung.
36	2	20	01.047, 01.048	Reduzierung des Stellenbestandes	96.920	120.670	144.420	144.420	144.420	n	nein	
				<b>Summe Amt 20</b>	<b>96.920</b>	<b>120.670</b>	<b>144.420</b>	<b>144.420</b>	<b>144.420</b>			
37	2	24	01.040	Verkürzung der Mahnzeiten - Erhöhung der Erträge aus Mahngebühren	15.000	35.000	60.000	70.000	70.000	n	nein	
38	2	24	01.040	Rückgabe von SAP Lizenzen	0	20.000	25.000	55.000	55.000	n	nein	

## Diskussionspapier für ein Haushalts sicherungskonzept 2010 ff.

**Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.**

M a ß n a h m e n - N r.	D e z e m b e r	P r o d u k t g r u p p e (bzw. Pos. Wirtschaftsplan)	B e z e i c h n u n g d e r M a ß n a h m e	H a u s h a l t s v e r b e s s e r u n g i n €					g e m. G P A - B e r i c h t : S e i t e	i m A n s a t z : j a / n e i n / t e i l w.	B e m e r k u n g e n  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014			
39	2	01.040	Rückgabe Haufe Lizenz (Buchhaltungsinformationssoftware)	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	n	nein	
40	2	01.040	Einführung eines kompletten debitorischen und kreditorischen Workflows mit einer zusätzlichen Entwicklung hin zum papierlosen Büro	0	0	45.900	45.900	45.900	n	nein	
41	2	01.040	Reduzierung von Beratungskosten um 20 %	0	12.000	22.000	58.000	58.000	n	nein	
			<b>Summe Amt 24</b>	<b>16.000</b>	<b>68.000</b>	<b>153.900</b>	<b>229.900</b>	<b>229.900</b>			
42	2	I 4281,4282,4285	Überprüfung und Optimierung der Energieverträge zur Senkung der jährlichen Energiekosten	-50.000	500.000	900.000	900.000	900.000	n	nein	Neubetrachtung und EU-Ausschreibung soll gutachterlich in 2010 begleitet werden. Somit entstehen Vorlaufkosten von 50.000 € in 2010.
43	2	I 4280,4281,4282,4285	Einbau von moderner Technologie und Sanierung von Gebäuden zur nachhaltigen Energieeinsparung	0	235.000	230.000	225.000	225.000	n	nein	Entsprechende Mittel zur Umsetzung (z.Bsp. KP II) sind im Investitionsprogramm eingestellt
44	2	I 4280,4281,4285	Energieeinsparungen durch Informationen und Schulungen zur Verbesserung des Nutzerverhaltens	-50.000	140.000	140.000	140.000	140.000	n	nein	Es entstehen regelmäßig Schulaufwendungen i.H.v. 50.000 € , wodurch erst im 2. Jahr nach Einführung Einsparungen ausgewiesen werden.
45	2	I 4800-4835	Veränderung der Hausmeisterdienste in Schulen	0	100.000	200.000	300.000	300.000	n	nein	
46	2	I 8017	Veränderung der Kostensätze der Benutzungs- und Entgeltordnung für Schulen	7.500	15.000	15.000	15.000	15.000	n	nein	
47	2	I 4800-4835	Aufgabe der Rufbereitschaft durch eigenes Personal	0	40.000	40.000	40.000	40.000	n	nein	
48	2	I 4920	Begrenzung der Wegstreckenentschädigung im Bereich Objektcenter und Planungsteam	10.000	15.000	15.000	15.000	15.000	n	nein	
49	2	I alle	Optimierung der Immobilienbewirtschaftung und -nutzung	0	0	0	0	0	n	nein	nicht bezifferbar
50	2	I 4293,48ff.,49ff.	Optimierung der Unterhaltsreinigung aller städtischer Gebäude	0	125.000	300.000	300.000	300.000	n	nein	
			<b>Summe IS</b>	<b>-82.500</b>	<b>1.170.000</b>	<b>1.840.000</b>	<b>1.935.000</b>	<b>1.935.000</b>			
51	2	I 1211	Reduzierung der Anlegestellen Ruhrschiffahrt	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	n	nein	

# Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

## Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

Maßnahmen-Nr.	Dezernat	Produktgruppe (bzw. Pos. Wirtschaftsplan)	Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsverbesserung in €					im Ansatz: ja/ nein/ teilw.	Bemerkungen  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)	
				2010	2011	2012	2013	2014			
52	BtMH	1211, 1350	Stilllegung der MS Oberhausen	0	115.000	115.000	115.000	115.000	n	nein	
53	BtMH	2120	Erhöhung des Fahrpreises (Rührschiffahrt)	0	20.000	20.000	20.000	20.000	n	nein	
54	BtMH	2210	Bewirtschaftung der oberirdischen Parkplätze an der Tiergarage Stadthalle	0	115.000	115.000	115.000	115.000	n	nein	
55	BtMH	1211	Reduzierung der Betreibergebühren für das Wasserkraftwerk	0	60.000	60.000	60.000	60.000	n	nein	
56	BtMH	2110	Dynamisierung der Hafentarife	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	n	nein	
57	BtMH	1323	Optimierung von Wartungsaktivitäten	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	n	nein	
58	BtMH	1220	Kooperation Hafenbetrieb	0	10.000	10.000	10.000	10.000	n	nein	
59	BtMH	2110	Erhöhung des Hafentarifs	0	0	130.000	130.000	130.000	n	nein	
			<b>Summe BRMH</b>	<b>79.000</b>	<b>399.000</b>	<b>529.000</b>	<b>529.000</b>	<b>529.000</b>			
60	BtM	verschiedene	Linienetzoptimierung MVG	0	250.000	350.000	500.000	500.000	n	nein	
61	BtM	Finanzanlagen	Ausschüttung MEG	233.580	210.630	354.450	277.950	277.950	n	nein	
			<b>Summe BHM</b>	<b>233.580</b>	<b>460.630</b>	<b>704.450</b>	<b>777.950</b>	<b>777.950</b>			
			<b>Summe Dezernat II</b>	<b>414.138</b>	<b>2.633.553</b>	<b>3.949.932</b>	<b>4.464.063</b>	<b>4.464.063</b>			

## Diskussionspapier für ein Haushalts sicherungskonzept 2010 ff.

### Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

Maßnahmen-Nr.	Dezernat	Produktgruppe (bzw. Pos. im Wirtschaftsplan)	Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsverbesserung in €					gem. GPA-Bericht: Seite	im Ansatz: ja/ nein/ teilw.	Bemerkungen  (siehe auch Einzel Erläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)	
				2010	2011	2012	2013	2014				
<b>Dezernat III</b>												
62	3	R3	01.023	0	0	25.400	50.900	50.900	50.900	n	nein	
				0	0	25.400	50.900	50.900	50.900			
			<b>Summe Referat 3</b>									
63	3	11	01.999	8.000	24.000	20.000	12.000	12.000	12.000	n	nein	
64	3	11	01.080	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	n	nein	
65	3	11	01.999	30.000	60.000	100.000	100.000	100.000	100.000	n	nein	
66	3	11	01.080	0	0	0	0	0	0	n	nein	Die möglichen Mehrerträge können noch nicht beziffert werden.
67	3	11	01.080	0	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	n	nein	
			<b>Summe Amt 11</b>	<b>85.000</b>	<b>251.000</b>	<b>287.000</b>	<b>279.000</b>	<b>279.000</b>	<b>279.000</b>			
68	3	14	01.150	20.000	0	0	0	0	0	v	ja	
69	3	14	01.150	94.000	94.000	94.000	94.000	94.000	94.000	n	nein	Vw-8
			<b>Summe Amt 14</b>	<b>94.000</b>	<b>94.000</b>	<b>94.000</b>	<b>94.000</b>	<b>94.000</b>	<b>94.000</b>			
70	3	30	01.110	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	n	nein	
			<b>Summe Amt 30</b>	<b>0</b>	<b>5.000</b>	<b>5.000</b>	<b>5.000</b>	<b>5.000</b>	<b>5.000</b>			
71	3	32	02.130	37.500	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	n	nein	
72	3	32	02.130	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	n	nein	

# Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

## Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

M a ß n a h m e n - N r.	D e z e m b e r	P r o d u k t g r u p p e (bzw. Pos. Wirtschaftsplan)	B e z e i c h n u n g d e r M a ß n a h m e	H a u s h a l t s v e r b e s s e r u n g i n €					g e m. GPA-Bericht: Seite	i m A n s a t z: j a / n e i n / t e i l w.	B e m e r k u n g e n  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014			
73	3	02.130	Standardreduzierung Fundbüro	15.600	31.200	31.200	31.200	31.200	n	nein	
74	3	02.160	Mobile Geschwindigkeitsüberwachung	23.000	37.400	37.400	37.400	37.400	n	ja	Die Kosten der Maßnahme wurden gegengerechnet.
75	3	02.160	Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung	710.600	1.421.200	1.421.200	1.421.200	1.421.200	n	nein	Die Kosten der Maßnahme wurden gegengerechnet. Personalbedarf wird noch ermittelt.
76	3	02.140	Reduzierung der Kontrollen in Lebensmittelbetrieben durch Einsparung 1/2 Stelle	17.500	35.000	35.000	35.000	35.000	n	nein	
77	3	02.130	Reduzierung der Routinekontrollen im Bereich Schwarzarbeit	15.000	30.000	30.000	30.000	30.000	n	nein	
78	3	02.130	Schwerpunktkontrollen	9.500	18.750	18.750	18.750	18.750	n	nein	
79	3	02.201	Privatisierung Tierheim	0	0	0	0	0	n	nein	Die Minderaufwendungen können noch nicht beziffert werden.
80	3	02.130	Wochenendruftbereitschaft	5.000	10.000	10.000	10.000	10.000	n	nein	
			<b>Summe Amt 32 (ohne bereits im HPL enthaltene Maßnahme)</b>	<b>835.700</b>	<b>1.646.150</b>	<b>1.646.150</b>	<b>1.646.150</b>	<b>1.646.150</b>			
81	3	02.100	Neubürgeraschen	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	n	nein	
82	3	02.080	Erhöhung der Verwaltungsgebühren	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	n	nein	
83	3	02.080, 02.090, 02.100, 02.110	Werbung im Bürgeramt	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	n	nein	
			<b>Summe Amt 33</b>	<b>16.000</b>	<b>16.000</b>	<b>16.000</b>	<b>16.000</b>	<b>16.000</b>			
84	3	02.200, 02.201	Ausbildung "Feuerwehr" für Dritte intensivieren	21.000	0	30.800	0	30.800	n	nein	
85	3	02.200, 02.201	Einsparung 1/2 Stelle Verwaltung	41.040	41.040	41.040	41.040	41.040	n	nein	

## Diskussionspapier für ein Haushalts sicherungskonzept 2010 ff.

Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

M a ß n a h m e n - N r.	D e z e m b e r	P r o d u k t g r u p p e (bzw. Pos. im Wirtschaftsplan)	B e z e i c h n u n g d e r M a ß n a h m e	H a u s h a l t s v e r b e s s e r u n g i n €					g e m. G P A - B e r i c h t : S e i t e	i m A n s a t z : j a / n e i n / t e i l w.	B e m e r k u n g e n  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014			
86	3	02.200	Streckung des Aufbaus der Freiwilligen Feuerwehr	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	v	nein	
			<b>Summe Amt 37</b>	<b>102.040</b>	<b>81.040</b>	<b>111.840</b>	<b>81.040</b>	<b>111.840</b>			
			<b>Summe Dezernat III</b>	<b>1.132.740</b>	<b>2.093.190</b>	<b>2.185.390</b>	<b>2.172.090</b>	<b>2.202.890</b>			
<b>Dezernat IV</b>											
87	4	01.024	Ansatzreduzierung Beitrag VWA	370	370	370	370	370	n	ja	
			<b>Summe Referat 4 (ohne bereits im HPL enthaltene Maßnahme)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>			
88	4	06.020	Erhöhung des Elternbeitragsaufkommens / Kita	230.000	550.000	550.000	550.000	550.000	n	nein	Satzungsänderung erforderlich
89	4	03.020	Erhöhung des Elternbeitragsaufkommens / OGS	70.000	170.000	170.000	170.000	170.000	n	nein	Satzungsänderung erforderlich
90	4	03.010	Reduzierung des Einrichtungs- und Ausstattungsstandards der Mülheimer Schulen	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	n	nein	
91	4	06.030	Budgetreduzierung Ferienfreizeiten und Ferienspiele	7.750	15.500	23.250	31.000	31.000	n	nein	In diesem Bereich werden Einnahmen in Höhe von ca. 40.000 € erzielt, die sich bei Kürzungen verringern würden.
92	4	06.030	Zuschussreduzierung Jugendkultur	2.950	5.900	8.850	11.800	11.800	n	nein	
93	4	06.030	Reduzierung Zuschüsse für die Jugendarbeit	92.150	184.300	276.450	368.600	368.600	n	nein	
94	4	06.030	Reduzierung Zuschuss präventiver Jugendschutz Stadt	450	900	1.350	1.800	1.800	n	nein	
95	4	06.030	Zuschussreduzierung Jugendstadtrat	400	800	1.200	1.600	1.600	n	nein	
96	4	06.030	Reduzierung Schwerpunktförderung	1.125	2.250	3.375	4.500	4.500	n	nein	
97	4	06.030	Reduzierung Spielpädagogischer Dienst	315	630	945	1.260	1.260	n	nein	

# Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

## Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

Maßnahmen-Nr.	Dezernat	Produktgruppe (bzw. Pos. Wirtschaftsplan)	Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsverbesserung in €					im Ansatz: ja/ nein/ teilw.	Bemerkungen  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)	
				2010	2011	2012	2013	2014			
98	4	06.030	Einsparung bei den zwei städt. Jugendzentren	900	1.800	2.700	3.600	3.600	n	nein	
99	4	06.030	Teilnehmerbeiträge bei Ferienspielen erhöhen	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	n	nein	
100	4	06.030	Aufgabe der städtischen Jugendherberge	0	132.000	132.000	132.000	132.000	n	nein	
101	4	03.020	Reduzierung der Pauschale für Kooperationspartner in der Offenen Ganztagschule	83.300	200.000	200.000	200.000	200.000	n	nein	
102	4	03.020	Reduzierung der Ersatzbeschaffungen in der Offenen Ganztagschule (z. B. Möbel etc.)	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	n	nein	
103	4	03.020	Reduzierung der Sachkostenpauschale in der Offenen Ganztagschule	16.700	40.000	40.000	40.000	40.000	n	nein	
104	4	03.020	Reduzierung des Personalschlüssels in der Offenen Ganztagschule	134.750	323.400	323.400	323.400	323.400	n	nein	
105	4	03.010	Abbau von Schulgebäudekapazitäten im Rahmen der Bildungsentwicklungsplanung	36.000	151.000	260.000	910.000	910.000	n	nein	
106	4	03.010	Wegfall des Sozialfonds zur Schulwegbewältigung von Förderschülern	9.375	22.500	22.500	22.500	22.500	n	nein	
107	4	06.020	Erhöhung des Verpflegungsentgeltes in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder (Kostendeckung 100%)	280.000	672.000	672.000	672.000	672.000	n	nein	
			<b>Summe Amt 45</b>	<b>1.039.165</b>	<b>2.545.980</b>	<b>2.761.020</b>	<b>3.517.060</b>	<b>3.517.060</b>			
108	4	2.04.300	Wegfall der Gewährung von Geschwisterermäßigungen	10.000	20.000	20.000	20.000	20.000	n	nein	
109	4	2.04.300	Einführung eines Entgeltes für nicht in Mülheim wohnende Schüler/innen	2.500	5.000	5.000	5.000	5.000	n	nein	

## Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

Maßnahmen-Nr.	D e z a m t	Produktgruppe (bzw. Pos. Wirtschaftsplan)	Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsverbesserung in €						gem. GPA-Bericht: Seite	im Ansatz: ja/ nein/ teilw.	Bemerkungen (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014	* A r t			
110	4 B	2.04.300	Innerbetriebliche Umstrukturierung der Fachbereiche in der Musikschule	20.000	90.000	140.000	250.000	250.000	n	Ku-26/29	nein	
111	4 B	2.04.300	Raumoptimierung bei öffentlichen Konzerten	15.000	30.000	30.000	30.000	30.000	n		nein	
112	4 B	2.04.400	Reduzierung des Angebotes der VHS um 1/3	0	230.000	450.000	450.000	450.000	n		nein	
113	4 B	2.04.400	Erhöhung des Deckungsbeitrages durch Entgeltserhöhung bei der VHS	12.500	50.000	75.000	110.000	110.000	n	Ku-40	nein	
114	4 B	2.04.400	Langfristige Vermietung der freierwerdenden Räume in der VHS	0	0	40.000	40.000	40.000	n		nein	
115	4 B	2.04.500	Erhöhung des Entgeltaufkommens um 100 % der Bibliothek	45.000	90.000	90.000	90.000	90.000	n	Ku-16	nein	
116	4 B	2.04.500	Aufgabe des dezentralen Zweigstellensystems oder der Fahrbücherei	0	225.000	225.000	700.000	700.000	n	Ku-12/13	nein	
117	4 B	2.04.500	Aufgabe diverser Veranstaltungsreihen in der Bücherei	9.000	10.000	10.000	10.000	10.000	n		nein	
118	4 B	2.04.500	Reduzierung des Angebotes des Medienzentrums	38.000	50.000	50.000	50.000	50.000	n		nein	
119	4 B	2.04.600	Aufgabe des stadsgeschichtlichen Museums Tierseegehaus	0	30.000	30.000	30.000	30.000	n		nein	
120	4 B	2.04.600	Erhöhung des Gebührenaufkommens im Bereich Stadlarhiv	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	n		nein	
121	4 B	2.04.700	Bürgerschaftliche Beteiligung und Optimierung Kunstmuseum in der Alten Post	0	50.000	100.000	1.000.000	1.000.000	n		nein	
122	4 B	2.04.100	Reduzierung im Bereich "stücke"	0	70.000	70.000	70.000	70.000	n		nein	
123	4 B	2.04.100	Aufgabe Sinfonie- und Kammerkonzerte	0	66.000	155.000	155.000	155.000	n		nein	
124	4 B	2.04.100	Optimierung Blumen und Catering	10.000	15.000	15.000	15.000	15.000	n		nein	

# Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

## Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

M a ß n a h m e n - N r.	D e z e m b e r	P r o d u k t g r u p p e (bzw. Pos. Wirtschaftsplan)	B e z e i c h n u n g d e r M a ß n a h m e	H a u s h a l t s v e r b e s s e r u n g i n €					g e m. G P A - B e r i c h t : S e i t e	i m A n s a t z : j a / n e i n / t e i l w.	B e m e r k u n g e n  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)	
				2010	2011	2012	2013	2014				
125	4	K B	2.04.100	Erhöhung der Eintrittspreise Theater	0	10.000	15.000	20.000	20.000	n	nein	
126	4	K B	2.04.000	Reduzierung Begegnungstälten	7.000	27.000	27.000	27.000	27.000	n	nein	
127	4	K B	2.04.000	Reduzierung kulturfördernder Aktivitäten	0	10.000	40.000	40.000	40.000	n	nein	
				<b>Summe Kulturbetrieb</b>	<b>170.000</b>	<b>1.079.000</b>	<b>1.588.000</b>	<b>3.113.000</b>	<b>3.113.000</b>			
				<b>Summe Dezernat IV</b>	<b>1.209.165</b>	<b>3.624.980</b>	<b>4.349.020</b>	<b>6.630.060</b>	<b>6.630.060</b>			
<b>Dezernat V</b>												
128	5	R5	01.121	Reduzierung von Personalkosten (Integrationskoordination)	0	0	109.677	109.677	109.677	n	nein	
129	5	R5	02.171, 05.171	Einsparung von Personalkosten (Stadtforschung und Statistik)	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	n	nein	
				<b>Summe Referat 5</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>	<b>159.677</b>	<b>159.677</b>	<b>159.677</b>			
130	5	50	05.020	Reduzierung des pauschalen Zuschusses an die Schulnberater der AWO zur Beratung nach § 16 Abs. 2 SGB II	15.000	25.000	35.000	45.000	45.000	n	nein	
131	5	50	05.020	Reduzierung der pauschalen Beihilfen für die Wohnungs-Erstaussattung	180.000	200.000	220.000	240.000	240.000	n	nein	
132	5	50	05.030	Ertragsverbesserung durch erhöhten Bundeszuschuss zu den Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Kap. 4 SGB XII	105.000	265.000	430.000	480.000	480.000	n	nein	
133	5	50	05.040	Reduzierung der Aufwendungen beim Fahrdienst für behinderte Menschen (Taxifahrtscheine)	35.000	55.000	75.000	95.000	95.000	n	nein	
134	5	50	05.030, 05.040	Reduzierung der Zuschüsse an freie Träger	54.000	107.000	161.000	215.000	215.000	n	nein	
				<b>Summe Amt 50</b>	<b>389.000</b>	<b>652.000</b>	<b>921.000</b>	<b>1.075.000</b>	<b>1.075.000</b>			
135	5	53	07.030	Aufgabe der Drogenmedizinischen Ambulanz	155.500	311.000	311.000	311.000	311.000	n	nein	Ge-31

## Diskussionspapier für ein Haushalts sicherungskonzept 2010 ff.

### Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

Maßnahmen-Nr.	Dezember-Nr.	Produktgruppe (bzw. Pos. Wirtschaftsplan)	Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsverbesserung in €						gem. GPA-Bericht: Seite	im Ansatz: ja/ nein/ teilw.	Bemerkungen  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014	Summe			
136	5	07.010	Aufgabe der Geschäftsführung für die AGB (Arbeitsgemeinschaft der Behindertenverbände)	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	n		nein	
137	5	07.030	Reduzierung der Zuschüsse an freie Träger	30.000	60.000	90.000	120.000	120.000	n		nein	
			<b>Summe Amt 53</b>	<b>203.500</b>	<b>389.000</b>	<b>419.000</b>	<b>449.000</b>	<b>449.000</b>				
138	5	3.08.100	Erhebung von Nutzungsgebühren/Energiekostenbeiträge für den Übungsbetrieb und Veranstaltungen der Vereine	0	67.100	146.100	225.200	225.200	n		nein	
139	5	3.08.100	Erhöhung der Miet- und Pachtkosten	100	700	700	900	900	n		nein	
140	5	3.08.100	Reduzierung des Reinigungsstandards	0	40.600	40.600	40.600	40.600	n		nein	
141	5	3.08.200	Schließung Friedrich-Wenmann-Bad	0	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	n		nein	
142	5	3.08.200	Schließung Naturbad Mülheim-Styrum	0	530.000	530.000	530.000	530.000	n		nein	
143	5	3.08.200	Erhöhung der Bädergebühren	0	0	0	0	0	n		nein	
144	5	3.08.200	Wegfall der Hausaufsicht beim Schwimmen	0	64.000	64.000	64.000	64.000	n	Fi-44	nein	
145	5	3.08.300	Kürzung Zuschuss Sportentwicklungsplanung	12.500	25.000	50.000	75.000	75.000	n		nein	
146	5	3.08.300	Kürzung Zuschüsse an Vereine	6.500	13.000	19.500	26.000	26.000	n		nein	
147	5	3.08.300	Kürzung Beihilfen Sportförderung	200	1.000	1.500	2.000	2.000	n		nein	

# Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

## Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

Maßnahmen-Nr.	Dezernat	Produktgruppe (bzw. Pos. Wirtschaftsplan)	Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsverbesserung in €					im Ansatz: ja/ nein/ teilw.	Bemerkungen  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014		
148	MS	3.08.500	Beteiligung Drachenbootrennen	1.350	2.700	4.050	5.400	5.400	n	
149	MS	3.08.300	Verzicht auf den Jahresempfang Sport	0	3.300	3.300	3.300	3.300	n	
			<b>Summe MSS</b>	<b>20.650</b>	<b>2.247.400</b>	<b>2.359.750</b>	<b>2.472.400</b>	<b>2.472.400</b>		
			<b>Summe Dezernat V</b>	<b>663.150</b>	<b>3.338.400</b>	<b>3.859.427</b>	<b>4.156.077</b>	<b>4.156.077</b>		
<b>Dezernat VI</b>										
150	R6	14.021	Einsparung des Bereiches Lokale Agenda	0	91.435	91.435	91.435	91.435	n	nein
151	R6	01.026, 09.010, 01.132, 14.021, 14.024	Personelle Optimierung	24.605	49.210	49.210	530.294	530.294	n	nein
			<b>Summe Referat 6</b>	<b>24.605</b>	<b>140.645</b>	<b>140.645</b>	<b>621.729</b>	<b>621.729</b>		
152	61	09.070	Verzicht auf Bekanntmachungen in der Tagespresse	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	n	nein
153	61	09.070	Verzicht auf den Gestaltungsbeitrag	0	0	0	7.000	7.000	n	nein
154	61	09.070	Reduktion (der Vergabe) städtebaulicher Entwürfe	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	n	nein
155	61	09.07	Reduktion (der Vergabe) von Rahmenplanungen	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	n	nein
156	61	09.070	Übertragung von Kosten für notwendige Gutachten auf die Planungsbegünstigten	25.000	50.000	50.000	50.000	50.000	n	nein
157	61	09.070	Konsequente Anwendung des § 13a BauGB	2.500	6.000	6.000	6.000	6.000	n	nein
158	61	09.070	Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen	0	10.000	10.000	10.000	10.000	n	nein

## Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

**Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.**

Maßnahmen-Nr.	D e z e m b e r n a m e	Produktgruppe (bzw. Pos. Wirtschaftsjahr)	Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsverbesserung in €						gem. GPA-Bericht: Seite	im Ansatz: ja/ nein/ teilw.	Bemerkungen  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014	* A r t			
159	6 61	09.070	Fallpauschale für nicht eingereichte aber vorab gestimmte vorhabenbezogene Bebauungspläne	0	2.500	5.000	5.000	5.000	n		nein	
160	6 61	09.070	Verwaltungspauschale RFNP / FNP (regionaler Flächennutzungsplan / Flächennutzungsplan)	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	n		nein	
161	6 61	09.080	Streichen des städt. Zuschusses im Rahmen der Denkmalpflege in der Siedlung Heimerde	5.000	10.000	15.000	27.000	27.000	n		nein	
162	6 61	09.080	Streichen des städt. Zuschusses im Rahmen der Denkmalpflege (sog. "Stadtspauschale")	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	n		nein	
			<b>Summe Amt 61</b>	<b>62.500</b>	<b>108.500</b>	<b>116.000</b>	<b>135.000</b>	<b>135.000</b>				
163	6 62	01.131, 09.020, 09.030, 09.040, 09.050, 09.060, 10.061	Umstrukturierung im Amt 62	12.000	24.000	24.000	64.000	64.000	n	KA-18 KA-35 KA-42	nein	
164	6 62	01.131, 09.020, 09.030, 09.040, 09.050, 09.060, 10.061	Kooperation mit der Stadt Essen	0	0	0	100.000	100.000	n		nein	
165	6 62	09.040	Erhöhung der Gebühren für die Abgabe städt. Höhenpunkte	1.500	3.000	3.000	3.000	3.000	n		nein	
			<b>Summe Amt 62</b>	<b>13.500</b>	<b>27.000</b>	<b>27.000</b>	<b>167.000</b>	<b>167.000</b>				
166	6 66	12.020	Erhöhung des Ertrages "Aktivierung von Eigenleistungen" (EL 1)	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	n		nein	
167	6 66	12.020	Erhöhung des Ertrages "Aktivierung von Eigenleistungen" (EL 2)	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	n		nein	
168	6 66	12.020	Investive Verbuchung von Straßendeckenüberzügen	0	400.000	400.000	400.000	400.000	n		nein	Vertrag mit medl läuft noch bis 31.12.2013;
169	6 66	12.020	Optimierung der Straßenbeleuchtung	50.000	120.000	120.000	120.000	120.000	n		nein	Konsolidierungsbeiträge nur unter dem Vorbehalt, dass eine vorzeitige Vertragsauflösung möglich ist.
170	6 66	12.020	Erhöhung der Parkgebühren	150.000	300.000	600.000	600.000	600.000	n		nein	
171	6 66	12.020	Erhöhung der Marktstandsgebühren	6.000	12.000	12.000	12.000	12.000	n		nein	

# Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

## Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

M a ß n a h m e n - N r .	D e z e m b e r	P r o d u k t g r u p p e (bzw. Pos. Wirtschaftsplan)	B e z e i c h n u n g d e r M a ß n a h m e	H a u s h a l t s v e r b e s s e r u n g i n €					g e m . G P A - B e r i c h t : S e i t e	i m A n s a t z : j a / n e i n / t e i l w .	B e m e r k u n g e n  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014			
172	6	12.030	Einführung einer Abgabe für Schwerlastverkehre	2.500	10.000	10.000	10.000	10.000	n	nein	
173	6	12.030	Erhöhung der Tiefgaragenpacht TG Wertgasse	900	3.600	3.600	3.600	3.600	n	nein	
174	6	12.020	Reduzierung konsumtiver Maßnahmen aus dem Straßenbauprogramm	0	0	500.000	500.000	500.000	n	nein	Die Verbesserung in den Jahren 2010 und 2011 wurde bereits bei der Planaufstellung 2010 u. 2011 berücksichtigt.
175	6	12.020	Aufgabe des Bewirtschaftungsvertrages HBP	32.250	64.500	64.500	64.500	64.500	n	nein	
176	6	12.030	Abschaltung der Zierbrunnen	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	n	nein	
177	6	12.020, 12.030, 12.040, 13.020	Einsparung von Personalkosten	0	0	0	131.200	131.200	n	nein	
178	6	12.020, 12.030, 12.040, 13.020	Überprüfung Sonderposten Zuwendungen und Beiträge	0	0	0	500.000	500.000	n	nein	
			<b>Summe Amt 66</b>	<b>991.650</b>	<b>1.660.100</b>	<b>2.460.100</b>	<b>3.091.300</b>	<b>3.091.300</b>			
179	6	13.032	Reduzierung des Pflegestandards auf städt. Spielplätzen	0	39.700	39.700	39.700	39.700	n	nein	
180	6	13.032	Verzicht auf die Hundetoiletten in Grünanlagen	0	10.000	10.000	10.000	10.000	n	nein	
181	6	13.032	Reduzierung von Pflegestandards in städt. Grünanlagen	0	56.000	56.000	56.000	56.000	n	nein	
182	6	13.032	Verzicht auf Wechselbepflanzung und Blumenuhr auf der Schleuseninsel und in der Innenstadt	7.500	50.100	50.100	50.100	50.100	n	nein	
183	6	13.033	Neukalkulation Friedhofsgebühren	0	150.000	300.000	300.000	300.000	n	nein	
			<b>Summe Amt 67</b>	<b>7.500</b>	<b>305.800</b>	<b>455.800</b>	<b>455.800</b>	<b>455.800</b>			
184	6	13.010	Erhöhung der Kleingartenpacht	15.000	30.000	30.000	30.000	30.000	n	nein	

## Diskussionspapier für ein Haushalts sicherungskonzept 2010 ff.

### Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

M a ß n a h m e n - N r.	D e z e m b e r	P r o d u k t g r u p p e ( bzw. Pos. im Wirtschaftsplan)	B e z e i c h n u n g d e r M a ß n a h m e	H a u s h a l t s v e r b e s s e r u n g i n €					g e m. GPA-Bericht: Seite	i m A n s a t z: j a / n e i n / t e i l w.	B e m e r k u n g e n  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014			
185	6 70	14.023	Verzicht auf freiwillige Leistungen	56.000	112.000	112.000	112.000	112.000	n	nein	
186	6 70	12.010	Reduzierung des öffentlichen Anteils an der Straßenreinigung	0	250.000	250.000	250.000	250.000	n	nein	
			<b>Summe Amt 70</b>	<b>71.000</b>	<b>392.000</b>	<b>392.000</b>	<b>392.000</b>	<b>392.000</b>			
			<b>Summe Dezernat VI</b>	<b>1.170.755</b>	<b>2.634.045</b>	<b>3.591.545</b>	<b>4.862.829</b>	<b>4.862.829</b>			
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft und Diverse</b>											
187	Allg. FinW. 20	16.020	Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer A	5.550	11.100	16.650	22.200	22.200	v	nein	Der Hebesatz (zzt. 230 %) ist seit 1997 unverändert.
188	Allg. FinW. 20	16.020	Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B	1.900.000	3.840.000	5.850.000	8.000.000	8.000.000	v	nein	Der Hebesatz (zzt. 500 %) ist seit 1997 unverändert. Siehe auch gesonderte Anlage
189	Allg. FinW. 20	16.020	Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer	0	9.100.000	9.800.000	20.900.000	20.900.000	v	nein	Der Hebesatz (zzt. 470 %) ist seit 1997 unverändert.
190	Allg. FinW. 20	16.020	Erhöhung des Steuersatzes für Tanzveranstaltungen im Rahmen der Vergütungsersatzung	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	n	nein	
191	Allg. FinW. 20	16.020	Erhöhung der Hundesteuer	318.000	318.000	318.000	318.000	318.000	n	nein	
192	Allg. FinW. 20	16.020	Zinsaufwandsreduzierungen durch nicht benötigte Kredite aufgrund der HSK-Maßnahmen	275.000	1.168.750	2.288.000	3.720.750	5.153.500	n	nein	
193	Allg. FinW. 24	16.010	Ausschüttung Abwasserbeseitigungsbetrieb	1.353.722	1.353.722	1.353.722	1.353.722	0	v	nein	
194	Div. alle	alle	Pauschale Kürzung der fachspezifischen Fortbildung um 20%	161.800	161.800	161.800	161.800	161.800	n	nein	
195	Div. alle	alle	Durch Stelleneinsparungen werden Arbeitsplatzkosten reduziert.	0	457.053	627.041	847.301	847.301	n	nein	

## Diskussionspapier für ein Haushalts sicherungskonzept 2010 ff.

Teil A: Maßnahmenkatalog des Diskussionspapiers für ein Haushalts sicherungskonzept 2010 ff.

Maßnahmen-Nr.	D e z e m b e r n. - a n z e i t	Produktgruppe (bzw. Pos. im Wirtschaftsplan)	Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsverbesserung in €					gem. GPA-Bericht: Seite	im Ansatz: ja/ nein/ teilw.	Bemerkungen  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2010	2011	2012	2013	2014			
196	Div.	alle	Reduzierung der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen aufgrund geplanter Betriebsferien	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000		nein	
197	Allg. Finw.	16.010	Beteiligung der Sparkasse am Haushaltskonsolidierungsprozess	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000		nein	
			<b>Summe Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>5.232.072</b>	<b>17.628.425</b>	<b>21.633.213</b>	<b>36.541.773</b>	<b>36.620.801</b>			
			<b>Gesamtsumme aller Maßnahmen</b>	<b>10.011.150</b>	<b>32.499.868</b>	<b>40.630.597</b>	<b>60.602.056</b>	<b>60.711.884</b>			





## Diskussionspapier für ein Haushalts sicherungskonzept 2010 ff.

### Teil D: Bereits in den Haushalt 2010 ff. eingearbeitete Maßnahmen aus den freiwilligen Haushaltssicherungskonzepten der Jahre 2008 und 2009 (nachrichtlich)

Die nachhaltig wirkenden Maßnahmen aus den freiwilligen Haushaltssicherungskonzepten 2008 und 2009 sind bereits in den Haushaltsplan ab 2009 vollständig eingearbeitet und daher nicht mehr in das Diskussionspapier 2010 ff. aufgenommen worden. Der insgesamt eingearbeitete Betrag beläuft sich 2010 auf rd. 2,5 Mio. €. Es handelt sich dabei um folgende Positionen:

M a ß n a h m e - N r .	D e z e m b e r	P r o d u k t t y p e ( bzw. P o s . W i r t s c h a f t s p l a n )	B e z e i c h n u n g d e r M a ß n a h m e	H a u s h a l t s v e r b e s s e r u n g i n €					g e m . G P A - B e r i c h t : S e i t e	i m A n s a t z : j a / n e i n / t e i l w .	B e m e r k u n g e n  ( s i e h e a u c h E i n z e l e r l ä u t e r u n g e n z u d e n M a ß n a h m e n )  * A r t : ( n = n a c h h a l t i g , v = v o r ü b e r g e h e n d )
				2009	2010	2011	2012	2013			
1 (alt)	24	01.040	Stückzahlreduzierung der Haushaltsplandruckexemplare	31.000	31.000	42.000	42.000	42.000	n	ja	Der verabschiedete NKH 2010 sowie zukünftige Entwürfe und verabschiedete Haushaltspläne werden nur noch als CD zugeleitet.
2 (alt)	R II	Wirtschaftsplan Betriebe der Stadt	Vollautomatisierung des Wasserkraftwerk Raffelberg	200.000	248.000	248.000	248.000	248.000	n	ja	
3 (alt)	R II	Wirtschaftsplan Betriebe der Stadt	Optimierung der Stromverkaufserlöse	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	n	ja	
4 (alt)	V VI	versch.	Organisationsstraffung	20.000	128.000	148.000	170.000	170.000	n	ja	Restrukturierungsmaßnahmen durch Organisationsstraffung in den Dezernaten V und VI durch Auflösung der Ämter 63 und 64 und Zuordnung zu den Ämtern 61, 62 bzw. 50.
5 (alt)	R I	15.020	Geschäftsbesorgungsvertrag MST	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	n	ja	Vertragsänderung MST Weitere Kürzung ab 2011 durch neue HSK-Maßnahme (siehe HSK 2010 ff. Maßnahme Nr. 5)
6 (alt)	50	05.040	Beendigung Mietverhältnis Aussiedlerunterkunft Zinkhüttenstraße	380.000	380.000	380.000	380.000	380.000	n	ja	Aussiedlerunterkunft Zinkhüttenstraße wurde abgemietet.
7 (alt)	50	05.020	Ausweitung Ermittlungsdienst SGB II	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	n	ja	Übernahme einer Fachkraft in den Bereich der Sozialagentur
8 (alt)	50	05.030	Einsatz einer Fachkraft für ein Pflegemanagement	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	n	ja	Umsetzung des Ziels "ambulante Hilfe vor stationärer"
9 (alt)	50	05.030	Forcierung ambulanter Hilfen	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	n	ja	
10 (alt)	50	05.030	Leistungsabsenkung im Bereich HLU	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	n	ja	Anpassung an die Richtlinien des LWL für kostenaufwendige Ernährung
11 (alt)	50	05.040	Auflösung des Übergangsheimes Oberheidstraße 51	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	v/h	ja	Einzusparende Betriebs- und Personalkosten. Als Ersatz für die Auflösung des Übergangsheimes Hofstraße 3 (Ifr. Nr.7 HSK 2008 ff.)
12 (alt)	50	05.040	Auflösung des Übergangsheimes Stockhecke	105.000	105.000	105.000	105.000	105.000	v/h	ja	Verkauf des Grundstücks (325 T€, IS einmalig 2008) und einzusparende Betriebs- und Personalkosten
13 (alt)	50	06.010	Ertragssteigerung im Bereich Unterhaltsvorschussleistungen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	n	ja	Durch Einsatz einer weiteren Fachkraft (50 T€) können Mehrerträge (150 T€) erzielt werden
14 (alt)	50	06.010	Verstärkung ambulanter Hilfen im Bereich der Jugendhilfe	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	n	ja	Steigerung der Fallzahlen und somit Reduzierung von Aufwand der stat. Unterbringungen (450 T€) durch 3 weitere Fachkräfte (150 T€)

## Diskussionspapier für ein Haushalts sicherungskonzept 2010 ff.

Maßnahmen-Nr.	D e z e m b e r n a t	Produktgruppe ( bzw. Pos. Wirtschaftsjahr)	Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsverbesserung in €					gem. GPA-Bericht: Seite	im Ansatz: ja/ nein/ teilw.	Bemerkungen  (siehe auch Einzelerläuterungen zu den Maßnahmen)  * Art: (n = nachhaltig, v = vorübergehend)
				2009	2010	2011	2012	2013			
15 (alt)	5	10.050 u. 10.060	Verringerung Aus- und Fortbildung	500	500	500	500	500	n	ja	Amt 64 wurde zwischenzeitlich aufgelöst und die Aufgaben in andere Fachbereiche eingegliedert.
16 (alt)	2	01.100	EDV-Dienstleistungen für die MVG						n	ja	Nicht quantifizierbar.
17 (alt)	2	01.060	Nutzung des Print- and Mailing-Centers durch Konzerntöchter	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	n	ja	
18 (alt)	5	10.060	Angebot zur vorzeitigen Rückzahlung von Arbeitgeberdarlehen mit Kapitalnachlass						v	ja	Position nachrichtlich aufgeführt (letztmalige Verbesserung in 2008)
19 (alt)	2	R II Wirtschaftsplan MVG	Restrukturierung MVG - Bruns-Gutachten						n	ja	Das Restrukturierungspotenzial von 8,2 Mio. € wird sukzessive umgesetzt.
<b>Summe:</b>				<b>2.366.500</b>	<b>2.522.500</b>	<b>2.553.500</b>	<b>2.575.500</b>	<b>2.575.500</b>			

## **Anlage: Interkommunale Zusammenarbeit (Rückblick)**

Die wichtigsten Kooperationen und Projekte der letzten zehn Jahre:

### 2000

- Lenkungsgruppe Innenstadt (Polizei Stadt Mülheim an der Ruhr / Stadt Essen, Führung der sozialen Verbände) – Ordnungsamt (32)
- Kooperationen im Zusammenhang mit dem "Geodatenzentrum NRW" und „Geo-Zentrum- Ruhr“ – Vermessungsamt (62)

### 2001

- Zusammenarbeit der Volkshochschulen der Städte Duisburg, Oberhausen, Essen und Mülheim an der Ruhr (DOME) – Kulturbetrieb
- Zusammenarbeit zum Thema „Städteregion 2030“ – Planungsamt (61)
- Bergisch-Rheinischer Wasserverband (wasserwirtschaftliches Dienstleistungsunternehmen - Körperschaft des öffentlichen Rechts) – Umweltamt (70)

### 2002

- Fortbildung bezüglich des Erwerbs von Zusatzqualifikationen (z.B. ADV-Kurse, Englisch-Kurse) mit der Stadt Oberhausen – Personalamt (11)
- Biologische Station Westliches Ruhrgebiet mit den Städten Duisburg und Oberhausen – Umweltamt (70)

### 2003

- Fortbildung im Bereich NKF mit den Städten Duisburg und Essen – Personalamt (11)

### 2004

- Mitgliedschaft im KDN (Dachverband Kommunaler IT-Dienstleister in NRW) – Amt für Zentrale Dienste (10)
- Gemeinsame SAP-Beschaffung innerhalb der KDN – Amt für Zentrale Dienste (10)
- Gemeinsame Streife mit der Polizei (Städte Essen und Mülheim an der Ruhr) – Ordnungsamt (32)
- Förderprogrammcontrolling (jährliches Monitoring) der RAA in NRW – Schulamt (45)
- Regionaler Flächennutzungsplan in Zusammenarbeit mit den Städten Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen, Bochum und Herne – Planungsamt (61)
- Theater an der Ruhr mit weiterführenden Schulen der Region - Kulturbetrieb

## 2005

- Projekt Wikor (Wissensmanagement in Rechtsämtern mit mehreren Kommunen in NRW) – Rechtsamt (30)
- Ruhrgebietsparkausweis – Ordnungsamt (32)
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben durch den Amtsapotheker der Stadt Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen – Gesundheitsamt (53)
- Seit 2005 gemeinsame Hardware-Beschaffung innerhalb der KDN – Amt für Zentrale Dienste (10)
- Gemeinsame Leasingverträge innerhalb der KDN – Amt für Zentrale Dienste (10)

## 2006

- Tierseuchenzentrum mit Duisburg und Oberhausen – Ordnungsamt (32)
- Projekt "Gemeinsame Nutzung des Satelliten- Vermessungsgerätes der Stadt Mülheim an der Ruhr" – Vermessungsamt (62)
- Diverse Projekte im Rahmen "Kulturhauptstadt 2010" – Kulturbetrieb
- Gemeinsame Softwarebeschaffung im Steuerbereich innerhalb der KDN – Amt für Zentrale Dienste (10)

## 2007

- Ordnungspartnerschaft Bahnhöfe (Polizei - Stadt Mülheim an der Ruhr / Stadt Essen / Betriebe der Stadt) und Qualitätsmanagement mit abschließender Zertifizierung im Bereich der Lebensmittelüberwachung / Veterinäramt mit den Städten Hagen und Leverkusen – Ordnungsamt (32)
- seit 2007 Nutzung der Dataclearing NRW und Beitritt Governikus zum Datenaustausch im Einwohnerwesen innerhalb der KDN – Amt für Zentrale Dienste (10)
- seit 2007 Beschaffung aus Microsoft Selectvertrag innerhalb der KDN – Amt für Zentrale Dienste (10)

## 2008

- MEO- Kooperation (öffentlich-rechtliche Vereinbarung) im Bereich der Versorgungsverwaltung Schwerbehindertenangelegenheiten und Erziehungs- / Elterngeld und Zusammenarbeit zum Thema "Integration von Menschen mit Migrationshintergrund" mit den Städten Bochum, Dortmund, Oberhausen, Duisburg und Essen – Personalamt (11)
- Gemeinsame Aktionen mit der Polizei und dem Ordnungsamt der Stadt Essen zum Thema Verkehrssicherheit und Ordnungspartnerschaft ÖPNV der Stadt Essen – Ordnungsamt (32)
- Mitwirkung im Netzwerk „Integration durch Bildung“ – Schulamt (45)

- Kooperationen mit der Uni Essen, Institut für Soziale Arbeit und Sozialraumorientierung, Projekt "Hilfen zur Erziehung im Sozialraum" und der Uni Bochum, Zefir, Familienberichterstattung und Zusammenarbeiten in den Projekten „Netzwerk der Generationen“, „Altenplanung“ und „Controlling“ – Sozialamt (50)
- Regionaler Masterplan A40 / B1 und Gestaltungshandbuch A40 – Planungsamt (61)
- Projektvereinbarung mit der Stadt Essen zur Modernisierung des Kunstturnleistungszentrums am Mühlenfeld vom 06.08.2008 – Mülheimer Sport Service

## 2009

- D 115 - Einheitliche Behördenrufnummer - Amt Rat der Stadt (16)
- Trägerkommune der Anstalt öffentlichen Rechts des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW) – Ordnungsamt (32)
- Gesetzlicher Auftrag "zonale Bodenrichtwerte zum 01.11.2011 einzuführen", hier: Projektgruppe der Gutachterausschüsse des "engeren" Ruhrgebietes, gemeinsame Abstimmung bei der Umsetzung - Vermessungsamt (62)
- Einführung eines kommunalen Leihradsystems (MetroRad Ruhr) in Zusammenarbeit mit 10 Ruhrgebietsstädten, RVR, VRR und Privatwirtschaft (Modellprojekt 2010-2012) und Zusammenarbeiten zu den Themen „Masterplan A40“, „Gestaltungshandbuch A40“ und „Ruhr 2010 – Still Leben A40 – Tiefbauamt (66)

## 2010

- Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie mit den Städten Essen, Duisburg und Oberhausen – Personalamt (11)
- Projekt "Gemeinsamer Messestand KomKom 23./24.03.2010 in Essen" mit der Stadt Essen – Vermessungsamt (62)

## Nachrichtlich:

Bereits langfristig existierende interkommunale Projekte und Kooperationen (Beispiele):

- Zusammenarbeit im Bereich Aus- und Fortbildung mit den Städten Oberhausen, Duisburg und Essen – Personalamt (11)
- Mitgliedschaft im Kommunalen Schadensausgleich westdeutscher Städte (KSA) und Beiratsmitglied der Feuerschadensgemeinschaft kreisfreier Städte Rheinlands und Westfalens – Rechtsamt (30)
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen über die Unterbringung von Fundtieren der Stadt Oberhausen im Tierheim der Stadt Mülheim an der Ruhr – Ordnungsamt (32)
- Regelmäßige gegenseitige Unterstützung bei Einsätzen sowie Zusammenarbeit bei gemeinsamen Ausbildungseinrichtungen und der Vorhaltung von (Spezial-) Ausrüs-

tungsgegenständen und Spezialeinsatzgruppen (z.B. Taucher, Höhenrettungsgruppe) – Feuerwehr (37)

- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Besuch Mülheimer Kinder der Albert-Liebmann-Schule in Essen – Schulamt (45)
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die zentrale Erteilung von Erlaubnissen zur Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung sowie die zentrale Durchführung der Kenntnisprüfungen von Heilpraktikeranwärtern im Regierungsbezirk Düsseldorf – Gesundheitsamt (53)
- Müllheizkraftwerk Essen- Karnap mit den Städten Bottrop, Essen, Gelsenkirchen und Gladbeck, Ruhrverband (Wasserwirtschaftsverband, u.a. Bau von Talsperren), Emschergenossenschaft (Wasserwirtschaftsverband, u.a. Abwasserreinigung Hochwasserschutz) und Klimabündnis – Umweltamt (70)
- Wettbewerb „Jugend musiziert“, Kinderfilmtage im Ruhrgebiet, Theater-Festival „Impulse“ und Klavierfestival Ruhr - Kulturbetrieb

#### Gescheiterte Projekte:

Nicht immer hatten interkommunale Projekte Erfolg. Neben den vorab dargestellten positiven Umsetzungen gab es auch einige gescheiterte Projekte:

#### 2003

- Prüfung einer möglichen Kooperation im Bereich der Druckereien Mülheim an der Ruhr und Oberhausen – Amt für Zentrale Dienste (10)

#### 2004

- Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts mit den Städten Bottrop, Gelsenkirchen und Oberhausen – Vermessungsamt (62)

#### 2005

- Zusammenarbeit der Rechtsämter (Spezialisierung) und gemeinsamer Datenschutzbeauftragter mit anderen Städten (Widerspruch zum Bürgerorientierungskonzept) – Rechtsamt (30)
- Gemeinsame Feuerwehrleitstelle mit Oberhausen, gemeinsamer Einkauf kooperierender Städte (Kartellrecht) und gemeinsame Werkstätten (kein relevanter Einspareffekt) – Feuerwehr (37)
- Sanierung des Freibades Styrum - Mülheimer Sport Service

#### 2008

- Analyse und Optimierung ausgewählter Prozesse durch interkommunalen Vergleich, Teilnehmer: Bochum, Bonn, Duisburg und Leverkusen – Bürgeramt (33)

#### 2009

- Arbeitsgemeinschaft "Gemeinsame Papierbeschaffung" – Amt für Zentrale Dienste (10)